



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Kommunale Selbstverwaltung und Finanzen:

Finanzautonomie stärken

Forderungen des Bayerischen Gemeindetags
anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl 2018

Zur „Tour d’Horizon“ durch die vielfältigen kommunalpolitischen Themen wurde der umfangreiche Forderungskatalog, den der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, anlässlich einer Pressekonferenz in München präsentierte. Im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen in Bayern müssen sich die Kommunen rechtzeitig positionieren.

Für ihre vielfältigen Aufgaben brauchen Bayerns Gemeinden eine ordentliche Finanzausstattung. Deshalb forderte Brandl, dass die Gewerbesteuer gesichert und auf freie Befehle ausgeweitet werden muss. Die erhöhte Gewerbesteuerumlage soll nach Wunsch des Gemeindetags abgeschafft werden. Weiterhin soll die Grundsteuerreform zügig angegangen werden. Das Hebesatzrecht muss unangetastet bleiben. Zudem sollen die Voraussetzungen für die Erhebung einer Grundsteuer C sind geschaffen werden. Von der Umsatzsteuer wünschen sich die Gemeinden einen dauerhaft höheren Kommunalanteil. Überhaupt dürfen kommunale Steuer- und Abgabenerhebungsrechte keinesfalls eingeschränkt oder abgeschafft werden.

Die Qualitätsverbesserung gemeindlicher Leistungen sieht der Präsident ganz klar im Vordergrund; nicht jedoch deren Kostenfreiheit.

Konnexitätsprinzip konsequent umsetzen

Meinungsverschiedenheiten gibt es immer wieder hinsichtlich vielfältiger Abrechnungsmodalitäten. Beim Gemeindetag spricht man von „kalter Kommunalisierung staatlicher Aufgaben mit den Mitteln des Förderrechts oder über Freiwilligkeitslösungen unter Umgehung des Konnexitätsprinzips“ und verlangt ganz klar deren Beendigung. Der vom verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog aufgestellte Grundsatz „Wer anschafft, muss zahlen!“ sei einzuhalten.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Das Konnexitätsprinzip müsse auch im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen zur Anwendung kommen.

Weiterentwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs

Eine behutsame Evaluation und Weiterentwicklung des



Dr. Uwe Brandl.

Kommunalen Finanzausgleichs sei das Gebot der Stunde. Dabei sei besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Schlüsselzuweisungen, die Sicherung der Investitionskraft und das besondere Verhältnis von Umlagezahlern und Umlageempfängern zu richten.

Repräsentative Demokratie auf kommunaler Ebene stärken

„Wir fordern ein unmittelbares Anhörungsrecht der kommunalen Spitzenverbände bei Rechtssetzungsverfahren auf EU-Ebene. Hierfür soll sich der Freistaat Bayern einsetzen“, heißt es im Forderungskatalog weiter. Bis dieses Ziel erreicht ist, müsse der Freistaat Bayern unmittelbar oder über den Bund die Position der kommunalen Selbstverwaltung aktiv und frühzeitig vertreten. Die repräsentative Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung durch die rund 39.000 von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten kommunalen Mandatsträger soll wieder verstärkt ins Bewusstsein gerückt werden. So sei beispielsweise die Zweckmäßigkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in bestimmten Aufgabenbereichen wie der Bauleitplanung oder Kommunalabgabenerhebung zu hinterfragen.

Zudem gelte es die Kommunale Daseinsvorsorge vor Einschränkungen und Privatisie-

rung zu schützen. Im kommunalen Wirtschaftsrecht verlangt Brandl eine kommunalfreundliche, dynamische und zukunftsfähige Auslegung.

Eine kartellrechtliche Aufsicht über gebührenfinanzierte Leistungen der Daseinsvorsorge wird abgelehnt. Die in der Bayerischen Gemeindeordnung gefundene ordnungspolitische Balance gelte es vielmehr zu wahren.

Interkommunale Zusammenarbeit fördern

Für die vergabe- und umsatzsteuerrechtlichen Privilegierungen der interkommunalen Zusammenarbeit verlangt der Bayerische Gemeindetag eine möglichst gemeindefreundliche Auslegung. Überhaupt sei diese „konsequent und dauerhaft zu fördern“. Hierzu gehören nach Auffassung der Kommunalpolitiker neben der finanziellen und zwischen den Ressorts abgestimmten Förderung, auch die Unterstützung durch Vertragsmuster oder Hinweise auf Best-Practice-Beispiele. Dabei hofft man beim Gemeindetag auf den Aufbau einer staatlichen Internetplattform für interkommunale Zusammenarbeit.

Die Sicherstellung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen des

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags:

Psychisch Kranke im Spiegel der Gesellschaft

Auf dem Weg der Entstigmatisierung der Psychiatrie im öffentlichen Bewusstsein ein gutes Stück voranzukommen, lautete das Ziel der diesjährigen Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags in Passau unter dem Motto „Psychisch Kranke im Spiegel der Gesellschaft – Facetten einer bedarfsgerechten Versorgung“. Hierzu dienten u. a. Fachbeiträge aus medizinischer und gesundheitspolitischer Sicht.

Zu Beginn hob Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einer Videobotschaft die überaus wichtige Rolle der sieben bayerischen Bezirke und ihres Spitzenverbands für ein funktionierendes Gemeinwesen im Freistaat Bayern hervor. Mit einer modernen, zeitgemäßen und flächendeckenden psychiatrischen Versorgung der Menschen setzen die Bezirke und der Bayerische Bezirkstag seit Jahrzehnten Maßstäbe, so Söder.

Ebenso würdigte Kultusminister Bernd Sibler die Bedeutung



Unser Bild zeigt (v.l.): Niederbayerns Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich; Bernd Sibler, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus; Bezirkstagspräsident Josef Mederer und den Oberbürgermeister von Passau Jürgen Dupper.

der Bezirke und des Bezirkstags. Vor allem hob der Minister den identitätsstiftenden Charakter der Bezirke für die Menschen in den Regionen hervor.

Verbesserung der Versorgung

Wie der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer ausführte, sei es beispielsweise in den vergangenen Jahren gelungen, ein modernes und wegweisendes Maßregelvollzugsgesetz für die forensische

Masterplan Migration

Bundesinnenminister Seehofer: Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung

„Wir brauchen in Deutschland eine Balance zwischen Hilfsbereitschaft einerseits und den tatsächlichen Möglichkeiten unseres Landes andererseits. Kein Land auf dieser Welt kann unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Wir wollen die Integration von Menschen mit Bleiberecht. Integration kann aber nur gelingen mit einer Begrenzung der Zuwanderung. Darüber hinaus geht es um die konsequente Durchsetzung des Rechts“, erklärte CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer bei der Vorlage des Masterplans Migration. Die Umsetzung des Masterplans solle nun zügig erfolgen, so der Minister: „Er liegt nun auf dem Tisch und es ist höchste Zeit, dass wir ihn Schritt für Schritt umsetzen.“

Prioritär seien gemäß dem Masterplan die Ursachen von Flucht und Migration dort zu bekämpfen, wo sie entstehen, um zu verhindern, dass Menschen in hoher Zahl nach Europa und vor allem nach Deutschland aufbrechen.

Fluchtursachen bekämpfen

Hier arbeite man eng mit dem von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller geführten Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusammen. Auch wolle man die Verhältnisse in den Transitländern stabilisieren und sie stärker bei der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen unterstützen. Zudem strebt die CSU eine europäische Lösung an und will nationale Kompetenzen ausschöpfen.

„Je weniger Europa leisten kann, desto mehr gewinnen nationale Maßnahmen an Bedeutung“, betonte Seehofer. In Europa strebe Deutschland vor allem den besseren Schutz der Außengrenzen an. Angedacht sei eine europäische Grenzpolizei „und das kann nur FRONTEX sein. Dafür brauchen wir die ein oder andere Rechtsänderung und dafür müssen die operativen Einsatzeinheiten weiter auf-

gebaut werden“, stellte der Minister fest. „Es wurde höchste Zeit, dass die Union ihren lähmenden Streit zur Asylfrage endlich beendet hat. Nun müssen rasche Gespräche zwischen Bund und Ländern folgen, damit die im

gebaut werden“, stellte der Minister fest.

„Es wurde höchste Zeit, dass die Union ihren lähmenden Streit zur Asylfrage endlich beendet hat. Nun müssen rasche Gespräche zwischen Bund und Ländern folgen, damit die im



Horst Seehofer.

Bild: BMI/Henning Schacht

Masterplan Migration angekündigten Ankerzentren für Asylbewerber in den Bundesländern bald realisiert werden“, erklärte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe, zum vorgestellten Masterplan.

Verfahren zentral bündeln

Dabei drängen die Städte darauf, keine „überdimensionierten Einrichtungen“ zu bilden. „Es ist absolut richtig, die Asylverfahren und Rückführungen zentral und effizienter zu bündeln. Dann können sich die Städte vor allem um die Integration der Flüchtlinge kümmern, (Fortsetzung auf Seite 4)



Um den weltweiten Plastikterror einzudämmen, ist der Bürgermeister gerne bereit, auf vermeintliche Verpackungseigenschaften zu verzichten. Er setzt auf den Erfindungsreichtum der Menschheit, um das allgegenwärtige Plastik zu substituieren. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Imagefilme für Städte und Gemeinden in Bayern Seite 2
Haushaltswolumen 2018 jetzt auf 61 Milliarden Euro 2
Bürger und Kommunen am Thema Heimat beteiligen 2

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Geht es den Kommunen gut, geht es dem Land gut 3

125 Jahre Genossenschaftsverband Bayern: 3

Kommunale Energiethemen 6 - 10
GaLaBau · Messewesens 11
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV 12
Kommunalfahrzeuge 13

Aus den bayerischen Kommunen. 14 - 16

2. Nachtragsetat verabschiedet:

Haushaltsvolumen 2018 jetzt auf 61 Milliarden Euro

Mit den Stimmen der CSU-Mehrheit hat der Bayerische Landtag in der vorletzten Plenarsitzung vor der Sommerpause den 2. Nachtragshaushalt für 2018 verabschiedet. Er beinhaltet zusätzliche Ausgaben des Freistaates in Höhe von 985 Millionen Euro. Die zweite Neuaufstellung des Etats umfasst mehrere von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner ersten Regierungserklärung im April angekündigten politischen Schwerpunkte wie die Einführung des Landespflege- und des Landesfamiliengeldes sowie eine Erhöhung der Wohnungsbau- und Eigenheimförderung. Außerdem wird es mehr Stellen bei Polizei, Justiz und Bauverwaltung geben. Die hierfür erforderlichen Finanzmittel werden aus den Rücklagen in der Staatskasse entnommen. Der Staatshaushalt für das laufende Jahr steigt somit auf 61 Milliarden Euro.

Peter Winter (CSU), Vorsitzender des Haushaltsausschusses, erklärte, die Haushaltsergänzung beinhalte eine ausgewogene Schwerpunktsetzung und gebe die richtigen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen in der Sozial-, Familien- und Innenpolitik.

Landespflegegeld und neues Landesamt für Pflege

Mit dem Landespflegegeld und dem neuen Landesamt für Pflege würden die Betroffenen gezielt unterstützt und die vielfältigen Zuständigkeiten für eine gute Pflege besser koordiniert. Das Landesfamiliengeld, das allen Eltern mit Kindern im Alter von ein bis drei Jahren unabhängig vom Einkommen gewährt werde, ermögliche vollständige Wahlfreiheit hinsichtlich der Betreuungsformen. Beim Wohnungsbau werde nicht nur die Schaffung preisgünstigen Mietwohnraums für untere und mittlere Einkommen verstärkt gefördert, sondern auch die Bildung von Wohneigentum für Familien erläutert Winter.

Kritik aus der Opposition

Massive Kritik aus der Opposition erntete die Regierungsvorlage zum 2. Nachtragshaushalt. Der SPD-Haushaltsexperte Harald Güller bezeichnete das Gesetz als „Sammelsurium“ an Ausgaben ohne klares Konzept. Das zusätzliche Personal bei der Polizei sei vor dem Hintergrund unbesetzter Stellen in den Inspektionen und mehr als zwei Millionen Überstunden nur ein „Placebo“. Die Mehrausgaben bei der Wohnbauförderung würden lediglich Kürzungen aus den Vorjahren ausgleichen.

Vorwürfe wegen „überflüssiger“ Ausgaben

Darüber hinaus seien die 2,5 Millionen Euro für Aufwandsentschädigungen und Dienst-

fahrzeuge für die fünf neuen Regierungsbeauftragten völlig überflüssig. Hierbei handele es sich um ein „politisches Versorgungswesen“ für CSU-Abgeordnete. Zudem würden die neuen Leistungen für Pflegebedürftige und Familien mit der Gießkanne ohne wirklichen Nutzen verteilt, erklärte Güller weiter. Das Pflegegeld bringe den Betroffenen nicht eine neue Pflegekraft und das Familiengeld leiste keinen Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierfür müssten die Angebote und Öffnungszeiten von Kitas ausgeweitet werden. Die Eigenheimförderung für Familien sei bei den hohen Immobilienpreisen in den von Wohnungsknappheit besonders betroffenen Ballungsräumen völlig

unzureichend. Sinnvoller wäre eine verstärkte Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Mit diesem Nachtragshaushalt würde eine Milliarde Euro ohne langfristige Konzeption und ohne Zukunftsorientierung „verballert“, kritisierte der SPD-Politiker abschließend.

Auch Freie Wähler und Grüne gingen mit den Finanzplänen der Staatsregierung hart ins Gericht. Thomas Mütze (Grüne) bezeichnete den Nachtragsetat als „Marketingaktion“ von Ministerpräsident Markus Söder für die Landtagswahl am 14. Oktober. Normalerweise würden zweite Nachtragshaushalte nur benötigt, wenn es Notlagen oder Katastrophen zu bewältigen gebe.

Ergänzungswünsche

Bernhard Pohl haushaltspolitischer Sprecher der Freien Wähler vermisste Investitionen in die Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur sowie in die Barrierefreiheit. Der Nachtragshaushalt zeichne sich durch falsche Schwerpunktsetzungen aus. Statt neue Stellen und Doppelstrukturen zu schaffen wie etwa durch die Grenzpolizei,

müsse das Geld wieder bei den Bürgern ankommen.

Finanzminister Albert Füracker verteidigte das Anwachsen des Haushaltsvolumens um rund eine Milliarde Euro im 2. Nachtragshaushaltsgesetz. Es handele sich hier um ein „ambitioniertes Regierungsprogramm“.

Vorwurf der „puren Wahlpolemik“

SPD, Freien Wählern und Grünen warf er vor, den wahren Zustand Bayerns wider besseren Wissens zu negieren und das „wunderbare Land“ schlecht zu reden. Ihre pure Wahlpolemik überzeuge die Menschen aber nicht. Bayern habe z. B. in der Bildung und bei der Inneren Sicherheit ein herausragendes Niveau erreicht. Investieren, die Menschen unterstützen und gleichzeitig Schulden abzubauen das schaffe nur der Freistaat Bayern, betonte Füracker.

In den Haushaltsberatungen hatte die Opposition rund 150 Änderungs- und Ergänzungsanträge gestellt, die von der CSU-Mehrheit abgelehnt wurden. Ausschussvorsitzender Winter begründete die Ablehnung damit, dass diese Vorschläge den Staatshaushalt überfordern würden. Das gegen die Stimmen der Opposition von der CSU-Mehrheit beschlossene 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018 tritt rückwirkend zum 1. Januar in Kraft. **rm**

Stadtmarketingpreis 2018 für fünf bayerische Kommunen

Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer: „Mit ihren Ideen und Konzepten stärken die Gewinner ihre Kommunen und präsentieren geschickt ihren Standort“

MÜNCHEN. Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer verlieh den bayerischen Stadtmarketingpreis 2018 in vier Größenklassen sowie einer Sonderkategorie an fünf bayerische Kommunen. Zwölf Städte und Gemeinden haben es in die Endauswahl geschafft. In vier verschiedenen Größenkategorien waren jeweils zwei bis vier Projekte nominiert worden.

Einen Sonderpreis gibt es für den besten Projektstart. Dieser geht an das Stadtmarketing Deggendorf. Die Siegerkommunen sind Coburg, Donauwörth, Murnau und Obernburg. Pschierer: „Ich gratuliere den Siegern, aber auch allen anderen, die sich diesem Wettbewerb gestellt haben. Mit ihren Ideen und Konzepten stärken sie ihre Kommunen und präsentieren geschickt ihren Standort. Regionale Identität, Heimatgefühl und Verwurzelung zeichnen Bayern aus. Von lebendigen Innenstädten profitiert auch die regionale Wirtschaft. Vor allem aber geht es auch darum, dass sich die Menschen dort wohlfühlen, wo sie zuhause sind.“

chenende das elftägige Kulturfestival DONWUD. Das klare Statement zum Miteinander und der Mut zur Verantwortung auf Seiten der Organisatoren und Teilnehmer wird von der Jury mit dem Stadtmarketingpreis 2018 belohnt.

ChristmasTree for the Queen

Bei den Städten über 40.000 Einwohner – Kategorie 4 – gewann Coburg mit seinem ‚ChristmasTree for the Queen‘. Die Stadt mit den historisch engen Verbindungen zum englischen Königshaus nutzte diese geschickt für Werbung in eigener Sache. Dieses professionelle Marketing erzielte europaweite Aufmerksamkeit und überzeugte die Jury ebenso wie die klare Einbindung in die Stadtmarketingstrategie.

Sonderpreis für Professionalität und Zielstrebigkeit

Deggendorf wurde für seine Professionalität und Zielstrebigkeit, mit der in kürzester Zeit eine Stadtmarketingorganisation etabliert wurde, mit dem Sonderpreis für den besten Projektstart ausgezeichnet. Bereits im ersten Jahr des Marketingvereins konnten 23 Aktionen durchgeführt und 87 Mitglieder gewonnen werden.

Die Städte Rosenheim, Würzburg, Moosburg, Sonthofen, Ochsenfurt, Altötting und Sommerhausen zählten zu den nominierten und erhielten durch den Minister eine Urkunde.

Der Stadtmarketingpreis wird vom bayerischen Wirtschaftsministerium gefördert. Die Initiatoren sind der Handelsverband Bayern e. V., AKCS – Aktionskreis City- und Stadtmarketing Bayern e. V., die Wirtschaftsunion Bayern e. V. und CIMA Beratung + Management GmbH.

Weitere Informationen: www.stadtmarketingpreis-bayern.de

Projekt Römersommer

In der Kategorie 1 – Größenklasse bis 10.000 Einwohner – unter sieben Bewerbern überzeugte Obernburg mit seinem Projekt ‚Römersommer Obernburg‘. Das Konzept der Stadt im unterfränkischen Landkreis Miltenberg hat durch die lebendige Vermittlung der eigenen Geschichte, durch ein kreatives und breit aufgestelltes Angebot für verschiedene Zielgruppen und durch eine erfolgreiche Bündelung der örtlichen Kräfte die Jury überzeugt.

InnovationsQuartier

In der Kategorie 2 – Größenklasse 10.000 bis 15.000 Einwohner – gewann Murnau. Die Markt-Gemeinde im oberbayerischen Landkreis Garmisch-Partenkirchen konnte ihr Gemeindekrankenhaus, das zehn Jahre leer gestanden hatte, im Mai 2017 als ‚InnovationsQuartier‘ wiedereröffnen. Diese neue, zeitgemäße Nutzung, die Bürger- und Unternehmerbeteiligung im Entwicklungsprozess und die Schaffung beruflicher Chancen in Zukunftsbranchen beeindruckten die Juroren.

Kulturfestival DONWUD

Donauwörth siegte in der Kategorie 3 – 15.000 bis 40.000 Einwohner. Die multikulturelle Stadt organisierte zusätzlich zum beliebten Weihnachtsmarkt am dritten Adventswo-

Exklusivangebot:

Imagefilme für Städte und Gemeinden in Bayern

Ein Angebot der TV Bayern Media in Kooperation mit der Bayerischen Gemeindezeitung

Attraktiver Wohnort? Besondere Menschen? Hohe Lebensqualität? Oder interessante Angebote für Gewerbe und Unternehmen? Jede Stadt, jede Gemeinde ist einzigartig. Mit einem Film schaffen Sie eine emotionale Visitenkarte für Ihre Kommune.

Bewegt ist DAS Medium unserer Zeit. Es spricht direkt unsere Sinne an, kann informieren, aber auch unser Gefühl erreichen. Es berührt den Zuschauer direkter – gerade im Vergleich zu allen anderen Medien.

Wer auf hohe Aufmerksamkeit, zeitgemäße Kommunikation und Werbung setzt, kommt an Filmen nicht mehr vorbei. Deshalb wartet TV Bayern Media in Kooperation mit der Bayerischen Gemeindezeitung mit einem exklusiven Angebot auf: Der Produktion und Vermarktung von Filmen für Städte und Gemeinden in Bayern.

Sie geben Interessenten eine lebendige, kurzweilige und zeitgemäße Darstellung Ihres Ortes und verschaffen sich dadurch einen klaren Vorteil gegenüber Mitbewerbern um zukünftige Bewohner, gewerbliche Ansiedlungen oder Touristen. Das exklusive Angebot von TV BAYERN MEDIA ermöglicht mit einem sehr guten Preis-Leistungsverhältnis eine kostengünstige Umsetzung. Auf Wunsch werden auch gemeinsame Kampagnen für mehrere Ortschaften oder Verbände entwickelt. Die Filme werden hochwertig mit einem international erfahrenen Regisseur produziert.

TV BAYERN MEDIA ist ein sehr erfolgreiches Unternehmen in den Bereichen Regionale TV- und Onlinevermarktung sowie Bewegtbild-Produktionen. Kampagnen u.a. für das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege oder die AOK Bayern (<https://vimeo.com/album/5210377>) stoßen regelmäßig auf äußerst positive Resonanz. Mit der Kraft bewegter Bilder wurde auch bereits die Schönheit der Gemeinde Herrsching am Ammersee in ein vielbeachtetes filmisches Porträt gekleidet.

Worauf also noch warten? Wir freuen uns auf ihre Nachricht an news@gemeindezeitung.de, die wir an TV Bayern Media weiterleiten. **□**

Heimatminister Albert Füracker:

Bürger und Kommunen am Thema Heimat beteiligen

Heimatminister startet Wettbewerbe „Gütesiegel Heimatdorf 2019“ und „Regionale Zukunftsprojekte“

Bayern ist liebenswerte Heimat und gelebte Tradition – in der Großstadt ebenso wie im ländlichen Raum und in den kleinen Ortschaften. „Die einzigartige Lebenskultur ist Fundament für das bayerische Heimatgefühl. Wir wollen Bayerns Regionen als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume positionieren und das Heimatgefühl und die Lebensqualität vor Ort erhalten. Bürgerinnen und Bürger sollen sich vor Ort „zu Hause“ fühlen und sich zusammen mit den Kommunen am Thema Heimat beteiligen“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker zum Start neuer Wettbewerbe zum Thema Heimat in Nürnberg hervor.

Mit dem Wettbewerb „Gütesiegel Heimatdorf 2019“ bezieht sich das Heimatministerium auf die Suche nach kleinen Gemeinden, die mit überragender Lebensqualität und besonderer Heimatverbundenheit ihrer Bewohner für das bayerische Heimatgefühl unverzichtbar und Vorbild für andere Gemeinden sind. Bayernweit werden zwei Gemeinden je Regierungsbezirk mit einer Geldprämie von 50.000 Euro bzw. 60.000 Euro (bei Lage der Gemeinde im Raum mit besonderem Handlungsbedarf) ausgezeichnet.

Bewerben können sich alle Gemeinden in Bayern, inklusive Gemeinden mit Markt- und Stadtrecht, bis maximal 5.000 Einwohner online unter www.heimat.bayern/heimatdorf. Bewerbungsschluss ist der 31. Oktober 2018.

Regionale Zukunftsprojekte

Der Wettbewerb „Regionale Zukunftsprojekte“ richtet sich an die Regional- und Konversationsmanagements. Prämiert werden zehn herausragende Projekte der aktuellen Förderperiode. Für die Wettbewerbsieger winkt als Preisgeld eine zusätzliche Förderung von bis zu 150.000 Euro für die Weiterentwicklung der ausgewählten Projekte. „Eine Sonderförderung für einen kraftvollen Ausbau der prämierten Projekte“, betonte Füracker.

Füracker kündigte zudem eine weitere Stärkung von Regional- und Konversionsmanagements an: Erstmals wird für einen inhaltlichen Förderschwerpunkt eine Sonderförderung zur Verfügung gestellt. Initiativen, die Projekte zum Thema Flächensparen durchführen, erhalten in der neuen Förderphase eine um bis zu 50.000 Euro höhere Förderung pro Jahr. Ein verantwortungsvoller Umgang mit wertvollen Flächen ist, so Füracker, ein wichtiges Zukunftsthema für die Bayerische Staatsregierung. Regional- und Konversionsmanagements leisten einen großen Beitrag bei der Etablierung von Flächen- und Leerstandsmanagements in den Regionen, der Stärkung der Innenentwicklung und einer Bewusstseinsbildung für attraktive Ortsmiten. Mit der zusätzlichen Fördermöglichkeit sollen Anreize für neue Ideen und den Ausbau bestehender Projekte geboten werden.

Mit der neuen „Zukunftsstrategie für die Region“ werden ferner zehn Modellprojekte von regionalen Strategieprozessen für zwei Jahre mit einer Förderung von je 50.000 Euro pro Jahr begleitet. „Wir wollen, dass der Kompass für die Regionen stimmt. Daher bieten wir jetzt auch die Möglichkeit, neben Einzelprojekten Entwicklungsstrategien zu fördern“, kündigte Füracker an. Regionalmanagements sind in Bayern eine wichtige Säule der Zusammenarbeit vor Ort und Instrument zur strategischen Weiterentwicklung der Regionen. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Himmler
92348 Berg
am 1.8.

Bürgermeister Frederik Röder
82239 Alling
am 27.7.

Bürgermeister Willi Renner
91738 Pfofeld
am 29.7.

Bürgermeister
Georg Silbereisen
94113 Tiefenbach
am 29.7.

Bürgermeister Bernd Steiner
89428 Syrgenstein
am 31.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Böck
86863 Langenneufnach
am 21.7.

Bürgermeister Jürgen Seitz
63796 Kahl am Main
am 29.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Deinlein
96182 Reckendorf
am 22.7.

Bürgermeisterin Sybille Pichl
95488 Eckersdorf
am 26.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Fridolin Gößl
86697 Oberhausen
am 19.7.

Bürgermeister Bernd Sommer
95652 Waldsassen
am 25.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johannes Krapp
96132 Schlüsselfeld
am 21.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Präsident Dr. Jürgen Gros zu 125 Jahre Genossenschaftsverband Bayern:

Ein wichtiges Stück bayerischer Erfolgsgeschichte

Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Jubiläumsverbandstag

1.200 Gäste haben beim Verbandstag das 125-jährige GVB-Jubiläum gefeiert. Unter ihnen war auch Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, der gratulierte und die Bedeutung von Genossenschaften für den Freistaat hervorhob.

„Genossenschaften spielen eine herausragende Rolle im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge“, sagte Söder bei dem Treffen der bayerischen Genossenschaftsorganisation in Unterschleißheim. Und weiter: „Genossenschaften tragen den für Bayern so wichtigen Mittelstand im Herzen und sind fest verankert in der Region. Sie leben die Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.“

Söder hob die besondere Bedeutung der Genossenschaften in den verschiedenen Branchen wie Landwirtschaft und Energie hervor. Zudem betonte er wie

Altmüller zusammen. Der Satzungsauftrag, den sie dem Verband damals mitgaben, ist bis heute nahezu unverändert. Er lautete: Prüfen, Beraten, Bilden und Interessen vertreten.

Raiffeisen-Jahr 2018

Altmüller ging auch auf ein weiteres für die Genossenschaftsorganisation wesentliches Jubiläum ein: Auf das Raiffeisen-Jahr 2018 und den Genossenschaftspionier Friedrich Wilhelm Raiffeisen. „In diesem Jahr feiern wir seinen 200. Geburtstag, wir geben ihm die Ehre“, so Altmüller. Raiffeisen habe eine

Er sei schließlich das „zentrale Zahnrad der bayerischen Wirtschaft“. So stellen mittelständische Unternehmen gut drei Viertel der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und bilden vier von fünf Azubis aus.

Damit der Mittelstand stark bleibt, sind nach Ansicht von Gros „drei Ks“ erforderlich: „Der Mittelstand braucht Kapital, um den Geschäftsbetrieb zu finanzieren. Er braucht Kollegen – also Fachkräfte – die das Unternehmen am Laufen halten. Und er braucht Kabel, um auch in ländlichen Regionen schnelle Datenverbindungen nutzen zu können.“

Genossenschaftsähnliche Zusammenschlüsse schon im Mittelalter

Wie sehr die Genossenschaften Bayerns Geschichte mitgeprägt haben, wurde beim jüngsten Verbandstag deutlich.

Auch wenn es schon im frühen Mittelalter genossenschaftsähnliche Zusammenschlüsse gab – man denke etwa an gemeinsame Brückenbau, an Allmende in der Vieh- und Forstwirtschaft, an Handwerkerzünfte, aber auch an klösterliche Wirtschaften – so konkretisierten sich die zahlreichen Bestrebungen, die Eigenverantwortung zu stärken und Hilfe durch Selbsthilfe zu organisieren, doch erst im 19. Jahrhundert so richtig heraus.

Zuvor hatten solche Ideen immer wieder mit Schwierigkeiten zu kämpfen, zum Beispiel 1850 im bayerischen Landtag, als die Abgeordneten darüber diskutierten, ob staatliche Hilfen bei der Gründung von Organisationen, wie damals angestrebte Selbsthilfe-Zusammenschlüsse genannt wurden, schädlich seien. So hielt Friedrich Benedikt Wilhelm von Hermann, Statistiker und Universitätsprofessor, jegliche Zusammenschlüsse für einen Freibrief auf Faulheit. Andererseits gab es auch damals Befürworter staatlicher Hilfe für Bauern, etwa den aus Franken stammenden Münchner Landwirtschaftsprofessor Carl Nikolaus Fraas, der vor allem staatliche Beihilfen für bäuerliche Gemeindefeinrichtungen wie Gemeindebacköfen, Gemeindegärten, Dreschmaschinen und sonstige kostspielige Werkzeuge befürwortete. Generell lässt sich sagen, dass Franken für Bestrebungen nach Eigenverantwortung und Selbsthilfe ein günstiger Nährboden war.

Dass es dann aber am 28. November 1893 zur Gründung des „Bayerischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Darlehenskassenvereine e.V.“, des Vorläufers des heutigen GVB, kam, ist nicht nur der wirtschaftlichen, politischen und vor allem der gesellschaftspolitischen Entwicklung geschuldet, sondern auch einem Naturereignis außergewöhnlichen Ausmaßes, von dessen weltweiten Auswirkungen damals allerdings niemand auch nur eine Ahnung hatte. Denn am 27. August 1883 hatte sich der indonesische Vulkan Krakatau selbst in die Luft gesprengt. Die Folge waren nicht nur riesige, bis zu 40 Meter hohe Tsunamis und Schockwellen, die mehrfach um die Welt liefen und selbst im Ärmelkanal zu Pegelschwankungen führten, sondern auch eine enorme Beeinflussung des weltweiten Klimas. Riesige Aschemassen, die kilometerhoch in die Atmosphäre geschleudert wurden, wanderten mehrfach um den Globus und bewirkten

starke Idee als Erbe vermacht: „Seine Leitlinie ist der einfache Satz: ‚Wir helfen uns selbst.‘ Diese Aussage prägt seit Generationen jeden Menschen, der sich in Genossenschaften engagiert.“ Raiffeisen sei ein Mann der Praxis gewesen, kein Philosoph, würdigte er den Namensgeber zahlreicher genossenschaftlicher Unternehmen im Freistaat.

GVB-Präsident Gros fordert mehr Wertschätzung für kleine und mittlere Betriebe

Heute sind die 1.260 genossenschaftlichen Unternehmen in Bayern ein unverzichtbarer Bestandteil der mittelständischen Wirtschaft. Das machte GVB-Präsident Jürgen Gros deutlich, als er gemeinsam mit Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, und dem DZ-Bank-Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Kirsch an einer Podiumsdiskussion teilnahm. Um weiterhin für Wachstum und Beschäftigung sorgen zu können, müssten mittelständische Betriebe wie Bayerns Genossenschaften jedoch auf stabile und verlässliche Rahmenbedingungen vertrauen können. Gros forderte deshalb insbesondere auf europäischer, aber auch auf nationaler Ebene mehr Wertschätzung für die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen.

Mittelstand – unverzichtbar für die bayerische Wirtschaft

„In Europa und mitunter in Berlin fehlt oftmals die Bereitschaft, den deutschen Mittelstand zu verstehen. Stattdessen werden Regeln definiert, die den Anforderungen der Firmen nicht gerecht werden“, kritisierte Gros. In Bayern genieße der Mittelstand hingegen zu Recht Verfassungsrang. Der GVB-Präsident verwies dabei auf die in Artikel 153 der bayerischen Verfassung festgeschriebene Förderwürdigkeit des Mittelstands.



Dr. Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, gemeinsam mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder (v.l.).

wichtig die Volksbanken und Raiffeisenbanken für die Mittelstandsfinanzierung sind. Er plädierte dafür, kleinere Institute vor übermäßigen bürokratischen Vorschriften zu entlasten, um die funktionierende Kreditversorgung zu sichern. Zu den umstrittenen Plänen für eine EU-Einlagensicherung bekräftigte der Ministerpräsident die Linie der Staatsregierung: „Wir waren dagegen und wir sind dagegen.“

Starker und unverzichtbarer Partner

Den GVB bezeichnete der Ministerpräsident in seiner Festrede als „starken und unverzichtbaren Partner“ für die Menschen und die bayerische Wirtschaft. Und er gratulierte zum Geburtstag: „Herzlichen Glückwunsch zum 125-jährigen Gründungsjubiläum und Danke für das, was Sie jeden Tag, an so vielen Stellen und mit so vielen Menschen tun.“

Gegründet aus Liebe zur bayerischen Heimat

Der Verbandstag stand dieses Jahr im Zeichen der Verbandsgründung im Jahr 1893 in München. Damals hatten „die Liebe zur bayerischen Heimat und die Begeisterung für die Genossenschaftsidee“ den Impuls zur Gründung des Bayerischen Landesverbands gegeben, wie Wolfgang Altmüller, Vorsitzender des Verbandsrats und ehrenamtlicher Verbandspräsident, in seiner Ansprache sagte. Aus dieser Vorläufer-Organisation ging später der GVB hervor.

Ziel der damaligen Initiatoren war ein vom Zentralverband in Neuwied unabhängiger Landesverband, der im Interesse der Ortsgenossenschaften überordnete Funktionen übernehmen sollte. „Seine bayerischen Dinge selbst regeln. Das war die Devise der Gründer“, fasste

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

In den vergangenen Wochen hat der Konflikt um die Asylpolitik nicht nur die Nachrichten beherrscht, man hatte den Eindruck, dass jegliche Diskussionen um politische Sachverhalte nur noch über dieses eine Thema geführt wurden. Ja, die Asylpolitik, die Migration und Integration gehören sicherlich zu den größten Herausforderungen unserer Zeit und die Bearbeitung – von Lösung will ich gar nicht sprechen – gestaltet sich aufgrund der Komplexität und Emotionalität mehr als schwierig. Doch es mehren sich inzwischen auch die Stimmen, die mit Nachdruck darauf hinweisen, dass es in der Politik durchaus noch andere Handlungsfelder gibt, bei denen hoher Diskussions- und Handlungsbedarf besteht.



viel Positives: Unter anderem hat er einen massiven Ausbau beim Wohnungsbau, mehr Polizeikräfte (auch in den ländlichen Raum), Maßnahmen zur Digitalisierung der Verwaltung und Unterstützung bei IT-Infrastruktur in Schulen und eine Stärkung des ÖPNV angekündigt. Auch beim Streitthema Flächenverbrauch steht er auf der Seite der Kommunen: Er steht für Anreize anstatt Verbote, unter anderem mit einer Entsiegelungsprämie und insgesamt

mit dem Erhalt der Kommunalhoheit. Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) haben wir frühzeitig unsere Forderungen an die neue Staatsregierung gestellt. In wenigen Tagen werden wir dies bei unserer KPV-Landesversammlung mit dem neuen Chef der Staatskanzlei Dr. Florian Herrmann noch einmal verdeutlichen.

Hierbei geht es uns unter anderem um mehr Geld für Investitionen und Personal im kommunalen Finanzausgleich, mehr Mittel für den Staatsstraßenbau, weitere praxisnahe Anreize zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, ein notwendiges Förderprogramm für die Sanierung (inkl. Ersatzneubau) von kommunalen Schwimm- und Hallenbädern, die Berücksichtigung massiver Baukostensteigerungen, einen lückenlosen Glasfaser-Breitband- und Mobilfunkausbau in Stadt und Land, eine verbesserte Steuerungsfunktion der Kommunen bei der Energiewende sowie die Abwendung von Fahrverboten in Innenstädten.

In Summe wird jetzt mancher vielleicht im Gegenzug kritisieren, dass wir uns um alles (andere) kümmern, nur nicht um das wichtigste Problem, die Asylpolitik. Doch ich kann Sie beruhigen, auch die Flüchtlingsproblematik steht bei uns weiterhin oben auf der Agenda. Denn wir alle wissen, die Integration findet bei uns vor Ort in den Kommunen statt. Doch um diese Herausforderung auch auf Dauer schultern zu können, braucht es starke, leistungsfähige und stabile Kommunen. Um dies zu erreichen benötigen wir in vielen Bereichen Unterstützung und deshalb wollen wir eben nicht nur über das eine Thema diskutieren, sondern über alle für uns relevanten Aufgaben und politischen Herausforderungen der Zukunft.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Geht es den Kommunen gut, geht es dem Land gut

Werfen wir dabei den Blick nach Bayern. In drei Monaten haben wir Landtagswahlen und da werden die politischen Weichen auf Landesebene neu gestellt. Aufgrund der Zuständigkeit der Länder für die Kommunen, geht es dabei auch für uns als Vertreter der Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke um die „Wurst“ bzw. um die künftige Unterstützung von Seiten des Freistaats.

Bislang können wir sehr zufrieden sein: Finanzausgleich auf Rekordhöhe, Heimatstrategie, Behördenverlagerung, Hochschulausgründungen, Breitbandförderung, Dorferneuerung und Städtebauförderung, Wohnungspakt, Krankenhaushilfe, etc. So kann es weitergehen.

Unser neuer Ministerpräsident Markus Söder hatte etliche dieser Maßnahmen bereits als Finanz- und Heimatminister umgesetzt und sieht sich weiterhin in der Verantwortung, mit den Kommunen Bayern zu entwickeln: „Geht es den Kommunen gut, geht es dem Land gut“, hat er am Landkreistag voller Überzeugung verkündet. Mit diesem Zitat als grundsätzliche Richtungsangabe hat er eigentlich alles schon gesagt. Auch seine Regierungserklärung verspricht

ein starkes Absinken der Temperaturen und damit Missernten, weil sie die Sonneneinstrahlung blockierten. Hungersnöte waren die Folge.

Die eigenen Anliegen in Bayern selbst regeln

Bayern wäre nicht Bayern, wenn es nicht schon damals Kompetenzangel gegeben hätte. Der von der handwerklich-gewerblichen Tradition kommende Kursache Hermann Schulze-Delitzsch etwa fand wenig Gefallen an den durch landwirtschaftliche Vereine gegründeten und staatlich geförderten „halboffiziellen“ Kreditvereinen. Und die von dem Westerwälder Friedrich Wilhelm Raiffeisen, dem zweiten „Urvater“ des Genossenschaftswesens, inspirierten Gründer des „Bayerischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Darlehenskassenvereine“, wollten sich nicht dem schon bestehenden Zentralverband der Darlehenskassen in Neuwied angliedern bzw. unterwerfen, sondern bestanden auf Eigenständigkeit. „Die Gründer des GVB wollten ihre Anliegen in Bayern selbst regeln“, wie GVB-Verbandspräsident Gros vor der Presse in München erläuterte. „Und so ist es bis heute geblieben“.

Festschrift zum Jubiläum

Reinhard Heydenreuter, in Penzberg geborener Jurist und Historiker, inzwischen emeritierter Professor für die neuere Geschichte Bayerns, hat die sehr interessante Entwicklung des Genossenschaftswesens in

Bayern, eingebettet in die jeweilige Zeitgeschichte, von den Anfängen bis in die Jetzt-Zeit in der Festschrift „125 Jahre Genossenschaftsverband Bayern – Genossenschaften machen Geschichte“ dargestellt. Die über 200 Seiten umfassende Festschrift, bestens bebildert und in zahlreiche, und kurz gefasste Kapitel gegliedert, ist höchst informativ und interessant und verständlich geschrieben. Sie ist ein wundervolles Dokument bayerischer Zeitgeschichte.

Die anspruchsvolle Chronik ist in limitierter Auflage Stück im GVB-Selbstverlag erschienen. Interessenten können sie kostenfrei online unter www.gv-bayern/chronik abrufen.

Entstehung der Bayernhymne

Eine Überraschung birgt das Kapitel „Die Entstehung der Bayernhymne“. Deren Entstehung hängt auch mit der bayerischen Genossenschaftsgeschichte zusammen. Ihr Text stammt von Michel Öchsner und ihre Melodie von Konrad Max Kunz. Beide waren Mitglieder der heute noch bestehenden „Bürger-Sänger-Zunft“, einer geselligen Vereinigung liberal gesinnter Münchner Bürger. Dieser Bürger-Sängerzunft, in deren Mitte die Bayernhymne als politisches Manifest entstand und erstmals aufgeführt wurde, gehörten auch die Gründer der 1862 entstandenen, ersten bayerischen Genossenschaft, der heutigen Münchner Bank, an. Zu ihnen gehörten der Volkswirtschaftler Prof. Karl Friedrich Neumann und der Verleger Julius Knorr.

Verbandspräsident Gros konzipierte bei der Vorstellung der Verbandschronik, dass es nicht nur Highlights in der langen Geschichte gegeben habe. Insbesondere im so genannten Dritten Reich taten sich die Genossenschaften schwer, sich gegen ihre Vereinnahmung durch den Reichsnährstand und die Reichsarbeitsfront der Nazis zu wehren. Letztlich wurden sie eingegliedert und mussten unter der Devise „Blut und Boden“ weiterarbeiten. Für die Nazis waren das genossenschaftliche Selbstverwaltungs- und Organisationsprinzip systemwidrig, weil sie dem Führerprinzip widersprachen. Außerdem sahen sie vor allem die Produktions- und Verbrauchsgenossenschaften sozialdemokratisch unterwandert. Deshalb drängten sie auf die Gleichschaltung, die aber oft nicht zum Tragen kam, weil die Genossenschaftsbewegung in allen Bereichen der Gesellschaft tief verankert war und ein Eingriff die Wirtschaft erheblich beeinträchtigt hätte.

Der Widerstand gegen Vereinnahmung und Gleichschaltung durch die Nazis verlief nicht reibungslos; er forderte Opfer. Manch einer der Widerständler ist im KZ gelandet.

Insgesamt aber hat die genossenschaftliche Idee die nationalsozialistische Schreckensherrschaft und den Zweiten Weltkrieg so gut überstanden, dass die Genossen schon von 1945 an am Wiederaufbau Bayerns mitwirken konnten. Und dies, obgleich die amerikanische Besatzungsmacht dem Genossenschaftsgedanken zunächst mit Misstrauen begegnete. dhg.

Psychisch Kranke ...

(Fortsetzung von Seite 1)

lagen dadurch erheblich verbessert und der Bereich der öffentlich-rechtlichen Unterbringung neu und im Sinne eines echten Hilfesetzes geregelt.

Ausdrücklich positiv bewertete Mederer die in Zukunft flächendeckende Einführung eines psychiatrischen Krisendienstes, der auch im neuen PsychKHG verankert ist. Vor allem dankte er der Bayerischen Staatsregierung dafür, dass diese die Kosten für die Leitstellen in Höhe von 7,7 Millionen Euro übernehmen werde.

Der psychiatrische Krisendienst sei ein absolutes Muss einer Versorgungskette, die möglichst alle Menschen in psychischen Notlagen erreichen müsse. In Oberbayern und Mittelfranken habe sich der Kri-

sendienst bereits auf vielfältige Weise bewährt. Es gehe darum, in Zukunft für ganz Bayern ein solches Angebot zu schaffen.

Mederer verwies vor diesem Hintergrund auf eine eben angelaufene große Aktion in München, wo in U-Bahnhöfen Plakate auf das Angebot des Krisendienstes mit der dazu gehörigen Notfallnummer hinweisen. Erfahrungsberichte aus den USA zeigten, dass derartige Plakataktionen sogar dazu beitragen könnten, Menschen von suizidalen Überlegungen abzubringen. Umso mehr werde der Krisendienst ein weiteres Instrument sein, Menschen in psychischen Notlagen in Zukunft erstklassig und mit hoher fachlicher Kompetenz wohnortnah und passgenau zu betreuen.

Dass den Bezirken mit Jahres-

Masterplan ...

(Fortsetzung von Seite 1)

die ein Bleiberecht haben. Die Größe der Zentren muss allerdings mit den betroffenen Ländern und Städten abgestimmt sein, damit Städte nicht überfordert werden“, so Lewe: „Entscheidend ist am Ende übrigens nicht, ob die Einrichtungen Ankerzentren heißen. Für die Städte kommt es vor allem darauf an, dass auf der einen Seite Integration vor Ort und auf der anderen Seite Rückführungen erleichtert werden.“

Durch den von Minister Seehofer vorgestellten Masterplan gewinne Kontur, was im Koalitionsvertrag zur Zuwanderung verabredet worden sei. „Integration und Steuerung von Migration gehören zusammen. Wer Menschen erfolgreich in unsere Gesellschaft integrieren will, muss die Integrationsfähigkeit der Städte beachten“, sagte Lewe. Im Interesse der Kommunen liege auch, dass der Bund sich in Zukunft um fehlende Passdokumente von Asylbewerbern kümmern wolle. Positiv bewerteten die Städte zudem die Absicht des Bundes, die freiwillige Rückkehr zu stärken sowie die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Laut DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg enthält der „Masterplan Migration“ wichtige Bausteine für eine erfolgreiche Asyl- und Integrationspolitik. Die Umsetzung müsse ohne weiteren Zeitverzug geschehen.

bessere Steuerung der Migration

Die Maßnahmen versprechen aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes eine bessere Steuerung der Migration auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Sie seien geeignet, die Kommunen vor einer möglichen Überlastung zu schützen und es ihnen zu ermöglichen, sich auf die Integration der Geflüchteten mit Bleibeperspektive zu konzentrieren zu können. Diese betreffe insbesondere die Einführung der sog. AnKeR-Zentren und die effektivere Rückführung und die effektivere Rückführung der Personen ohne Bleiberecht. Auch die Verbesserung der Qualität der Sprachkurse sowie ein verbesserter Datenaustausch zwischen allen beteiligten Behörden, auch den kommunalen, seien richtige Schritte.

Der Masterplan enthält Landsberg zufolge Ansätze für ein gemeinsames EU-Asylsystem samt Optimierung der sog. Dublin-Verordnung. Diese würden jedoch nur dann einen Wert haben, wenn die EU-Länder mitziehen. Hierfür müssten sich Bundesregierung und EU mit Nachdruck einsetzen.

Bund und Länder seien sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gefordert,

die vorgesehenen Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen. Nachdem innerhalb der Bundesregierung nunmehr ein Kompromiss in der Asylpolitik erreicht wurde, dürfe es zu keinem weiteren Zeitverzug kommen. „Zudem erwarten wir, dass die Maßnahmen in enger Abstimmung mit den Kommunen umgesetzt und die entstehenden Kosten von Bund und Ländern getragen werden.“

Auch der Deutsche Landkreistag begrüßt den „Masterplan Migration“. Wie Präsident Landrat Reinhard Sager hervorhob, „müssen wir zu einem konsequenten und umfassenden Konzept für die Steuerung von Migration und Integration kommen. Hierzu leistet der Masterplan einen guten Beitrag. Das betrifft die Bündelung von Asylverfahren in AnKeR-Zentren ebenso wie die rechtsstaatlich gebotene Rückführung von Personen ohne Bleiberecht.“

Integrationsfragen

Einen weiteren Schwerpunkt lege der Masterplan auf Integrationsfragen: „Das sollten wir bei aller Aufregung um die Transitzentren nicht vergessen. Denn im Wesentlichen geht es doch darum, wie wir die Integration der vielen hunderttausend Flüchtlinge mit einem dauerhaften Bleiberecht nachhaltig bewältigen können. Darin sehen die Landkreise ihre Hauptaufgabe, die wir sehr ernst nehmen.“ Die Landkreise seien zuversichtlich, denn es gebe vielfältige gute Ansätze, positive Beispiele, das weiterhin sehr hohe Engagement der Bevölkerung und einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Konsens, die Aufnahme der Flüchtlinge zu einem Erfolg zu führen.

Notwendig hierfür seien kommunale Freiräume zur eigenverantwortlichen Gestaltung von Integration. „Nur wenn politische, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen stimmen, kann Integration gelingen“, betonte Sager. In diesem Zusammenhang gelte es, kommunale Verantwortung zu stärken, z. B. bei der Frage der zu verbessernden Möglichkeiten der Landkreise, den Einsatz von Sprachkursen zu koordinieren. Aber auch in Bezug auf die Teilnahme am Integrationskurs müsse Konsequenz agiert werden: „Hier muss es künftig leichter sein, Flüchtlinge zur Teilnahme an einem Kurs zu verpflichten, damit möglichst schnell die Sprachbarriere überwunden werden kann.“ Das bestehende System mit der Steuerung über das BAMF habe sich als kompliziert und schwerfällig erwiesen. „Hier müssen wir insgesamt besser werden, wobei wir die Landkreise als Schlüssel zum Erfolg betrachten“, so der DLT-Präsident abschließend. **DK**

beginn nun auch die Zuständigkeit für die ambulante Hilfe zur Pflege übertragen wurde, lobte Mederer ebenfalls als wichtigen Schritt. Die Bezirke verstünden dies jedoch auch als Auftrag, vor allem die bereits bestehenden Beratungsstrukturen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in ganz Bayern weiter zu verbessern. Die flächendeckende Einrichtung von Pflegestützpunkten, die auf bewährte Beratungsstrukturen vor Ort aufbauen und umfassende Beratung unter einem Dach anbieten, sei hierfür ein vielversprechendes Modell. Die Bezirke sehen sich hier in einer Vorreiterrolle. Allerdings müsse die finanzielle Last dabei auf mehrere Schultern verteilt werden. Neben der kommunalen Seite stünden hierbei insbesondere die Pflege- und Krankenkassen in der Pflicht. Aber auch der Freistaat Bayern müsse sich an den Kosten der Pflegestützpunkte angemessen beteiligen.

Forderungen zur Landtagswahl

Insgesamt sieht Mederer die Bezirke und den Bezirkstag als verlässliche Partner in wichtigen Fragen der Sozial- und Gesundheitspolitik weiterhin auf einem sehr guten Weg. Die von der Vollversammlung formulierten zwölf Forderungen des Bayerischen Bezirkstags zur Landtagswahl 2018 machten deutlich, wo dieser die künftige Landesregierung in der Pflicht sehe:

- 1. Reform des Bezirkswahlrechts** – aktives und passives Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen
- 2. Digitalisierung der Verwaltung** – landesrechtliche Formfordernisse abbauen, Förderprogramm E-Government einführen und IT-Kompetenzen in Aus- und Fortbildung stärken
- 3. Prozentuale Beteiligung der Bezirke am allgemeinen Steuererwerb** – bisherige pauschale staatliche Zuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs an die Bezirke verstetigen
- 4. Jugendhilfekosten der unbegleitet einreisenden minderjährigen Ausländer (UMA)** auch nach Erreichen der Volljährigkeit vollständig übernehmen
- 5. Staatliche Fördermittel für Krankenhausinvestitionen** dauerhaft anheben
- 6. Fachkräftemangel in der Medizin aktiv entgegenwirken**
- 7. Sicherstellung wohnortnaher Beratung** Pflegebedürftiger unterstützen
- 8. Schaffung inklusiven Wohnraums** ermöglichen
- 9. Diskriminierende Leistungskürzung** in der Pflegeversicherung für Menschen mit Behinderung **abschaffen**
- 10. Schulen finanziell und personell so ausstatten**, dass sie ihre Aufgabe Inklusion auch leisten können
- 11. Fischotter-Schäden an Teichanlagen und Fließgewässern** – Monitoring einführen, administrative Voraussetzungen zur Entnahme schaffen sowie Beratung ausbauen
- 12. Maßnahmen zur Reduktion des Feinsediments-Eintrags in Gewässern** – verpflichtende Ausweisung von Gewässerrandstreifen

In seiner letzten Vollversammlung als 1. Vizepräsident des Bayerischen Bezirkstags wies Oberfrankens Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler in seinem Schlusswort darauf hin, „dass es uns gelungen ist, die Bedeutung und den Wert einer modernen Psychiatrie für die Gesellschaft aufzuzeigen – insbesondere auch für die von einer psychischen Erkrankung betroffenen Menschen. Und dies in all ihrer Vielfältigkeit, ihren Aufgaben, ihren Herausforderungen und Chancen.“

An vielen wichtigen Beispielen und sehr persönlicher Schil-

Finanzautonomie ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Freistaats ist eine Dauerforderung. „Der Staat muss die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, entsprechend dem Verfassungsauftrag in Art. 3 Abs. 2 BV (Staatsziel) durchsetzen. Bayern darf kein Land der zwei Geschwindigkeiten sein. Die Ansiedlung von Betrieben und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen ist zu fördern“ so der Präsident.

Dorferneuerung und Städtebauförderung

Dazu gehören ganz klar Maßnahmen der Dorferneuerung und Städtebauförderung. Sie sind weiterzuführen und auszubauen, verlangen die Gemeindevorteiler. Der Abschlussbericht der Enquête-Kommission des Bayerischen Landtags „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ enthält eine Vielzahl konkreter Forderungen. „Wir erwarten, dass sich der Freistaat unter Beteiligung des Bayerischen Gemeindetags umgehend und intensiv mit diesen Forderungen auseinandersetzt.“

LEP grundlegend überarbeiten

Eine weitere Forderung ist die grundlegende Überarbeitung des „Zentrale-Orte-Systems“, das an die Planungswirklichkeit angepasst werden müsse. Die Zugschnitte der Regionen seien dabei kritisch zu hinterfragen. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich völlig neue Vernetzungen und Interdependenzen ergeben, die durch die augenblicklich vorgegebenen Grenzen der Regionalen Planungsverbände nicht mehr abgebildet werden.

Dringenden Handlungsbedarf sieht der Gemeindevorteiler bei der Ärzteversorgung auf dem Land. Sie hat im Vergleich zum

derungen sei aufgezeigt worden, was Psychiatrie heute ist, was sie ausmacht und auf welchen Säulen sie in der öffentlichen Wahrnehmung steht. Auch das Innenverhältnis zwischen den Patienten, Ärzten, Therapeuten und Pflegern sei dabei beleuchtet worden. Nicht unerwähnt sei dabei auch geblieben, welche große Herausforderungen die Psychiatrie in den kommenden Jahren noch vor sich hat, will sie das fatale Siegel der Stigmatisierung hinter sich lassen.

Mit Blick auf die psychiatrischen Institutsambulanzen stellte Denzler fest: „Sie erfüllen in Ergänzung der klinischen Versorgung durch unsere größeren psychiatrischen Krankenhäuser eine zunehmend wichtige Scharnierfunktion für Menschen mit psychischen Erkrankungen.“ Die PIAs stellten ein ambulantes Angebot der psychiatrischen Kliniken dar und hätten sich in Bayern inzwischen längst bewährt.

In den über 100 ambulanten Einrichtungen werde sehr segenreich gearbeitet. Denn die psychiatrischen Institutsambulanzen leisteten einen wichtigen Beitrag, betroffene Menschen auch außerhalb der Fachkliniken umfassend und auf höchstem medizinischem und therapeutischem Niveau zu begleiten und zu versorgen. Von Beginn an seien hier die Bezirke die treibende Kraft gewesen, auch um gute Rahmenbedingungen mit den Krankenkassen in Bayern auszuhandeln. Ohne eine gute Grundausstattung könnten die PIAs ihrem Auftrag nicht gerecht werden und keine derart hervorragende Arbeit vollbringen, so Denzler. **DK**

Ballungsraum eklatante Defizite. Versorgungslücken bestehen bzw. drohen in den nächsten fünf Jahren sowohl bei der Notfallversorgung, bei den Hausärzten als auch bei den Fachärzten. Mindeststandards der Versorgungsqualität müssen hier festgelegt und erfüllt werden.

Bauen und Wohnen

In weiten Teilen des Freistaats ist ausreichender und qualitativ hochwertiger Wohnraum knapp. Die Gemeinden sehen für sich derzeit auch zu wenig Möglichkeiten, ausreichend Baugrundstücke zu mobilisieren. Hierfür benötigen sie gesetzliche Grundlagen. Der Bayerische Gemeindevorteiler hat in seinem Position- und Forderungspapier zur Minderung der Flächeninanspruchnahme zahlreiche Vorschläge zur Aktivierung bestehender Entwicklungspotenziale gemacht. Jetzt fordern die Verbandsvertreter den Freistaat Bayern auf, diese Vorschläge zügig umzusetzen und sich auf Bundesebene aktiv für die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen einzusetzen.

Auch erfordert die beschleunigte Schaffung günstigen Wohnraums weitere Erleichterungen auf Ebene des Planungs- und Genehmigungsrechts. Zwingend bedarf es einer Beibehaltung des § 13b BauGB.

Baukostenauswirkungen müssen in der Normungsarbeit dargestellt und bei der Umsetzung berücksichtigt werden. Der Freistaat Bayern ist aufgefordert, sich bei der Novellierung der Bayerischen Bauordnung sowie auf Fachkommissionsebene im Bund für das Anliegen einer Senkung der Baukostenstandards einzusetzen!

Aktivierung von Leerständen und Ortskernrevitalisierung

Die für eine strategische Ortskernrevitalisierung zur Verfügung stehenden städtebaulichen und grundstücksrechtlichen Instrumente sind zu schärfen und auszubauen. Die Vertreter des Gemeindevortags fordern den Freistaat auf, die diesbezüglichen Fördersysteme praktikabel auszugestalten.

Schulen, Bildung und Kinderbetreuung

An der Digitalisierung des kompletten Lebensumfelds führt auch nach Auffassung der bayerischen Bürgermeister kein Weg vorbei. Uwe Brandl verlangt deshalb ganz klar, dass die digitale Schule zügig eingeführt wird. Natürlich müssen auch hierfür genügend finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um die Kosten für die Anschaffung der Hardware und deren Vernetzung in den Schulen zu fördern. Der Freistaat Bayern wird darüber hinaus aufgefordert, ein pädagogisches Gesamtkonzept zu erarbeiten, das als Grundlage für eine entsprechende Ausstattung der Schulen dient. Darüber hinaus sind einheitliche Standards für die verschiedenen Schularten festzulegen. Mit der Einführung der digitalen Schule ist die Systembetreuung an den Schulen in staatliche finanzielle und personelle Verantwortung zu überführen. Die entsprechenden Aufgaben sind durch pädagogisches, vom Staat finanziertes Personal zu erledigen. Dass im digitalen Zeitalter die gesetzlichen Vorgaben oftmals nicht mehr passen, zeige sich auch beim Schulförderungsgesetz. Dessen Änderung sei überfällig.

Geändert haben sich im Freistaat auch die Zeiten, in denen die Kinder und Jugendlichen die Schule besuchen. Die Ganztags-

gesschule sei deshalb bedarfsgerecht auszubauen.

Zudem halten die Kommunalvertreter aus ihrer Praxiserfahrung heraus eine enge Verzahnung zwischen Schule und Jugendhilfe für wünschenswert. Ziel müsse ein passgenaues ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot in Stadt und Land sein. Bei Personal und Kosten plädiert man in der Münchner Dreschstraße hier für eine faire Aufteilung.

Einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Grundschulkindern über das SGB VIII lehnen Brandl und seine Kollegen kategorisch ab. Es fehle an geeignetem Personal, an Geld, und an Räumlichkeiten.

Stärkung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

„Bund und Länder müssen sich verstärkt und dauerhaft an den Investitions- und vor allem an den Betriebskosten von Jugendhilfeeinrichtungen beteiligen“, verlangt der Präsident. Ausbildungszeiten für das notwendige Fachpersonal in Kindertageseinrichtungen sollten verkürzt, die Ausbildungskapazitäten ausgebaut und im Ausland erworbene Qualifikationen anerkannt werden. Die bei einer eventuellen Kostenfreiheit der Eltern für die Benutzung von Kindertageseinrichtungen geschätzten Mindereinnahmen (über 600 Mio. Euro pro Jahr) müsste der Freistaat im Rahmen der Konnexität übernehmen.

Integration von Flüchtlingen

Die in den Kommunen entstehenden nicht gedeckten Kosten für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen sind durch den Freistaat unter Berücksichtigung der Ergebnisse im Rahmen des Open-book-Verfahrens zu übernehmen, fordern die Gemeinden. Deshalb sei eine anteilige Weiterleitung der Bundesgelder an die Kommunen unabdingbar. Zudem sei die Übernahme der Kosten für die Unterbringung (KdU) durch den Bund über das Jahr 2019 hinaus sicherzustellen.

Asylverfahren vereinfachen und beschleunigen

Die vorgesehene Einführung zentraler Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen wird im Bayerischen Gemeindevorteiler unisono begrüßt. Eine Verteilung auf die Kommunen soll jedoch erst nach Feststellung einer entsprechenden Bleibeperspektive erfolgen.

Auch den Familiennachzug bei subsidiär Geschützten wünscht man begrenzt. Deshalb wird die Lösung auf Bundesebene, wonach bis zu 1.000 Familienangehörige bei diesem Personenkreis im Monat nachkommen dürfen, ausdrücklich begrüßt.

Fehlbeleger in staatlichen Unterkünften belassen

Ein großes Problem stellen die sog. Fehlbeleger dar. Nach Auffassung der Kommunalvertreter müssen diese weiterhin in staatlichen Unterkünften verbleiben dürfen. Ihre Unterbringung sei ausdrücklich keine kommunale Aufgabe.

Bildung und Betreuung sicherstellen

Bei der Verteilung bzw. Umsteuerung der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen ist auf ausreichende Kapazitäten in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu achten. Bei der Einhaltung von Standards bzw. Mindestanstellungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen wird bei kurzfristigen Überbelegungen durch Flüchtlingskinder eine flexible Handhabung seitens

staatlicher Behörden erwartet.

Eine Kostenübernahme durch den Freistaat Bayern verlangen die Gemeinden auch bei den Beförderungskosten für Flüchtlingskinder in Übergangsklassen.

Zudem müssten Deutsch- und Integrationskurse flächendeckend ausgebaut und Wartezeiten verkürzt werden. Die Gemeindevertreter verlangen eine „Entbürokratisierung“ des bürokratischen Aufwands z. B. bei Zulassungsverfahren, Dokumentationserstellung und Abrechnung.

Situation am Arbeitsmarkt verbessern

Der permanente Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen und Regionen bedarf nach Auffassung der bayerischen Bürgermeister einer besseren Steuerung. Genau für diese fehlenden Fachkräfte brauche man eine neue Einwanderungspolitik. Das deutsche Asylrecht sei hierfür der falsche Weg. Lokale Bündnisse für Arbeit und Integration können einen wichtigen Beitrag leisten. Auch hier sei die Vernetzung vor Ort auszubauen und zu optimieren.

Zahl der Flüchtlinge begrenzen

Die Not der Menschen, die ihre Heimat verlassen, wird in den bayerischen Gemeinden durchaus gesehen. Deshalb machen sich die Kommunen auch stark für eine kontinuierliche Erweiterung der Entwicklungshilfe und des humanitären Engagements.

Jedoch verlangen sie einen konsequenten Schutz der europäischen Außengrenzen in enger, kooperativer Abstimmung aller EU-Mitgliedsstaaten.

Digitale Infrastruktur weiter ausbauen

Breiten Raum im Forderungskatalog der Gemeinden gilt dem Ausbau der landesweiten digitalen Infrastruktur. Dazu gehört der konsequente Ausbau der Glasfasertechnologie, die Breitbandförderung und die Schließung von Funklöchern.

Digitales Rathaus

Ein eigenes Förderprogramm fordert Brandl für den Ausbau der Online-Verwaltungsleistungen für Bürger und Wirtschaft. Im Rahmen des E-Governmentpakts muss der IT-Beauftragte der Staatsregierung im Hinblick auf kommunale IT-Belange mit echten Steuerungskompetenzen ausgestattet werden.

Informationssicherheit und Datenschutz sind substanziell für die weitere Digitalisierung: Kleine Kommunalverwaltungen müssen dabei durch das neue Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und die Digitalisierungsämter unterstützt werden. Die digitale Kompetenz in den Rathäusern ist fachlich und finanziell zu unterstützen. Kommunale Digitalisierungsprogramme sollen eine strukturierte Herangehensweise fördern.

Dem Erwerb digitaler Kompetenzen ist in der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes ein größerer Stellenwert einzuräumen. Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, eine Strategie zur Stärkung der digitalen Kompetenzen der Mitarbeiter zu entwickeln.

Verkehr und Mobilität

„Ohne adäquate Erschließung (Straße, Schiene) gibt es keine

Entwicklung der ländlichen Räume“, erläuterte Dr. Brandl. „Diese Verkehre müssen nachhaltig vom Staat finanziell unterstützt werden.“ Bis 2023 soll in Bayern auch der ÖPNV grundsätzlich vollständig barrierefrei sein. Auch insoweit ist eine finanzielle Unterstützung in einem deutlich größeren Umfang als bisher notwendig.

Das Schienenwegenetz muss erhalten und bedarfsgerecht ergänzt werden. Streckenstilllegungen und Rückbau der bestehenden Schieneninfrastruktur dürfen kein Thema (mehr) sein. Die Reaktivierung von aufgegebenen Strecken ist angesichts von Verkehrskollapsen auf den Straßen neu zu überdenken. Eine adäquate finanzielle Unterstützung bei der Mammutaufgabe „Unterhalt der gemeindlichen Verkehrsinfrastruktur“, insbesondere auch der Brückenbauwerke, sei dringend notwendig.

Umwelt, Wasser und Natur

Eine Obergrenze für Flächeninanspruchnahmen wird beim Bayerischen Gemeindegtag strikt abgelehnt. Der zentrale Schlüssel zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme liegt in der Innenentwicklung, den hierfür notwendigen bauleitplanerischen Instrumenten, dem gemeindlichen Flächenzugriff auf Brachflächen sowie in Anreizsystemen, die zur Mobilisierung nicht genutzter Flächen führen. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, diese strategischen Ansätze zu unterstützen.

Umgang mit Bauschutt und Bodenaushub erleichtern

Der Umgang mit Bauabfällen und Bodenaushub ist zu einem

Baukostentreiber ersten Ranges geworden. Außerdem hat der bürokratische Aufwand ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr akzeptabel ist. Aus diesen Gründen fordert der Bayerische Gemeindegtag eine Politik, die einen wirtschaftlichen Betrieb von Recyclinganlagen, ein Verfüllen von Bauschutt in Gruben, Brüchen und den Tagebau sowie den Wiedereinbau in technische Bauwerke unter realen Bedingungen ermöglicht.

Trinkwasser- und Gewässerschutz stärken

Der Bayerische Gemeindegtag fordert den Freistaat Bayern auf, der Trinkwasserqualität den absoluten Vorrang vor den Interessen derjenigen einzuräumen, die aufgrund höherer Standards beim Grundwasserschutz ihre Bewirtschaftungsweisen anpassen müssen.

Bei der Klärschlammverwertung verlangt der Gemeindegtag eine Begleitung staatlicherseits. Empfohlen wird die Gründung eines Klärschlammbeirats.

Klimaschutzpolitik stärken

Bundes- und Landespolitik müssen Wege aufzeigen, wie die ambitionierten Klimaschutzziele bei Wärme und Mobilität erreicht werden können. Nur dann können die Gemeinden die örtlichen Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft aktivieren und vernetzen. Dazu sind praxisnahe Managementkonzepte erforderlich. Die bayerische Kommunalrichtlinie ist wieder aufzulegen.

Bei erneuerbaren Energien möchten die Gemeinden eine bessere Wertschöpfung erzielen. Die Entscheidung über den Ausbau flächenverbrauchender

erneuerbarer Energieanlagen muss bei Gemeinden liegen. Es darf keine erneute Änderung der Rechtslage für die Windkraftanlagenplanung geben.

Die Standortgemeinden sind stärker an der Wertschöpfung von EE-Anlagen zu beteiligen.

Energetische Sanierung anreizen

Die Sanierungsrate auch im kommunalen Liegenschaftsbestand wird im Hinblick auf das Klimaziel 2050 wachsen. Eine Zwangsanzahlquote lehnen die Kommunen aber strikt ab. Vielmehr fordern sie die Auflage eines neuen Kommunalinvestitionsprogramms für finanzschwache Kommunen sowie zusätzliche Anreize für alle Kommunen.

Elektromobilität belohnen

Für die Umrüstung ihrer Fahrzeuge auf Elektroantriebe wünschen sich die Gemeinden eigene Anreize durch den Freistaat.

Eine strategische Rolle der Kommunen beim Aufbau der öffentlichen E-Ladesäulenstruktur lehnen sie ab.

Polizeipräsenz auch in der Fläche ausbauen

Für den öffentlichen Raum fordert man beim Bayerischen Gemeindegtag eine Ausweitung der Videoüberwachung „mit Augenmaß“. Notwendig sei überdies ein quantitativ und qualitativ verbesserter Einsatz der Polizei, eine intensivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden einschließlich kommunaler Dienste und die Weiterentwicklung von Sicherheitskonzepten.

Die Zunahme der sogenann-

ten Hasskriminalität besorgt die bayerischen Bürgermeister. Leider kommt es immer wieder zu gefährlichen Zwischenfällen. Deshalb fordert Brandl einen effektiven Schutz von Kommunalpolitikern vor Hasskriminalität. Straftaten gegenüber Verwaltungsbediensteten, kommunalen Amtsträgern, Ratsmitgliedern sowie (Ober)Bürgermeisterinnen und (Ober)Bürgermeistern müsse wirkungsvoll entgegnet werden.

Meldebehörden fehlen Mittel insbesondere gefälschte EU-Dokumente zu erkennen. Daher ist jede Meldebörde mit geeigneten Dokumentenprüfgeräten auszustatten.

Dienstrecht weiterentwickeln

Das 10-jährige Jubiläum des neuen Dienstrechts sollte zum Anlass genommen werden, eine Evaluierung der bayerischen Regelungen und einen systematischen Vergleich mit dem Dienstrecht der anderen Bundesländer durchzuführen, schlägt Dr. Uwe Brandl vor. Die Bayerische Staatsregierung sollte eine Strategie zur Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes entwickeln, die sich auch auf den nichtstaatlichen Bereich erstreckt.

Dem Erwerb digitaler Kompetenzen ist in der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes ein größerer Stellenwert einzuräumen. Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, eine Strategie zur Stärkung der digitalen Kompetenzen der Mitarbeiter unter Berücksichtigung der kommunalen Bedürfnisse zu entwickeln. □

Banking, wann, wo, wie Sie wollen.



Über 80 digitale Services und unsere persönliche Beratung in Ihrer Filiale vor Ort.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wann Sie wollen. Wo Sie wollen. Wie Sie wollen: Wir sind auch online für Sie da. Erfahren Sie mehr über unsere digitalen Services in einer unserer Filialen oder auf bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken





Ehrgäste vor dem Donaukraftwerk Jochenstein – Burg im Strom – mit Skulpturen von Miguel Horn aus Passau; v.l.: Werkgruppenleiter Karl Maresch, Armin Diewald vom Landratsamt Passau, Bürgermeister Hermann Duschl (Untergriesbach), VERBUND-Vorstand Günther Rabensteiner, VERBUND-CEO Wolfgang Anzengruber, Landrat Franz Meyer, Oö. Landtagsabgeordneter Josef Rathgeb, Oö. Landtagspräsident a.D. Friedrich Bernhofer, DKJ-Vorstände Karl Heinz Gruber und Michael Amerer, Bürgermeister Roland Pichler (Engelhartszell), Baudirektor Wolf-Dieter Rogowsky (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verkehr). □

Ausbau der Ladeinfrastruktur nimmt Fahrt auf:

58 neue Stationen für die LEW-Region

Lechwerke nehmen in Altenstadt erste durch das „Bundesprogramm Ladeinfrastruktur“ geförderte Ladestation in Betrieb

Die Lechwerke (LEW) bauen die Ladeinfrastruktur für Elektroautos weiter aus. In Altenstadt an der Iller ging die erste LEW-Ladesäule in Betrieb, die über das sogenannte „Bundesprogramm Ladeinfrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gefördert wird. Bis August 2018 werden in der gesamten Region insgesamt 58 Ladestationen mit Unterstützung des Förderprogramms errichtet, darunter 18 Gleichstromschnellladestationen. Einige weitere Stationen kommen voraussichtlich in den nächsten Wochen hinzu. Hier laufen derzeit noch Abstimmungen mit der Förderstelle.

„Eine flächendeckende Ladeinfrastruktur ist für den Erfolg der Elektromobilität ganz entscheidend“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Bereits heute ist LEW mit rund 75 Ladestationen in der Region größter Betreiber öffentlicher Ladeinfrastruktur. Dank des Förderprogramms können wir unser Angebot auf über 130 öffentliche Ladestationen erweitern und damit der Elektromobilität in der Region einen großen Schub verleihen.“

Infrastruktur für den erwarteten künftigen Bedarf

Das dazu entwickelte Flächenkonzept besteht aus einer Mischung von Gleichstrom-Schnellladestationen (DC-Ladestationen) entlang der Autobahnen und Fernstraßen und Normalladestationen (AC-Ladestationen) in den ländlichen Gebieten. Mit den neuen Ladestationen wird die Infrastruktur dem erwarteten zukünftigen Bedarf angepasst. Alle LEW-Ladestationen, bestehende ebenso wie die neuen, werden ausschließlich mit Ökostrom, also CO₂-freier Energie, beliefert. „Erneuerbare Energie und Elektromobilität gehören für uns zusammen. Damit können wir den Klimaschutz auch im Verkehrsbereich weiter voranbringen“, sagt Norbert Schürmann.

Die neuen Ladesäulen kosten insgesamt rund 1,5 Millionen Euro und werden im Rahmen der Förderrichtlinie Ladeinfrastruktur

er Marktplan wurde nach modernsten Gesichtspunkten gestaltet. Eine Ladesäule für Elektroautos darf dabei natürlich nicht fehlen“, sagt Wolfgang Höb, Erster Bürgermeister von Altenstadt. „Wir freuen uns, dass hier die erste LEW-Ladestation aus dem Förderprogramm in Betrieb geht. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist ein wichtiges Signal für die Region.“

Die Ladesäule verfügt über zwei Ladepunkte mit einer Leistung von jeweils bis zu 22 Kilowatt. Bezahlen können Fahrer von Elektroautos das Laden mithilfe der „innogy eCharge-App“ über Kreditkarte oder PayPal. Alternativ können Kunden mit dem Vertrag „LEW Autostrom“ oder dem „LEW Autostromticket 18“ über ihre Flatrate diese Ladestation frei nutzen, ebenso wie mehr als 3.800 weitere Ladepunkte des innogy-Ladeverbunds. Darüber hinaus ist die Ladesäule in das größte deutsche Roamingnetzwerk von HUBject eingebunden und kann somit auch von Kunden anderer Mobilitätsanbieter genutzt werden. □

Internationale Anerkennung für Pilotprojekt in Schwabmünchen:

Smart-Operator-Projekt zum intelligenten Stromnetz erhält ISGAN Award

Die Lechwerke (LEW) und innogy sind Ende Mai in Kopenhagen für ihr gemeinsames Smart-Operator-Projekt mit dem renommierten ISGAN Award ausgezeichnet worden. Der Smart Operator zählte zu den fünf Finalisten der Auszeichnung, die das International Smart Grid Action Network (ISGAN) in Kooperation mit der Global Smart Grid Federation (GSGF) vergibt. Prämiiert werden wegweisende Projekte zu intelligenten Stromnetzen – Smart Grids.

Das Motto der diesjährigen Ausschreibung lautete „Smart Grids for Flexibility“. Die Preisverleihung im dänischen Archi-

Eine der umfassendsten Smart-Grid-Installationen

Fast drei Jahre lang war der Smart Operator in einem bislang einmaligen Forschungs- und Entwicklungsprojekt getestet worden. In Schwabmünchen bei Augsburg steuerte der eigens für das Projekt entwickelte Smart Operator ein intelligentes Stromnetz, also ein Smart Grid, in der Praxis. Es handelte sich um eine der umfassendsten Smart-Grid-Installationen überhaupt. Dabei steuerte der Smart Operator Wärmepumpen, verschob Ladezeiten von Elektroautos und Batteriespeichern oder startete die intelligente Waschmaschine erst dann, wenn viel Sonnenenergie vor Ort erzeugt wurde. Wichtigstes Ergebnis:



Inbetriebnahme Ladestation Altenstadt (v.l.): LEW-Kommunalbetreiber Peter Kraus, LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann und Altenstadts Bürgermeister Wolfgang Höb nahmen die neue Ladestation in Betrieb. Bis August errichtet LEW insgesamt 58 neue Ladesäulen in der Region. Bild: LEW / Heidi Sanz

Energieerlebnis Jochenstein

Neueröffnung des 3D-Erlebnisrundgangs beim Donaukraftwerk Jochenstein

Engelhartszell, Untergriesbach. Die neugestaltete Kraftwerksausstellung im zweistaatlichen Donaukraftwerk Jochenstein wurde im Beisein von Ehrgästen aus Österreich und Bayern feierlich eröffnet. Kern des Rundgangs ist eine Handy-App, mit der das Smartphone der Besucher zur 3D-Brille hochgerüstet werden kann. Einzigartige Virtual-Reality-Technik lüftet das Geheimnis um die Stromerzeugung und das Leben in der Donau.

In Anwesenheit von Vertretern des Freistaats Bayern, des Landkreises Passau und des Landes Oberösterreich beschrift VERBUND-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Anzengruber zum ersten Mal den neugestalteten Kraftwerksrundgang. „Bewährte Technik und digitale Innovation erlauben es uns endlich, das große Geheimnis der Wasserkraft zu lüften“, so Wolfgang Anzengruber. „Wir freuen uns, den beliebten Donauradweg um eine zeitgemäße Attraktion reicher zu machen.“

Eckpfeiler der Versorgungssicherheit

Der Freistaat Bayern wurde von Baudirektor Wolf-Dieter Rogowsky vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz vertreten: „Stromerzeugung aus Wasserkraft ist Eckpfeiler unserer Versorgungssicherheit. Das 3D-Erlebnis und die neu gestaltete Kraftwerksausstellung leisten einen wichtigen Beitrag zum Verständnis und zur Wertschätzung dieses Energieträgers. Gleichzeitig wird das immer noch faszinierende Bauwerk Kraftwerk Jochenstein nochmals aufgewertet.“

Gäste für die Region begeistern

Landtagsabgeordneter Bürgermeister Josef Rathgeb als Vertreter des Landes Oberösterreich betonte: „Das zweistaatliche Kraftwerk Jochenstein ist eine gern genutzte Brücke zwischen Oberösterreich und Bayern. Wir hoffen, mit dieser Ausstellung am beliebten Donauradweg noch mehr Gäste für die Region begeistern zu können.“

„Das Donaukraftwerk Jochenstein ist seit Jahrzehnten wie eine Klammer zwischen Bayern und Oberösterreich und ein Teil unserer gemeinsamen Identität als Region. Auf beiden Seiten des Flusses ist das zweistaatliche Kraftwerk ein Anziehungspunkt für technikbegeisterte Touristen wie Einheimische. Diese Magnetfunktion wird sich durch die neugestaltete Ausstellung noch vergrößern. Ich wünsche mir, dass möglichst viele

Vorhandene Ortsnetze können durch intelligente Steuerung rund 35 Prozent mehr Strom aus lokal erzeugter, erneuerbarer Energie aufnehmen. Durch die bessere Nutzung vorhandener Netze kann ihr Ausbau reduziert werden. Ein bedeutender Beitrag für die Energiewende.

Beweis für intelligentes Stromnetz

„Mit dem Smart-Operator-Projekt haben wir die Machbarkeit eines intelligenten Stromnetzes unter Beweis gestellt und konnten im Live-Betrieb wichtige Erkenntnisse für den weiteren Umbau unseres Energiesystems gewinnen“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Lither bei der Vorstellung der Abschlussbilanz des Smart-Operator-Projekts im Juli 2017.

Ausführliche Informationen zum Projekt in der Wertach gibt es unter www.lew.de/smart-operator sowie zum Gesamtprojekt Smart-Grid unter <https://iam.innogy.com/ueber-innogy/innogy-innovation-technik/smart-grids>. □

aus Wasserkraft kostenlos geladen werden.

Wissensvermittlung mit der VERBUND-Stromschule

Für Schulgruppen ist die Virtual-Reality-Brille gratis. Die VERBUND-Stromschule stellt zusätzlich für Führungen moderne iPhones zur Verfügung, um die 3D-Anwendungen allen Schülerinnen und Schülern zugänglich zu machen.

Baugeschichte, Strom aus Wasserkraft und Energiespeicher

Strom aus erneuerbaren Quellen gehört zur Energiezukunft. Da Erneuerbare Energien, wie Wind und Photovoltaik nicht immer auf Knopfdruck bereit stehen, nehmen Stromspeicher eine immer wichtigere Rolle ein. Da hier Pumpspeicherkraftwerke die technisch effizienteste Lösung darstellen, wurde auch dem Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl ein eigener Platz eingeräumt.

Grundlastfähige Wasserkraft

Michael Amerer betonte als Vorstand der Donaukraftwerk Jochenstein AG in seinem Grußwort die Bedeutung der Wasserkraft für die Zukunft: „Einblicke in die Geschichte des Kraftwerks Jochenstein zu gewinnen bedeutet nicht nur, die erfolgreiche Vergangenheit zu zeigen, sondern vor allem auch, sich die Zukunft vor Augen zu führen: Wir brauchen die verlässliche Wasserkraft für die saubere, sichere und vor allem leistbare künftige Stromversorgung. Zur Gestaltung dieser Zukunft ist die Wasserkraft dank ihrer Flexibilität und Vielseitigkeit unverzichtbar. Mit der Wasserkraft können wir nicht nur eine sichere Grundversorgung bieten, sie ermöglicht uns auch, Energie zu speichern und damit die volatile Erzeugung aus Wind und Photovoltaik bedarfsgerecht auszugleichen. Das von uns vorgestellte Projekt Energiespeicher Riedl kann ein weiteres, zukunftsweisendes Kapitel der Wasserkraft an diesem Standort sein.“

Das Projekt Energiespeicher Riedl befindet sich derzeit in Genehmigung und soll einen Beitrag in der Region für die Integration von Wind und Sonne ins Energiesystem leisten.

Informationen: www.verbund.com/energieerlebnis-jochenstein



Derzeit lässt die Uniper Kraftwerke GmbH, die die Betriebsführung des Bahnstrom-Kraftwerks Bittenbrunn verantwortet, die Rad- und Fußwege auf den verstärkten Dämmen des Stauraums Bittenbrunn wieder nutzerfreundlich instandsetzen. Dabei wird auch die ursprüngliche Dammhöhe wiederhergestellt. Für das Einbringen einer zusätzlichen Dichtwand in den geschütteten Damm aus den 1960-er Jahren wurden zwei etwa 20 Meter hohe Großbohrgeräte auf Raupen mit jeweils drei gegeneinander drehenden Stahlschnecken als Bohrwerkzeuge eingesetzt. Trotz Arbeiten bleiben Wege und Dämme rund um die Staustufe Bittenbrunn offen. Mit diesem bewährten, patentierten MIP = Mixed-in-place-Verfahren der Schrobenshauser Spezialfirma Bauer konnten alle Arbeiten schnell und ohne großen Aufwand an Materialtransporten direkt vor Ort ausgeführt werden, da die Suspension für die Dichtwand vor Ort gemischt wird. Dies kam der Ökologie im sensiblen Auenbereich sehr entgegen.

Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau GmbH

dena-Leitstudie 2018:

erdgas schwaben setzt auf Gas aus erneuerbaren Energien

Mit Gas aus erneuerbaren Energien geht's: die Klimaziele 2050 erreichen. Das ist am preiswertesten mit einem breiten Technologiemix möglich, der Techniken wie Power-to-Gas einbezieht. Das zeigt die Leitstudie Integrierte Energiewende der Deutschen Energie-Agentur (dena), die jetzt veröffentlicht wurde. Gemeinsam mit rund 60 weiteren Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sowie wissenschaftlichen Gutachtern hat erdgas schwaben an der Leitstudie mitgearbeitet.

„Wir verfügen bereits über detaillierte Erfahrungen mit und ein umfassendes Wissen über Power-to-Gas“, sagt Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben. „erdgas schwaben war federführend an der Power-to-Gas-Demonstrationsanlage der Thüga-Gruppe beteiligt. Mit der hoch effizienten Technologie rückt die Energiewende in greifbare Nähe, außerdem markiert sie einen weiteren Schritt zur Unabhängigkeit der Energieversorgung. Nicht zuletzt trägt sie zur besseren Nutzung von überschüssigem Bio-Strom aus Wind und Sonne bei und leistet damit einen Beitrag zur Netzstabilität.“

Gasnetze als Transport- und Speichermedium

Mit Power-to-Gas wird Wind- und Sonnenstrom über Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt und direkt ins vorhandene Erdgasnetz eingespeichert. Anselm Pfitzmaier, Geschäftsführer der 100prozentigen Tochterunternehmen schwaben netz, sagt dazu: „Unsere Gasnetze werden deshalb auch in Zukunft eine tragende Rolle für die Versorgungssicherheit in Deutschland und Bayerisch Schwaben spielen. Als hervorragend ausgebautes Transport- und Speichermedium kann die Gasinfrastruktur in Gas umgewandelte regenerative Energie aufnehmen. Die erneuerbare Energie aus Sonnen- und Windkraft ist damit jederzeit verfügbar – egal, wann und wo sie gebraucht wird.“

Das umfassende deutsche

TenneT modernisiert Stromautobahnen

Der Bayreuther Übertragungsnetzbetreiber TenneT ist verantwortlich für einen sicheren Stromnetzbetrieb in weiten Teilen Bayerns und sorgt dafür, den küstennah erzeugten Windstrom in die Verbrauchszentren nach Süd- und Westdeutschland zu transportieren. Um diese zentrale Aufgabe der Energiewende zu meistern, müssen neue Leitungen gebaut und für die zukunftssichere Stromversorgung das bestehende Netz fortlaufend modernisiert werden.

Bei der wichtigen Stromautobahn vom niederbayerischen Plattling nach Schwandorf wird in den kommenden Monaten ein sogenannter Behangwechsel des 220-kV-Stromkreises durchgeführt. Parallel dazu werden auf der 220/110-kV-Leitung zwischen Regensburg und Schwandorf 87 Masten neu angestrichen.

Behangwechsel bedeutet, dass die stromführenden Leiterseile und die Isolatorketten getauscht werden. Die neuen Leiterseile haben einen identischen Querschnitt wie die alten Seile und dieselbe Übertragungsfähigkeit. Die bestehenden Porzellanisolatoren werden durch moderne Verbundisolatoren ersetzt. Die Abstände zum Boden oder zu Objekten bleiben deshalb gleich oder verbessern sich geringfügig. Eine Erhöhung der Spannung oder eine Erhöhung der Übertragungskapazität ist mit den Arbeiten nicht verbunden. Bei der rund 90 Kilometer langen Verbindung, die über 206 Masten führt, wird der Behangwechsel von Mitte Mai bis Mitte November nur am 220-kV-Stromkreis durchgeführt. Dieser Stromkreis

Gasnetz ist damit auch die Lebensader für gasbasierte Backup-Kraftwerke, die zukünftig in Zeiten von Windstille und Dunkelheit die Stromversorgung in Deutschland sicherstellen.

Kostengünstigster Weg zur Energiewende

Geht es nach der dena-Leitstudie, können die vorgegebenen Klimaziele für 2030 (55 Prozent CO₂-Reduzierung) und 2050 (80-95 Prozent CO₂-Reduzierung) mit einem breiten Technologiemix erreicht werden. Mit einer Ausbauoffensive für Gas aus erneuerbaren Energien ist die Energiewende sowohl zeitlich als auch wirtschaftlich optimiert zu schaffen. „Mit einem breiten Power-to-Gas-Ausbau könnte jede Bürgerin und jeder Bürger aktiv zur Energiewende beitragen“, sagt Florian Feller, Leiter Unternehmensentwicklung erdgas schwaben. „Natürlich müssen Gebäude und Heizungsanlagen auf Energie-Effizienz und Energie-Sparen hin ertüchtigt werden. Aber mit Power-to-Gas haben wir die Möglichkeit, auch bestehende Heizungen grün zu schalten.“

Denn mit dem Umstieg auf regenerativ erzeugtes synthetisches Gas aus Power-to-Gas könnten Hausbesitzer, die schon jetzt umweltschonend mit Erdgas heizen, auf einen Heizzustausch verzichten. Für die Bürgerinnen und Bürger ist das eine unkomplizierte, wirksame und kostengünstige Methode, in Zukunft mit Wind- oder Sonnengas klimaneutral zu heizen.

ist seit 1968 in Betrieb, weshalb einzelne technische Komponenten sich dem Ende ihrer erwarteten Lebensdauer nähern. Der zweite Stromkreis hat eine Spannung von 380 Kilovolt und ging 1976 in Betrieb. Die Arbeiten auf dieser Seite stehen dementsprechend in rund zehn Jahren an.

Parallel dazu saniert TenneT auch die rund 40 Jahre alte 220/110-kV-Leitung von Regensburg nach Schwandorf. Hierbei handelt es sich um Korrosionsschutzmaßnahmen an insgesamt 87 Masten. Die einzelnen Masten werden dafür mit einem Hochdruckreiniger von Schmutz, Vogelkot, Moos und sonstigen Verunreinigungen gereinigt.

Am Boden sind um die Masten trittfeste Vliese ausgelegt, um die herabfallenden Verschmutzungen aufzusammeln und fachgerecht zu entsorgen. Sind die Masten gereinigt, wird anschließend per Hand mit einem Knollenpinsel die neue Korrosionsschutzfarbe auf Wasserbasis aufgebracht. Die Arbeiten an dieser rund 36 Kilometer langen Leitung werden voraussichtlich Ende September 2018 abgeschlossen sein.



„gas & glas trägt dazu bei, dass Oberrieden interessant für Hausbauer und Gewerbeansiedlung bleibt. Damit ist Oberrieden fit für die Zukunft!“ sagte Robert Wilhelm, erster Bürgermeister in Oberrieden (rechts), beim Spatenstich für gas & glas von erdgas schwaben. Die Gemeinde im Landkreis Unterallgäu bekommt gleichzeitig mit dem Erdgas-Netz für die nachhaltige Energieversorgung Leerrohre für Highspeed-Internet via Glasfaserkabel. Links im Bild: Helmut Kaumeier, erdgas schwaben.

Spatenstich für die Zukunft in Oberrieden:

Start mit gas & glas von erdgas schwaben

Warten, bis sich die Internetseite endlich aufbaut? Filme streamen unmöglich, weil die Daten zu langsam kommen? Das gehört für die Menschen, die in Oberrieden leben und arbeiten, bald zur Vergangenheit.

Die Gemeinde Oberrieden im schwäbischen Landkreis Unterallgäu bekommt von erdgas schwaben und der 100prozentigen Tochterunternehmen schwaben netz gleichzeitig mit den Erdgasleitungen schnelles Internet via Glasfaserkabel in jedes Haus – ein großer Schritt für eine kleine Gemeinde. Rund drei Millionen Euro investiert erdgas schwaben in Oberrieden.

Ein großer Schritt für eine kleine Gemeinde

Mit gas & glas von erdgas schwaben sichert sich Oberrieden nicht nur die Energieversorgung mit klimaschonendem und günstigen Erdgas, sondern auch Highspeed-Internet in nahezu unbegrenzter Kapazität. Beim feierlichen Spatenstich am 27. April 2018 freute sich Robert Wilhelm, erster Bürgermeister in Oberrieden, dass sich so viele von seinen Bürgern und Bürgerinnen für das zukunftsweisende Projekt entschieden hatten: „Ich bin wirklich stolz darauf, dass wir das gemeinsam geschafft haben und so viele Oberriedener mitmachen. gas & glas trägt dazu bei, dass Oberrieden interessant für Hauslehaber und Gewerbeansiedlung bleibt. Damit ist Oberrieden fit für die Zukunft!“

Zwei nachhaltige Infrastruktursysteme für noch mehr Lebensqualität

Rund drei Viertel aller Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer in Oberrieden nutzen ihre Chance. Sie lassen ihre Häuser an das Erdgasnetz anschließen und bekommen parallel dazu die schnelle Internetverbindung. Dafür verlegt der regionale Energiedienstleister erdgas schwaben jeweils mehr als elf Kilometer Erdgas-Leitungen und Leerrohre für Glasfaserkabel.

Mit gas & glas werden in einer

Um die Versorgungssicherheit der Oberpfalz und Niederbayern über den gesamten Zeitraum der Arbeiten zu gewährleisten, wurden die dafür notwendigen Abschaltzeiten über ein Jahr im Voraus geplant. Darüber hinaus werden solche Arbeiten in der Regel über die Sommermonate durchgeführt, da der Stromverbrauch in dieser Zeit niedriger ist. TenneT investiert mit beiden Maßnahmen zusammen rund sechs Millionen Euro in die zukunftssichere Stromversorgung der ostbayerischen Regierungsbezirke.

Deutsches Bohrunternehmen schließt tiefste Bohrung zur Energienutzung ab

Mit einer Bohrtiefe von 6.400 Metern beendet das deutsche Bohrunternehmen H. Angers Söhne die erste Bohrung eines finnischen Geothermie-Projektes und stellt dabei einen Rekord auf: Die weltweit tiefste Bohrung zur Energieversorgung. Beim Bohren im Festgestein bewältigte das Bohrunternehmen gleich mehrere technische Herausforderungen.

Die Endteufe der ersten geothermischen Bohrung in Otaniemi, ein Stadtteil von Espoo, Finnland ist erreicht und der Auftraggeber, das finnische Energieunternehmen St1, ist glücklich. Am Samstag, den 22. April 2018, gab der CEO des Unternehmens, Mika Wiljanen, den Erfolg über sein Profil des Netzwerks LinkedIn bekannt und gratulierte dem Bohrteam. Erstmals wurden für ein kommerzielles Projekt 6.400 Meter tief gebohrt. Weltweit gibt es nur drei tiefere Bohrungen. Alle wurden zu Forschungszwecken ausgeführt, eine davon im bayerischen Windischeschenbach.

Der Bundesverband Geothermie sieht die Leistung des hessischen Unternehmens als einen Beweis für die hohe Kompetenz der deutschen Bohrbranche. „H. Angers Söhne hat in dem Projekt in Espoo in vielerlei Hinsicht Neuland beschritten. Es freut mich, dass sie es geschafft haben mit innovativer Technologie diese Bohrtiefe zu erreichen“, sagt Dr. Erwin Knappek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie. „Von den Erkenntnissen können wir auch in Deutschland sehr profitieren, wenn es darum geht mit Tiefen von mehr als 5.000 Me-

tern noch höhere Temperaturen nutzen zu können.“

Bisher wurde kein ähnliches Projekt auf so hartem Boden, wie dem finnischen Granit und auf diese Tiefe umgesetzt. Mit einer speziellen Bohrausrüstung konnte das deutsche Bohrunternehmen H. Angers Söhne in das Festgestein vordringen und somit diesen Weltrekord erzielen. Neben vielen weiteren Ländern kann das Unternehmen nun auch eine erfolgreiche Tiefbohrung in Finnland vorweisen und trägt zum geothermischen Ausbau des Landes bei.

Ziel des Pilotprojektes ist es mit 40 Megawatt Leistung etwa 10 % der nachgefragten Fernwärme in Espoo mit seinen rund 275.000 Einwohnern zu erzeugen. Ein wichtiger Meilenstein, um wie geplant bis 2030 auf CO₂-neutrale Fernwärme umzustellen. „Projekte wie diese sind der richtige Weg die Klimaschutzziele zu erreichen und Städte mit CO₂-neutraler Wärme zu versorgen. Nur mit Geothermie ist die Wärmewende in Deutschland und auch international zu erreichen“, betont Dr. Erwin Knappek, Präsident des Bundesverbandes Geothermie e.V.

Tank neue Energie!

Komm zu erdgas schwaben!



Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de



erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

BMW-Monitoringbericht:

Energie der Zukunft

Im aktuell vorliegenden, sechsten Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ stellt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) den Stand der Energiewende in Deutschland für das Jahr 2016 dar. Positiv schlägt zu Buche: Mit einem Anteil von 31,6 Prozent am Bruttostromverbrauch stammte im Monitoring-Jahr 2016 fast jede dritte Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien. Im Jahr 2017 ist ein weiterer Aufwärtstrend zu verzeichnen.

Zugleich führt der auf Grundlage des EEG 2017 vollzogene Paradigmenwechsel hin zu wettbewerblich ermittelten Fördersätzen zu einem deutlich kosteneffizienteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Jedoch ist der Primärenergieverbrauch im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent gestiegen. Zu dieser Entwicklung trugen auch das gute Wirtschaftswachstum und die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung bei. Zwar sind die Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) und der energiepolitischen Beschlüsse vom 1. Juli 2015 inzwischen angefallen und beginnen ihre Wirkung zu entfalten. Die bisher erreichten jährlichen Reduktionen von durchschnittlich 0,8 Prozent seit 2008 reichen allerdings nicht aus, um das Einsparziel bis 2020 (minus 20 Prozent) zu erreichen. Insgesamt bleibt der Handlungsbedarf somit sehr hoch, um das Einsparziel so schnell wie möglich zu erreichen.

Der Endenergieverbrauch in Gebäuden ist im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent gestiegen. Seit 2008 ist er durchschnittlich um rund 0,8 Prozent pro Jahr gesunken. Um die Zielvorgabe einer Reduktion von 20 Prozent bis 2020 einzuhalten, müsste er in den bis 2020 verbleibenden Jahren fünfmal schneller sinken. Somit sind auch hier erhebliche weitere Anstren-

gungen erforderlich, um das Einsparziel so schnell wie möglich zu erreichen.

Der Endenergieverbrauch im Verkehr entwickelte sich mit einem Anstieg um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr und um 4,2 Prozent gegenüber 2005 weiterhin gegenläufig zu den Zielen des Energiekonzepts. Es ist davon auszugehen, dass die Erreichung des 2020-Ziels (minus 10 Prozent) unter den bisherigen Rahmenbedingungen erst um das Jahr 2030 herum erwartet werden kann. Erhebliche weitere Anstrengungen sind erforderlich, um so schnell wie möglich eine Trendumkehr einzuleiten.

Treibhausgasemissionen

Die Treibhausgasemissionen sind im Jahr 2016 leicht angestiegen, gegenüber 1990 aber insgesamt um 27,3 Prozent gesunken. Die Bundesregierung wird die Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 weiterhin begleiten und ihre Minderwirkung bewerten. Sie prüft, welche ergänzenden Maßnahmen vorzunehmen sind, um das Klimaschutzziel für 2020 (minus 40 Prozent gegenüber 1990) gemäß dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD so schnell wie möglich zu erreichen.

„Deutschlands Stromversorgung ist sicher“, heißt es im Monitoringbericht. Die Energienach-

frage in Deutschland ist jederzeit gedeckt, so dass ein hohes Maß an Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Dazu trägt auch der europäische Strommarkt bei. Auch im internationalen Vergleich gehört Deutschland mit einer konstant sehr hohen Versorgungsqualität zur Spitzengruppe.

Die Kosteneffizienz gehört zu den Leitkriterien einer optimierten Umsetzung der Energiewende. So konnte die Kostendynamik bei den Strompreisen in den letzten Jahren spürbar abgebremst werden. War im Jahr 2016 ein Anstieg der Strompreise für Haushaltskunden um durchschnittlich 2,4 Prozent zu verzeichnen, lagen die Preise 2017 annähernd auf dem Niveau des Vorjahres. Für Industriekunden, die nicht unter Entlastungsregelungen fallen, gingen die Strompreise 2016 um 4,0 Prozent zurück.

Endenergieausgaben

Die Letztverbraucherenausgaben für den Endenergieverbrauch sind im Jahr 2016 von 215 auf 212 Milliarden Euro gesunken. Der Anteil der Endenergieausgaben am nominalen Bruttoinlandsprodukt ging im Vergleich zum Vorjahr von 7,1 Prozent auf 6,7 Prozent zurück. Die Ausgaben für Strom sanken gemessen am Bruttoinlandsprodukt auf den niedrigsten Stand seit 2010. Die Energiekosten durch den Verbrauch importierter fossiler Primärenergieträger sind 2016 gegenüber dem Vorjahr von 54,8 auf 45,9 Milliarden Euro gefallen. Wichtigste Ursache sind die erneut deutlich gesunkenen Preise auf den globalen Rohstoffmärkten.

ernwerk fast 8.000 Energiespeicher in sein Netz integriert.

Dorfgestaltung

In Neusorg soll künftig die auf dem Feuerwehrhausdach erzeugte Sonnenenergie im angeschlossenen Batteriespeicher vorgehalten werden und bei Bedarf an das örtliche Feuerwehrhaus und die lokale Straßenbeleuchtung zum Verbrauch freigegeben werden. Das Batteriespeichersystem und die innovative Straßenbeleuchtung sind dabei Bestandteil der laufenden Baumaßnahme zur Gestaltung des Dorfplatzes Weihermühle im Rahmen der Dorferneuerung Riglasreuth/Weihermühle. Das Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz fördert das Vorhaben mit einer 75-prozentigen Zuwendung.

„Die denkbaren Speicher-Kombinationen sind dabei nahezu unbegrenzt“, erklärt Bayernwerk-Kommunalverantwortlicher Ingo Schroers. „Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unseren Partner-Kommunen passgenaue Speicherlösungen für die lokale Energiewende zu entwickeln“, sagt Schroers. Auch eine Förderung der Energieeinsparungskonzepte und Energienutzungspläne der Kommunen durch das Bayerische Wirtschaftsministerium prüft das Bayernwerk aktuell.

Wirtschaftlicher und umweltschonender

Die Vorteile für Kommunen wie Neusorg liegen auf der Hand: „Neben einer nachweislich zunehmenden Wirtschaft-

lichkeit für ein Gelingen der Energiewende erneuerbare Energien und Stromnetzkapazitäten, auch regional, noch besser synchronisiert, der Netzausbau beschleunigt sowie die Bestandsnetze modernisiert und optimiert werden. Der beschlossene Netzausbau muss zügig umgesetzt werden. Ebenso wichtig ist, die Vorhaben aus dem Bundesbedarfsplangesetz fristgerecht zu realisieren. Die Umsetzung ist mit dem Beginn der Bundesfachplanung für die großen Höchstspannungs-Gleichstrom-Leitungen SuedLink und SuedOstLink im Jahr 2017 und für A-Nord Anfang 2018 in die nächste Phase gegangen.

Modernisierungsstrategie

Die Energiewende ist Teil einer gesamtwirtschaftlichen Modernisierungsstrategie, die umfangreiche Investitionen in den Wirtschaftsstandort Deutschland auslöst. Dabei bieten auch innovative Geschäftsmodelle große Chancen. Die Energiewende hilft, Innovations- und neue Marktpotenziale zu erschließen. Dazu trägt auch die Digitalisierung der Energiewende bei. Vom Handel mit neuen, innovativen Energietechnologien profitieren viele deutsche Unternehmen. So wurden im Jahr 2016 Anlagen und Komponenten zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wert von knapp 12 Milliarden Euro exportiert. Immer wichtiger werden daher auch internationale Energiekooperationen, die politischen Austausch und die Flankierung von Wirtschaftsaktivitäten ermöglichen.

Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung erklärte hierzu: „Auch die Expertenkommission stellt im Monitoringbericht zur Energiewende fest: Der Verkehrssektor leistet keinen Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen. Der CO₂-Ausstoß der Energiewirtschaft hingegen sinkt seit Jahren. Einer aktuellen Analyse des Umweltbundesamtes zufolge sinkt auch der CO₂-Ausstoß pro Kilowattstunde von in Deutschland verbrauchtem Strom weiter: Im Jahr 2015 waren es noch durchschnittlich 528 Gramm CO₂, Schätzungen für 2017 prognostizieren laut Umweltbundesamt noch 489 Gramm. Die Energiewirtschaft ist klar auf der Zielgeraden für die Klimaziele 2020 und erreicht nach Prognosen der Bundesregierung knapp 40 Prozent CO₂-Minderung gegenüber 1990. Reflexartig die Versäumnisse anderer Sektoren bei der Energiewirtschaft abzuladen, ist aber nicht akzeptabel.“

Völlig zu Recht kritisierte die Expertenkommission auch den Stand des Netzausbaus, betonte Kapferer: „So sind beispielsweise mit Blick auf das Bundesbedarfsplangesetz von ursprünglich bis Ende 2017 fertigzustellenden 1.435 Kilometern Stromleitungen nach dem ersten Quartal 2018 gerade einmal 150 Kilometer realisiert. Das Ziel, bis 2030 den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 65 Prozent zu erhöhen, ist deshalb absolut richtig. Schaffen können wir das aber nur mit einem zügigeren Netzausbau. Auch beim Leitungsbau brauchen wir deshalb deutlich mehr Tempo.“ DK

lichkeit lokaler Strom- und Wärmekonzepte bringen Speicherlösungen auch eine spürbare CO₂-Einsparung mit sich“, erläutert Bayernwerk-Netz-Geschäftsführer Wolfgang Hildebrand. Daneben arbeitet das Bayernwerk eng mit Universitäten und Hochschulen sowie regionalen Energieeffizienznetzwerken zusammen, die in die Weiterentwicklung der lokalen Speicherlösungen eingebunden werden können. □

Stromversorgung aus erneuerbaren Energien

Kleine Wasserkraft spart eine Milliarde beim Netzausbau und stabilisiert Netzbetrieb

„Die Kleine Wasserkraft verringert die Kosten für den Netzausbau und stabilisiert die Netze“, sagte Hans-Peter Lang, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke (BDW), bei der Veröffentlichung eines Gutachtens der Bergischen Universität Wuppertal unter der Leitung von Prof. Dr. Zdrallek, die jetzt veröffentlicht wurde.

Durch einen geringeren Netzausbau und einen stabilen Netzbetrieb reduziert der Bestand der kleinen Wasserkraftanlagen die Kosten um rund eine Milliarde Euro gegenüber einem Szenario ohne diese Anlagen, das ist das zentrale Ergebnis der Kurzstudie. „Damit die kleine Wasserkraft diese Vorteile ausspielen kann, sollte die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode Rahmenbedingungen schaffen, die den Erhalt und den Ausbau der kleinen Wasserkraft sichern“, so Lang weiter.

Die Studie der Bergischen Universität zeigt in einem Szenarienvergleich, dass die Netzausbaukosten ohne kleine Wasserkraftanlagen um 750 Millionen steigen können und weitere Netzdienstleistungen im Wert von 250 Millionen Euro verloren gehen.

„So reduzieren zum Beispiel die über 7.000 Wasserkraftwerke in Deutschland wegen ihrer Nähe zu den Stromverbrauchern die Netzverluste erheblich. Sie erzeugen den Strom konstant und meistens dort, wo er gebraucht wird. Wasserkraftstrom muss daher nicht über

lange Distanzen über die Netze transportiert werden“, sagte Lang.

Finanzierungsgrundlage verbessern

Die derzeitigen ökologischen Auflagen, wie Fischauflagen und -abstiege sind zwar technisch umsetzbar, untergraben aber die Wirtschaftlichkeit der Anlagen. Daher empfiehlt der BDW der Bundesregierung, die Finanzierungsgrundlage für die Wasserkraft zu verbessern. Lang: „Ein Wasserkraftbetreiber, der seine Anlage ökologisch modernisiert, erfüllt auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sollte die Bundesregierung über ein Bundesförderprogramm die ökologische Modernisierung unterstützen.“ An die Bundesländer gerichtet, empfiehlt Lang: „Bei den Genehmigungsverfahren muss zudem das Wirtschaftlichkeitsgebot beachtet werden.“ Dazu gehörten längere Umsetzungsfristen, angepasste Anforderungen bei Restwasser und Durchgängigkeit sowie straffere und kürzere Genehmigungsverfahren. □



Im Bahnstromkraftwerk Bertoldsheim an der Donau wurde nun der Vertrag unterzeichnet, der die finanzielle Beteiligung von 1 Mio. Euro der DWK (Donau-Wasserkraft AG), einem Gemeinschaftsunternehmen der Uniper Kraftwerke GmbH und der Rhein-Main-Donau GmbH zum Neubau einer leistungsfähigen Donauquerung regelt. Damit wurden rund zweijährige Verhandlungen und Planungen zwischen Kraftwerk und Landkreis Neuburg-Schrobenhausen zu einem erfolgreichen Ende geführt.

Erste Probebohrungen zum Neubau der Donaubrücke der Kreisstraße ND 11 zwischen Bertoldsheim und Burgheim zur Baugrunduntersuchung für die Berechnung der künftigen Brückenpfeiler im Stauraum des Kraftwerks nur wenige Meter oberhalb der Wehranlage sollen noch im Juli 2018 beginnen. Die jetzige Betriebsbrücke bleibt solange für den Verkehr offen, bis der Neubau 2021/2022 fertiggestellt ist; dann folgt der Umbau der Betriebsbrücke. Nach derzeitigen Planungen würde das Projekt in 2023 komplett abgeschlossen. Die Gesamtkosten werden auf mindestens 12 Mio. Euro veranschlagt.

Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau GmbH

Mainburg steigt bei der Abens-Donau Energie ein

Demnächst 21 kommunale Partner am regionalen Energieversorger beteiligt

Die Stadt Mainburg wird der Abens-Donau Energie GmbH (ADE) beitreten. Das beschloss der Mainburger Stadtrat mit großer Mehrheit in seiner letzten Sitzung. „Ich freue mich sehr, dass wir nach längerer Beratung nun zu diesem positiven Entschluss gekommen sind“, so Bürgermeister Josef Reiser.

Zukünftig wird Mainburg mit 5,8 Prozent an dem regionalen Energieversorger, der auch seinen Unternehmenssitz in Mainburg hat, beteiligt sein.

Seit ihrer Gründung 2014 ist die ADE mit ihrem Kundencenter in der Sparkassenpassage im Stadtbild Mainburgs verankert. „Die Mainburger Bürger unterstützen unsere Idee, die Energieversorgung zurück in die Region zu holen“, berichtet Sabine Melbig, eine der beiden Geschäftsführer der ADE. „Rund 10 Prozent der Mainburger Haus-

halte sind bereits Kunden bei uns.“ Ziel der ADE ist es, die Bürger im Landkreis Kelheim mit sicherer, ökologischer und bezahlbarer Energie zu versorgen. So beliefert sie ihre Kunden mit 100 Prozent Ökostrom aus Wasserkraft und ist dabei preislich jederzeit konkurrenzfähig zu den Angeboten anderer Anbieter am Markt. „Gleichzeitig bleibt durch die Beteiligung der Kommunen die Wertschöpfung im Landkreis erhalten“, erklärt ADE-Geschäftsführer Rudolf Müller. □

Bayernwerk startet Speicher-Pilotprojekt in Neusorg

Netzbetreiber bringt gemeinsam mit Gemeinde regenerative Stromerzeugung und Verbrauch vor Ort in Einklang

Gegen den politischen Trend stellt Bayerns größter regionaler Netzbetreiber den Klimaschutz weiter in den Mittelpunkt: Gemeinsam mit Partner-Kommunen entwickelt das Bayernwerk individuelle Speicherlösungen, mit deren Hilfe die zunehmende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien mit der Nachfrage der Verbraucher vor Ort in Einklang gebracht werden kann. Vorreiter ist dabei die Gemeinde Neusorg (Landkreis Tirschenreuth, Oberpfalz), wo seit kurzem eine Photovoltaikanlage, ein Batteriespeicher sowie Feuerwehrhaus und Straßenbeleuchtung als Abnehmer passgenau zusammenspielen.

„In unserer Gemeinde wird entsprechend dem allgemeinen Trend zunehmend vor Ort Energie erzeugt“, sagt Neusorgs Bürgermeister Peter König. Seit Jahren verlaufe der Trend weg von industriellen Großkraftwerken hin zu lokalen Erzeugungsanlagen, die Sonne, Wasser und Wind als Energiequelle nutzen. „Doch erst mit einer kombinierten Speicherlösung können wir Erzeugung und Verbrauch in unserer Gemeinde näher zusammenbringen“, freut sich Bürgermeister König am Freitag in Neusorg.

Weiterentwicklung des Systems

Konkret werden in Neusorg die Photovoltaikanlage auf dem Dach des örtlichen Feuerwehrhauses mit einem Batteriespeicher und zwei Abnehmern, dem Feuerwehrhaus selbst und der lokalen Straßenbeleuchtung, kombiniert. Die Photovoltaikanlage verfügt über eine Leistung von maximal zehn Kilowatt, der Batteriespeicher über eine Kapazität von bis zu 10 Kilowattstunden. Mit Hilfe von intelligenten Stromzählern und Datenübertragungsgeräten überwacht das Bayernwerk die Speicher-Kombination aus der

Ferne und entwickelt das System anhand der gemessenen Daten weiter.

Auf dem Weg zur Energiewende „dahoam“

„Unsere Speicherlösungen in Kombination mit Straßenbeleuchtung, Wärmeversorgung oder auch E-Ladeinfrastruktur sollen Kommunen dabei helfen, regional erzeugte Energie auch regional zu verbrauchen und dadurch die Umwelt zu schonen“, erklärt Ingo Schroers, Leiter Kommunalmanagement beim Bayernwerk. Schon heute transportiert der Netzbetreiber im Schnitt rund 65 Prozent regenerative Energie durch sein Netz. Doch dieses Angebot schwankt je nach Jahreszeit und Wetter.

„Energiespeicher können nicht nur Angebot und Nachfrage vor Ort zusammenbringen“, erklärt Wolfgang Hildebrand, Geschäftsführer der Bayernwerk Netz. „Speicherlösungen können auch lokale Strom- und Wärmekonzepte miteinander verknüpfen, sodass aus der Stromwende dahoam auch tatsächlich eine Energiewende wird“, sagt Bayernwerk-Netz-Geschäftsführer Hildebrand. Derzeit hat das Bay-

Erfolgreiches C.A.R.M.E.N.-Symposium in Würzburg

60 Referenten beschäftigten sich mit erneuerbaren und nachhaltigen Märkten der Zukunft

Das 26. C.A.R.M.E.N.-Symposium mit dem Titel „Märkte der Zukunft – erneuerbar & nachhaltig“ fand auf der Festung Marienberg in Würzburg statt. Die circa 270 Teilnehmer konnten sich unter anderem über die Themen Stromvermarktung, Holzenergie und Bauen mit Holz informieren. Die Veranstaltung begann am Montag mit einem Fachplenum.

Nach einer Begrüßung der Teilnehmer durch Ministerialdirigent Georg Windisch, Vorstandsvorsitzender von C.A.R.M.E.N. e.V., sprach Prof. Dr. Cordt Zollfrank, TUM Campus Straubing, über „Wege in eine CO₂-freie Industrie“. Mit der heutigen Technologie könne eine Reduzierung von maximal 62 Prozent der Treibhausgase ermöglicht werden,

so Zollfrank. Deshalb sei es dringend notwendig, neue Technologien und Produktionsweisen zu entwickeln. Zollfrank forderte die Industrie auf, mehr in diese Forschung zu investieren.

Klimawandel

Im Anschluss beschäftigte sich Thomas Loster von der Münche-

ner Rück Stiftung mit der Frage „Klimawandel im Anthropozän – was kommt auf uns zu?“ Nach einer allgemeinen Einführung zum Thema Klimawandel zeigte Loster die Folgen anhand von aktuellen Beispielen auf. So nehme bereits jetzt die Häufigkeit von Hitzewellen oder Starkregen zu. Als mögliche Handlungsoptionen nannte Loster eine Anpassung an die Gegebenheiten, eine Reduktion des Verbrauchs oder Geo Engineering. Es müsse dringend gehandelt werden, da eine Erwärmung über 2 Grad bereits zu einer unwiederbringlichen Zerstörung führe.

Am Nachmittag des ersten Ver-

anstaltungstages fanden vier parallele Fachblöcke statt. Diese beschäftigten sich mit der Entwicklung effizienter Quartierskonzepte und der IT-Sicherheit Erneuerbarer Energie-Anlagen sowie Mobilität im ländlichen Raum. Außerdem wurde der Mehrwert von Zertifizierungen hinterfragt.

Rolle der Holzenergie

Am zweiten Veranstaltungstag wurden die Parallelveranstaltungen fortgeführt. So wurde die Rolle der Holzenergie für die Wärme- und im gesellschaftlichen Dialog dargelegt. Zudem stellten Experten Projekte und Ideen im Bereich des Holzbaus vor. Trends und Perspektiven waren hier ebenso Thema wie öffentliches Bauen mit Holz. Wie die zukünftige Stromvermarktung aussieht, hinterfragten zwei weitere Fachblöcke. Die Referenten stellten nicht nur neue Ideen und Chancen vor, sondern auch aktuelle Anwendungen und Dienstleistungen. In zwei weiteren Fachblöcken berichteten die Referenten über Innovationen durch alternative landwirtschaftliche Kulturen und informierten über die Eigenschaften von Nutzanfan-

Preisverleihung

Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten lud am Montagabend zu einer feierlichen Abendveranstaltung in der Würzburger Residenz. Nach einem Grußwort von Ministerialdirigent Georg Windisch folgte ein Festvortrag durch Ministerialdirigent Maximilian Geierhos, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die Nutzung von Biomasse sei an einem



V. l.: Jochen Pelz (Ernst-Pelz-Stiftung), Dr. Fred Eickmeyer (ESKUSA GmbH), Preisträger des Ernst-Pelz-Preises 2017, Marco Krasner (SWW Wunsiedel GmbH und ZukunftsEnergie Fichtelgebirge GmbH), Preisträger des Förderpreises Nachwachsende Rohstoffe 2017, Min. Dirig. Maximilian Geierhos (Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten).

Scheideweg angekommen, so Geierhos. Es gebe bereits hohe Anteile im Energiebereich und gleichzeitig immer schwierigere Rahmenbedingungen für Biomasse. „In dieser Situation kommt immer häufiger der Ruf nach einer stofflichen Verwertung von Biomasse.“ In diesem Bereich werde zwar eine überschaubare Menge umgesetzt, allerdings mit einer höheren Wertschöpfung als im Energiebereich und einem enormen Wachstumspotenzial. „Bio-basierte Produkte in der energetischen Nutzung und auch in der technisch-chemisch-stofflichen Nutzung sind längst auf dem Vormarsch“, betonte Geierhos.

Traditionell wurden im Rahmen der Abendveranstaltung der Ernst-Pelz-Preis sowie der Förderpreis Nachwachsende Rohstoffe verliehen. Beide Preise zeichnen den besonderen Beitrag zur Förderung heimischer Nachwachsender Rohstoffe aus und sind mit 10.000 Euro dotiert.

Maximilian Geierhos überreichte im Namen der Bayerischen Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber den Förderpreis Nachwachsende Rohstoffe 2017. Die SWW Wunsiedel GmbH und die ZukunftsEnergie Fichtelgebirge GmbH erhielten den Förderpreis für das regionale Energieversorgungskonzept mit Holz und das Projekt Fichtelgebirgsstrom. Jochen Pelz, Vorstand der Ernst-Pelz-Stiftung, überreichte den Ernst-Pelz-Preis 2017 an die ESKUSA GmbH für die Züchtung und den Anbau von Russischem Löwenzahn als Kautschuk- und Latexrohstoff-Lieferant.

Pelz lobte in seinem Geleitwort das besondere Engagement und den Innovationsgeist der Preisträger. Er betonte, wie wichtig es sei, auch mit kleinen Ideen und Schritten anzufangen und weiterzumachen. Er beendete seine Ansprache mit einem Zitat von Antoine de Saint-Exupéry: „Nur der Boden erkennt die Güte der Saat.“

Prognos-Studie zu neuen flüssigen Energieträgern:

E-Fuels sichern das Erreichen der Klimaziele

Flüssige erneuerbare Kraft- und Brennstoffe sind für eine weitgehend treibhausgasneutrale Energieversorgung unverzichtbar. Perspektivisch könnten sie zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten und so zu einer zusätzlichen Option für mehr Klimaschutz werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Prognos-Studie.

„Verbraucher und wichtige Wirtschaftsbereiche werden auch künftig flüssige Energieträger benötigen“, erklärt Jens Hobohm, Leiter Energiewirtschaft und Studienleiter bei der Prognos AG. Solche Kraft- und Brennstoffe stellen derzeit in Deutschland rund 98 Prozent der Antriebsenergie im Verkehrssektor und etwa 22 Prozent der Heizenergie bereit. Zudem deckt die chemische Industrie hierzulande drei Viertel ihres organischen Rohstoffbedarfs mit Mineralöl. Will Deutschland das klimapolitische Ziel einer 80- bis 95-prozentigen Reduktion der Treibhausgase erreichen, sei es daher entscheidend, flüssige Energieträger wie Kerosin, Benzin oder Diesel zunehmend treibhausgasreduziert herzustellen, so Hobohm.

Dies ist möglich, indem erneuerbarer Strom mit Hilfe von Elektrolyse-Wasserstoff und Kohlenstoff in einen flüssigen Energieträger (Power-to-Liquid, PtL) umgewandelt wird. Der Kohlenstoff kann zum Beispiel aus der Luft oder aus Biomasse gewonnen werden (Power-and-Biomass-to-Liquid, PbtL). Das ist das Ergebnis der

Studie „Status und Perspektiven flüssiger Energieträger in der Energiewende“, in der zwei Szenarien mit 80 beziehungsweise 95 Prozent Treibhausgasreduktion in Deutschland gegenüber 1990 analysiert werden.

Bedarf in Deutschland von bis zu 2.500 Petajoule im Jahr 2050

Die Studie zeigt für die einzelnen Verbrauchsbereiche auf, wie mit Hilfe von E-Fuels – also fast treibhausgasneutralen, synthetischen Kraft- und Brennstoffen – die Klimaziele erreicht werden können. Das Resultat: „Im Jahr 2050 benötigt allein der internationale Luft- und Schiffsverkehr Deutschlands ca. 550 Petajoule Energie. Wird PtL als Lösungsstrategie in allen Sektoren eingesetzt, werden bis zu 2000 Petajoule gebraucht. Weitere rund 500 Petajoule könnten Rohstoff für die Chemie sein. Zusammen entspricht das rund 60 Millionen Tonnen klassischer Raffinerieprodukte“, erläutert Hobohm.

Aus heutiger Sicht kann PtL im Jahr 2050 zu Kosten zwischen 70 Cent je Liter bei op-

timalen Standortbedingungen und rund 1,30 Euro je Liter erzeugt werden. Damit wäre PtL für Verbraucher je nach Anwendung gegenüber rein strombasierten Lösungen auch preislich wettbewerbsfähig. „Voraussetzung hierfür ist ein groß-industrieller Einstieg in die PtL-Technologie, damit die in der Studie angenommenen Lerneffekte erzielt und Kosten gesenkt werden können. Natürlich sollte PtL zudem so effizient wie möglich eingesetzt werden.“

Die Vorteile von E-Fuels liegen auf der Hand: Sie sind technisch in allen Verbrauchssektoren einsetzbar. Pipelines, Tanklager, Heizöltanks, Tankstellen sowie die bestehende Fahrzeugflotte können weiter genutzt werden. Denn E-Fuels können genauso verarbeitet, gespeichert, transportiert und verwendet werden wie heutige flüssige Energieträger. Das wäre insbesondere für Verbraucher vorteilhaft.

Darüber hinaus ist eine sehr weitgehende Treibhausgasreduktion (95 Prozent) nur mit E-Fuels möglich. Auch im internationalen Rahmen ergeben sich laut Studie günstige Effekte für Klimaschutz und Handel. „Die Produktion von PtL würde vor allem in besonders sonnen- und windreichen Ländern erfolgen und dort positive volkswirtschaftliche Perspektiven eröffnen“, so Hobohm. Die Importe wirken zudem ausgleichend auf die deutsche Handelsbilanz.

Roadmap für die Markteinführung

Damit Verbraucher ihre Autos oder Heizöltanks mit E-Fuels befüllen können, empfehlen die Studienautoren unter anderem eine Roadmap zu entwickeln, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auszubauen und einen allmählichen, aber stetigen Markthochlauf anzustreben. Hierfür seien – je nach Phase – verschiedene regulatorische und ökonomische Maßnahmen und Instrumente geeignet und notwendig. „Der Einstieg in die Entwicklung weitgehend treibhausgasneutraler flüssiger Energieträger ist unverzichtbar und somit eine No-regret-Maßnahme“, erklärt Hobohm.

Die Auftraggeber der Studie „Status und Perspektiven flüssiger Energieträger in der Energiewende“ sind: Institut für Wärme und Oeltechnik (IWO), MEW Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland, Mineralölwirtschaftsverband (MwV) sowie UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen.



Bahnstrom-Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten:

Erster Austausch-Transformator in Betrieb

Seit der ersten Juli-Woche sind alle Ertüchtigungsarbeiten an der Maschine 1 des Pumpspeicherkraftwerks Langenprozelten erfolgreich abgeschlossen. Mit einem 300-Tonnen-Schiffkran wurde zuletzt der auf 186,4 Tonnen Transportgewicht abgespeckte Maschinentrafo für Maschine 1 auf einen sogenannten Selbstfahrer gehievt, der den Trafo vom Mainufer zur etwa 300 Meter entfernten Bundesstraße transportierte, wo das Schwerlasttransportgespann zur Beladung wartete. Während der Umladung vom Schiff auf das 2x12-achsige Transportfahrzeug musste der Fuß- und Radweg am rechten Mainufer aus Sicherheitsgründen komplett gesperrt werden. Ebenso wurde die Main-Schiffahrtsstraße für jeglichen Schiffsverkehr während der Umladeaktion gesperrt.

Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau GmbH



Wir machen Bayern ...

e-mobil

Damit auch Bayerns Regionen Fahrt aufnehmen können, braucht es eine flächendeckende Ladeinfrastruktur. Für Kommunen sind wir der fachkundige Partner: von der Ladesäule über die Wartung bis zur Abrechnung. Sprechen Sie uns bitte an.

www.bayernwerk.de/elektromobilitaet

bayernwerk

Von der Magie des Lesens und Schreibens

Bayernwerk verleiht Kinderbibliothekspreis an fünf Büchereien in Bayern
Kinderbuchautor Jens Raschke mit Paul-Maar-Preis ausgezeichnet

Es war ein Galaabend ganz im Zeichen der Leseleidenschaft: Bereits zum zwölften Mal hat das Bayernwerk in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsbibliothek/Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen und dem Sankt Michaelsbund den Kinderbibliothekspreis vergeben. Bei der Preisverleihung in der Kultur- und Begegnungsstätte AURELIUM in Lappersdorf bei Regensburg ist auch erstmals in diesem Rahmen der Paul-Maar-Preis vergeben worden.

Kinderbuchautor Paul Maar höchstpersönlich hat die Auszeichnung an Jens Raschke übergeben. Der Nachwuchspreis war 2009 von Paul Maar und der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur mit Unterstützung des Bayernwerks ins Leben gerufen worden.

Für ihre herausragende Leseförderung von Kindern und Jugendlichen sind die Bücherei Auerbach (Landkreis Deggendorf, Niederbayern), die Gemeinde- und Schulbibliothek Oberhaching (Landkreis München, Oberbayern), die Katholische öffentliche Bücherei Schlüsselfeld (Landkreis Bamberg, Oberfranken) und die Gemeindebücherei Steinach (Landkreis Straubing-Bogen, Niederbayern) mit dem Kinderbibliothekspreis 2018 ausgezeichnet worden.

Einen Sonderpreis für besonders nachhaltiges Engagement hat die Bücherei im Rathaus Reith im Winkel (Landkreis Traunstein, Oberbayern) erhalten, die bereits 2007 mit dem Kinderbibliothekspreis ausgezeichnet worden ist. Jede Gewinner-Bibliothek erhielt einen Mediengutschein im Wert von 5.000 Euro und eine Reihe von Sachpreisen.

Bernd Sibler, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, und Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der

Bayernwerk AG, würdigten die fünf ausgezeichneten Büchereien beim Galaabend im AURELIUM Lappersdorf. Schauspieler und Kinderstar Thomas „Tommi“ Ohrner moderierte die erstmals doppelte Preisverleihung.

„Schlüssel für schulischen und beruflichen Erfolg“

Kultusminister Bernd Sibler, der zugleich Vorsitzender des Bayerischen Bibliotheksverbands ist, nannte die ausgezeichneten Büchereien „leuchtende Beispiele für nachhaltige Leseförderung“. Lesen und Schreiben seien entscheidende Schlüsselkompetenzen für den späteren schulischen und beruflichen Erfolg von Kindern und Jugendlichen. „Engagierte Büchereien schaffen über die Schulbank hinaus vielfältige Leseanreize und vermitteln unseren jungen Menschen Spaß am Lesen sowie Freude an unserer identitätsstiftenden Sprache. Sie sind eine große Bereicherung für unsere bayerische Bildungslandschaft“, erklärte Kultusminister Sibler.

Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel schwärmte beim Galaabend von der „Magie des Lesens und Schreibens“. „Unsere ausgezeichneten Büchereien schaf-

fen mit ihrer Kreativität und Leidenschaft magische Lesemomente für Kinder und Jugendliche“, lobte Gotzel. Angesteckt vom Engagement der vielen ehrenamtlichen und häufig weniger festangestellten Büchereimitarbeiter wachse eines Tages womöglich sogar die Faszination fürs Schreiben. „Wenn wir in diesem Jahr unseren Kinderbibliothekspreis erstmals gemeinsam mit dem Paul-Maar-Preis verleihen, schließt sich dieser magische Kreis“, freute sich Bayernwerk-Chef Gotzel.

„Empathischer Autor mit großer poetischer Kraft“

Mit dem Paul-Maar-Preis ist im Rahmen des Galaabends Kinderbuchautor Jens Raschke ausgezeichnet worden. Paul Maar, der insbesondere für seine Kultfigur und gleichnamige Kinderbuchreihe „Das Sams“ bekannt ist, würdigte Raschke als „empathischen Autor mit großer poetischer Kraft, der einfühlsam mit den Augen eines Kindes über den Verlust eines Geschwisterkindes zu reflektieren vermag“. Sein Kinderroman „Schlafen Fische?“ habe diesen Preis zweifellos verdient, lobte Maar.

Nominierungen

Neben dem 1970 in Darmstadt geborenen Raschke, der als Regisseur und Dramaturg arbeitet, waren die Kinderbuchautorinnen Judith Burger („Gertrude grenzenlos“), Stefanie Neeb („Und wer rettet mich?“) und Verena Reinhardt („Die furchtlose Nelli, die tollkühne Trude und der geheimnisvolle Nachflieger“) von der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur für den Nachwuchspreis nominiert worden. Die Auszeichnung ist mit 1.500 Euro dotiert und wird von Paul Maar und dem Bayernwerk gestiftet. Maar hat für den Preis auch eine Figur geschaffen: den Bären Korbinian.

Über 600 Büchereien unterstützt

Unter dem Motto „Bibliotheken fördern Lesen – wir fördern Bibliotheken“ hat das Bayernwerk mit dem Kinderbibliothekspreis und der Schwesterzeichnung „Lesezeichen“ in den vergangenen elf Jahren mehr als 600 Büchereien unterstützt. Mit dem Lesezeichen werden jedes Jahr 50 öffentliche Büchereien in Bayern mit Mediengutscheinen im Wert von je 1.000 Euro ausgezeichnet. Zusammen mit dem Kinderbibliothekspreis beläuft sich die jährliche Förderung von Büchereien auf 75.000 Euro.

Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur hatte 2009 mit Paul Maar einen Preis für junge Talente der Kinder- und Jugendbuchszene ins Leben gerufen. Anlässlich des 80. Geburtstages von Paul Maar wurde der Preis im vergangenen Jahr in Paul-Maar-Preis umbenannt.

„Die Erneuerbare-Energie-Branche hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass ein schneller und günstiger Ausbau möglich ist. Massive Kostenreduktionen bei Erneuerbarer Energie sind starke Argumente für einen deutlich ambitionierteren Ausbau.“ Dieser sei auch auf Grund des dringenden Handlungsbedarfs zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele nötig.

Bundesverband Erneuerbare Energie:

Planungssicherheit für die Industrie schaffen und Klima schützen

„Sowohl Sonderausschreibungen als auch eine grundsätzliche Planungssicherheit sind für die Industrie die notwendige Basis für Investitionen“, sagt Dr. Peter Röttgen, Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energie (BEE), anlässlich der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des EEG.

Auch hinsichtlich der Zielverfehlungen beim Klimaschutz und dem Erneuerbare-Energie-Anteil am Brutto-Endenergieverbrauch seien sie ein notwendiger Baustein, um sich den Zielwerten zu nähern. Das Ausbaitempo von Erneuerbaren Energien wegen des vermeintlich flächendeckend verzögerten Netzausbaus weiter zu drosseln, ist aus Sicht des BEE nicht notwendig, da bereits umgesetzte bzw. in Kürze wirksam werdende Maßnahmen im Bereich der Netzinfrastruktur bereits signifikante Aufnahmekapazitäten eröffnen würden. Darüber hinaus können weitere zusätzliche Maßnahmen die Auslastung der bestehenden Netze verbessern.

Mehr Intelligenz in die Netze

„Wir müssen mehr Intelligenz in die Netze bekommen“, so Röttgen. Ein zeitnah und strategisch organisierter Kohleausstieg entlaste zudem den Nord-Süd-Engpass. Die Reduktion des für den Netzbetrieb nicht notwendigen konventionellen Erzeugungssockels kann zudem Platz für Erneuerbare Energien schaffen. Ein zeitnah und strategisch organisierter Kohleausstieg entlaste dabei den Nord-Süd-Engpass. Röttgen: „Die Aufnahmefähigkeit der Netze für mehr Erneuerbare Energie ist gegeben.“ Zudem biete die Sek-

torenkopplung großes Potenzial zur Integration von Erneuerbarer Energie, insbesondere im Wärme- und Mobilitätsbereich.

Verlässlicher Planungshorizont

Für die Industrie sei es essentiell, ihren Planungshorizont für die kommenden Jahre klar und verlässlich zu kennen. „Die aktuelle Praxis verunsichert Unternehmen und deutliche Auftragsrückgänge, insbesondere im Windbereich, sind zu verzeichnen. Dies ist aber gegenüber der Zielerreichung kontraproduktiv.“

Sonderausschreibungen zügig umsetzen

Die zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Sonderausschreibungen sei daher schon aus wirtschaftlicher Sicht geboten, so Röttgen. Angesichts des stagnierenden Ausbaus Erneuerbarer Energie, vor allem in den Sektoren Wärme und Mobilität, sowie auch des zu erwartenden größeren Bedarfs im Stromsektor seien Sonderausschreibungen und auch die Anhebung der Ausschreibungsvolumina erforderlich. „Deckelungen sind inzwischen obsolet.“ Daneben gelte es, die Rahmenbedingungen für die Genehmigungen von Windenergieanlagen zu verbessern, damit die Energiewende umgesetzt werden kann.



Gemeinsame Preisverleihung, doppelte Freude: Die fünf Gewinner-Büchereien des Kinderbibliothekspreises 2018 strahlen beim Siegerfoto im AURELIUM Lappersdorf mit dem diesjährigen Paul-Maar-Preisträger Jens Raschke (r.) um die Wette.

BDEW Kongress 2018:

Debatte über Klimaschutz und neue Energiewelt

Energiewirtschaft Spitzenreiter bei CO₂-Einsparungen in Deutschland

„Die Energiebranche hat in den letzten Jahren einen rasanten Transformationsprozess vollzogen und massiv in Erneuerbare Energien, Digitalisierung und dezentrale Stromerzeugung investiert. Dieses hohe Tempo zahlt sich jetzt aus: Die Energiewirtschaft ist klar auf der Zielgeraden für die Klimaziele 2020 und erreicht nach Prognosen der Bundesregierung knapp 40 Prozent CO₂-Minderung gegenüber 1990. Reflexartig die Versäumnisse anderer Sektoren bei der Energiewirtschaft abzuladen, ist aber nicht akzeptabel. Die Unternehmen der Energiewirtschaft stehen für eine sichere Stromversorgung und erfüllen dabei die Klimaziele 2020. Wir wollen dies auch für 2030 schaffen“, sagte die neu gewählte Präsidentin des BDEW, Marie-Luise Wolff, zum Auftakt des BDEW-Kongresses 2018 in Berlin.

Mit Blick auf die Strukturkommission „Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel“ betonte Wolff: „Die Hauptwährung der Energiewende ist die Reduktion von Kohlendioxid. Ein Ausstiegsdatum für die Kohleverstromung zu ermitteln, wird die Aufgabe der Strukturkommission sein – unter den Prämissen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz. Jede von der Strukturkommission gefundene Lösung hierzu muss die energiewirtschaftlichen Notwendigkeiten sowie die dann in ein Gesetz gegossenen Klimaschutzziele erfüllen. Und natürlich dürfen dabei Eigentumsrechte betroffener Unternehmen nicht verletzt werden.“

Der vom Bundeskabinett verabschiedete Klimaschutzbericht für das Jahr 2017 dokumentiert die führende Rolle der Energiebranche beim Klimaschutz auf eindrucksvolle Weise, betonte Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung, in seiner Kongress-Rede: „Der Bericht attestiert der Energiewirtschaft den mit Abstand größten Anteil an den zwischen 1990 und dem Prognosejahr 2020 erreichten gesamten Emissionsminderungen. Dieser gewaltige Erfolg war und ist zugleich auch ein gewaltiger Kraftakt unserer Branche. Wir konzentrieren uns jetzt auf 2030. Das ist anspruchsvoll genug.“

Demgegenüber zeige der Klimaschutzbericht auch, dass der Verkehrssektor seit 1990 gerade einmal fünf bis sechs Millionen Tonnen Kohlendioxid weniger ausstößt. „Das ist eine klägliche Zwischenbilanz. Der Verkehr muss jetzt endlich auch liefern, statt nur in Abwehrhaltung zu verharren.“ Die Emissionsentwicklung im Verkehrsbereich sei besorgniserregend. Beständig würden Effizienzgewinne durch gestiegene Fahrleistungen aufgezehrt. Ohne einen signifikanten Beitrag auch dieses Sektors seien die Klimaziele nicht zu schaffen. „Die Mutlosigkeit der Bundesregierung bei der Verkehrspolitik muss ein Ende haben“, so Kapferer. „Wir als Energiewirtschaft sind ein zentraler Treiber, um eine Energiewende

im Verkehrsbereich voranzutreiben. Doch die Politik muss dafür die geeigneten Rahmenbedingungen setzen. Bisherige Maßnahmen wie die Kaufprämie für Elektroautos haben keinerlei Wirkung erzielt.“

Transformationsprozess

Kapferer nahm zudem den rapiden Transformationsprozess der Energiebranche in den Blick: „Geschwindigkeit wird immer mehr zum Grundgefühl der Branche. Die Unternehmen wollen die neue Energiewelt gestalten, sie wollen mehr in Erneuerbare Energien investieren, sie wollen zum Beispiel auch die umweltschonende Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen, sie wollen Lösungen für die in Zukunft dringend notwendigen neuen Energiespeicher und Flexibilitätserfordernisse anbieten. Und das sind ja alles Punkte, die auf die Energiewende ein-

zahlen. Nur: Dann muss die Politik die Unternehmen auch machen lassen. Stattdessen erleben wir an vielen Stellen, dass die Politik eher hemmt statt ermöglicht. Ein Beispiel ist die sinnlose Doppelbelastung von Energiespeichern bei den Netzentgelten, ein anderes die lange Phase der Planungsunsicherheit bei der KWK. Und beim Netzausbau ist die Politik auch auf Landesebene oftmals kein Ruhmesblatt.“

Bisher nicht geklärt sei zudem, wie ein Back-up für die schwankende Einspeisung aus Erneuerbaren Energien aussehen soll, wenn weitere Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden. „Der Energy-Only-Markt setzt jedenfalls nicht die entsprechenden Investitionsanreize für Gaskapazitäten.“

Auf dem BDEW Kongress 2018 in der STATION-Berlin diskutierten rund 120 Redner mit über 1.600 Geschäftsführern und Entscheidern über die anstehenden Veränderungsprozesse und die aktuellen Fragen der Energiepolitik. Zu den prominenten Rednern zählten in diesem Jahr u. a. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, Bundesumweltministerin Svenja Schulze, Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, zahlreiche Top-Redner aus der Energiewirtschaft sowie Vertreter aus der Wohnungs- und Automobilwirtschaft.



Das Forschungsprojekt INOLA erforscht mögliche Wege zum Energiewendeziel der Region Oberland. In der Stadthalle Penzberg wurden erstmals Modellierungsergebnisse vorgestellt, wie sich der Energieverbrauch und die Energieerzeugung in der Region entwickeln könnten, welche ökonomischen Effekte damit verbunden sind und was zur Erreichung des Ziels der hundertprozentigen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2035 nötig wäre. In Workshops diskutierten alle gemeinsam anschließend inwieweit Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und der Mix aus Erneuerbaren Energien zur Erreichung des 2035-Ziels beitragen können. Unser Bild zeigt von links: Landrat Wolfgang Rzehak (Landkreis Miesbach), Landrätin Andrea Jochner-Weiß (Landkreis Weilheim-Schongau), Landrat Josef Niedermayer (Bad Tölz-Wolfratshausen), Dr. Anne von Streit (LMU), Stefan Drexelmeier (Energiewende Oberland EWO), Walter Huber (Stadtwerke Bad Tölz) und Josef Kellner (EWO).

Bilanzpressekonferenzen von Messe München und NürnbergMesse:

Weltweit auf Erfolgskurs

Zuwachsraten deutlich oberhalb der Erwartungen können die Messe München und die NürnbergMesse im Jahr 2017 verbuchen. „Wir sind gut aufgestellt und entwickeln unser Portfolio und unsere Strategien stetig weiter, so dass sie die Anforderungen und Bedürfnisse unserer internationalen Kunden erfüllen“, erläuterte Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, den Erfolgskurs. Dagegen zeigen allein 17 neue Veranstaltungen in Nürnberg und weltweit eindrucksvoll die Innovationsfähigkeit der NürnbergMesse Group.

„Die Messe München steckt voller Energie. Wir sind für die weitere Zukunft bestens aufgestellt“, betonte Dittrich. Die Ergebnisse sprechen für sich: Mit einem Konzernumsatz von 332,6 Millionen Euro hat die Messe München im Jahr 2017 sogar 26 Millionen Euro mehr erwirtschaftet, als geplant war. „Mit 275,3 Millionen Euro haben wir in der Messe München GmbH den höchsten Umsatz erwirtschaftet, der je in einem Jahr ohne bauma erzielt wurde“, so der Messechef.

Der Ebitda beläuft sich auf 78 Millionen Euro. Damit können die Gesellschafterdarlehen der beiden Hauptgesellschaften Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München mit 23,7 Millionen Euro verzinst werden. Dittrich: „Seit 2010 haben wir damit ununter-

brochen schwarze Zahlen geschrieben und werden das auch in diesem Jahr wieder tun.“

Verbesserte Liquidität

„Unsere Liquidität wird sich in den kommenden Jahren weiter verbessern“, erklärte der Finanz-Geschäftsführer und stellvertretende Messechef Dr. Reinhard Pfeiffer: „Im Herbst zahlen wir die letzte Rate für das Fremddarlehen in Höhe von insgesamt 680 Millionen Euro für den ersten Bauabschnitt.“ Das waren 40 Millionen Euro im Jahr. Der Betrag kann nun für Investitionen in den Unterhalt und die Weiterentwicklung des Geländes genutzt werden. Unter anderem für die beiden neuen Hallen und das neue Conference Center Nord. Die

Baukosten in Höhe von 105 Millionen Euro finanziert die Messe aus eigener Kraft.

Mit zum Teil zweistelligen Steigerungsraten sehr gut gelaufen sind die Veranstaltungen 2017. Die größten Zuwächse gab es im Ausland. Dort wurden drei Themenbereiche regelrecht überannt: Umwelt, Bau und Sport – mit bis zu 40 Prozent höheren Ergebnissen. An ihrem Heimatstandort hat die Messe München dabei weit über dem Durchschnitt der übrigen Messeveranstalter abgeschnitten und konnte damit ihren Marktanteil weiter ausbauen.

Erfolgreiche Veranstaltungen

Fortgesetzt hat sich der Erfolg auch bei den Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2018. Das Jahr ist fulminant gestartet: Im Februar bekam die Messe München den Zuschlag für die Fachmesse OutDoor. Damit kehrt die Branche nach 25 Jahren von Friedrichshafen nach München zurück. Die erste OutDoor by ISPO findet vom 30. Juni bis 3. Juli 2019 in München statt.

„Die Aufgabe ist nun, die ‚Out-Door by ISPO‘ zu einer modernen Branchenplattform für die digitale Zukunft weiterzuentwickeln“, so Klaus Dittrich: „Dazu wird sie ganzjährig und weltweit über digitale Dienstleistungen für Händler und Konsumenten erlebbar gemacht.“ Außerdem kommen weitere Segmente wie Running, Trailrunning, Wassersport, Yoga, Wellness, Fitness und Mountainbike dazu.

Eine neue digitale Plattform für die Sportbranche ist neben der ISPO Digitize Summit, der erstmals Ende Juni im ICM stattfand, im September die Veranstaltung Command Control zum Thema Cyber Security. Digitalisierung muss Chefsache sein. Deshalb richtet sich Dittrich zufolge die Command Control an CEOs, Geschäftsführer und alle Entscheider, die die Chancen der Digitalisierung auf sicheren Wegen nutzen wollen.

Ein weiterer Erfolg war die erstmalige Nutzung der beiden neuen Hallen durch die Umwelttechnologiemesse IFAT im Mai 2018: Die Messe München verfügt jetzt über 18 Hallen mit 200.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche. Dazu kommen 414.000 Quadratmeter Freifläche. Die Weltleitmesse BAU hat jetzt schon für Januar 2019 alle 18 Hallen ausgebucht. Es folgt im April 2019 mit 614.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche die größte bauma aller Zeiten: Sie ist um 9.000 Quadratmeter größer als vor drei Jahren.

„Schwarze Null“ hat Bestand

Ohne seinen erkrankten Geschäftsführer-Kollegen Dr. Roland Fleck verwies CEO Peter Ottmann auf folgende Zahlen der NürnbergMesse: Im Berichtsjahr fanden 177 Veranstaltungen (2015: 161) der NürnbergMesse Group in Nürnberg und weltweit statt. Insgesamt zählten diese 27.829 Aussteller (2015: 27.147) und 1.191.907 Besucher (2015: 1.227.541) auf einer Gesamtnettofläche von 826.579 m² (2015: 875.319 m²).

2017 konnte mit einem nicht für möglich gehaltenen Umsatz von 205,5 Millionen Euro abgeschlossen werden. Die Investitionen beliefen sich 2017 mit 42,1 Millionen Euro auf einem sehr hohen Niveau. Darüber hinaus wurde 2016 ein Höchststand beim Gewinn in Höhe von 15,4 Millionen Euro ausgewiesen. „Das heißt: Die von uns angekündigte ‚schwarze Null‘ in den Doppelgeschäftsjahren hat unverändert Bestand!“, betonte Ottmann. Nach seinen Worten wuchsen die internationalen und nationa-

len Fachmessen im Messezentrum Nürnberg mit Steigerungen von 11 Prozent (Aussteller), 7 Prozent (Ausstellerstandfläche) und 4 Prozent (Besucher) im Jahr 2017 deutlich.

Verantwortlich für diese dynamische Entwicklung seien zunächst die dauerhaft positiven Rahmenbedingungen der deutschen Konjunktur. Dieses organische Wachstum der deutschen Wirtschaft stelle das wirtschaftspolitische Lebenselixier für die Messewirtschaft in Deutschland dar, denn: „Geht es unserem Mittelstand gut, dann gewinnen Marketing- und Vertriebsmaßnahmen an Bedeutung und B2B-Messen sind in diesem Kontext die entscheidenden Plattformen für die Unternehmen in Deutschland.“

Wachstumstreiber Internationalisierung

In doppelter Hinsicht ein entscheidender Wachstumstreiber ist die Internationalisierung. Ottmann: „Einerseits zeigen unsere Veranstaltungszahlen, dass wir hier im Messezentrum Nürnberg immer internationaler werden – gerade bei unseren nationalen und internationalen Fachmessen. So können wir für 2017 neue Höchststände beim Anteil ausländischer Aussteller (57 Prozent) und Auslandsanteil bei der Standfläche (49 Prozent) im Messezentrum vermelden. Und zum zweiten heißt Internationalisierung natürlich im gleichen Atemzug auch immer, dass unsere Fachmessen im Ausland deutlich stärker wachsen und damit einen zunehmend wichtigeren Teil unseres Unternehmenserfolgs einnehmen. Neben den bestehenden Messen im Ausland kamen auch wieder sechs neue Veranstaltungen weltweit hinzu, die insgesamt unsere Portfolio damit bereichern und stärken.“

Ebenfalls einen signifikanten Anteil auf den Gesamterfolg der NürnbergMesse hat zudem die kontinuierliche Verbesserung der Veranstaltungs- und Infrastrukturqualität. Die im Herbst anstehende Inbetriebnahme der neuen Halle 3C sei hier definitiv ein medienwirksames Symbol. „Und wir sind froh über die rund 10.000 Quadratmeter an neuer Ausstellungsfläche auf höchstem Qualitätsniveau, die gleichzeitig einen enormen Imagegewinn für unseren Messestandort beinhalten. Doch neben der Halle 3C sind wir kontinuierlich am Aufwerten unseres heimischen Messezentrums. Dieses permanente Instandhalten ist für die At-

traktivität des Messestandorts Nürnberg eminent wichtig. Allein 2017 flossen 42 Millionen Euro ins Messegelände, davon – unabhängig vom Bau der Halle 3C – rund 13 Millionen Euro in die Instandhaltung der Infrastruktur hier vor Ort. Und 2018 sind es voraussichtlich weitere 32 Millionen Euro (inkl. Halle 3C)“, erläuterte der CEO.

Wie Ottmann weiter ausführte, sei das Leitmotiv „Innovation“ für ihn der Schlüsselbegriff, der erklärt, warum die NürnbergMesse im vierten Jahr in Folge im Kernsegment der „internationalen und nationalen Fachmessen“ weiter deutlich stärker wächst als der restliche Messeplatz Deutschland.

Innovation bedeute für ihn unter anderem, „dass wir das Thema Digitalisierung ungebremst forcieren – und zwar mit Elan auf drei Ebenen: Durch den Aufbau einer hochleistungsfähigen technischen Infrastruktur im Messezentrum, durch die Digitalisierung unternehmerischer Prozesse und natürlich auch durch die Entwicklung neuer, digitaler Geschäftsmodelle.“

Der Start der Content-Plattform „Spotlight Metal“ gemeinsam mit Vogel Business Media aus Würzburg sei hierfür ein gelungenes Beispiel, das Appetit auf Mehr macht.

Hohes Niveau

„2018 nehmen wir Anlauf, um unser bisheriges Rekordjahr 2016 zu übertrumpfen. Und für dieses ambitionierte Ziel sind unsere internationalen Leitmessen in Nürnberg von zentraler Bedeutung. Nach sechs Monaten steht fest: Wir liegen auf Erfolgskurs, denn mit 7 Prozent mehr Ausstellern, 5 Prozent mehr Ausstellerstandfläche und genauso vielen Besuchern bei unseren internationalen Fachmessen haben wir das hohe Niveau von vor zwei Jahren momentan insgesamt noch einmal getoppt“, unterstrich Ottmann.

Demnach rechne die NürnbergMesse auf Basis eines sehr erfolgreichen ersten Halbjahres und der positiven Vorbuchungen für die kommenden Monate für 2018 mit dem „erfolgreichsten Jahr in unserer Unternehmensgeschichte“. Den aus 2016 eingestellten Umsatzrekord dürfte das Unternehmen demnach noch einmal steigern. „Aktuell rechnen wir mit über 290 Millionen Euro. Dann müsste aber wirklich alles mit ‚summa cum laude‘ klappen“, schloss Ottmann seine Ausführungen. **DK**

Galabau 2018:

Der Treffpunkt für Fachplaner und Landschaftsarchitekten

Vielfalt: Mehr Aussteller im Bereich Spielplatz und Urbane Gestaltung

Entscheider aus Kommunen, Fachplaner, Landschaftsarchitekten und Galabauer, die auf der Suche nach praxisrelevanten Informationen, neuen Impulsen und Best-Practice-Beispielen für ihre tägliche Arbeit im Büro und auf der Baustelle sind, sollten einen Besuch auf der Galabau, die vom 12. bis 15. September 2018 im Messezentrum Nürnberg stattfindet, fest einplanen. Für sie bietet die internationale Leitmesse neben dem umfangreichen Produktangebot ein hochkarätiges Weiterbildungsprogramm.

Bereits zum dritten Mal bietet das Forum „Galabau Landscape Talks“, ehemals Praxisforum, hochkarätige Fachvorträge. Am ersten und dritten Messetag halten dabei Planungsexperten Kurzvorträge und regen zu Diskussionen an. Am zweiten Tag stehen vormittags Beiträge rund um das Thema Spielplatz und nachmittags über den Stadtbaustein Pflanze auf dem Programm. Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) wartet mit der Baubesprechung und einem qualitativ hochwertigen Fachprogramm für Landschaftsarchitekten auf seinem Stand in Halle 3A auf. Die Teilnahme ist für Galabau-Besucher kostenlos.

Galabau Landscape Talks

Aus dem Praxisforum werden zur Galabau 2018 die Galabau Landscape Talks. „Der Inhalt bleibt genauso hochwertig wie in den Vorjahren und soll Vertretern aus Kommunen, Landschaftsarchitekten, aber auch dem Galabauer zusätzlich zur Produktschau einen fachlichen Mehrwert bieten. In praxisnahen Vorträgen erhalten Besucher kompakte Lösungsansätze für Fragestellungen aus ihrem Berufsalltag“, erklärt Stefan Dittrich, Veranstaltungsleiter Galabau, und ergänzt: „Aufgrund der gestiegenen Flächennachfrage im Bereich Spielplatz und Urbane Gestaltung durch die Aussteller zieht das Forum zudem aus Halle 1 in Halle 2 um.“ Insgesamt sind die beiden Hallen voll besetzt mit nationalen und internationalen Ausstellern aus den Segmenten Spielplatz, Sportplatz und Urbane Gestaltung.

Auf den Galabau Landscape Talks warten auf Besucher am ersten und dritten Messetag knackige Vorträge, konzipiert von der Redaktion Garten + Landschaft des Callway Verlags. Diese wiederholen sich jeweils vormittags und

nachmittags, sodass sich der Besuch der Galabau Landscape Talks ideal mit einem Rundgang über die Galabau verbinden lässt. Interessierte Besucher sind zeitlich flexibler und verpassen nichts. Los geht's am ersten Messetag, 12. September, mit dem Thema „Grüne Infrastruktur – kann die was?“. Neben aktuellen Projektbeispielen werden die Potenziale der grünen Infrastruktur für eine nachhaltige Stadtentwicklung diskutiert. Am 14. September dreht sich unter dem Titel „Die Zukunft grüner Dächer“ alles um aktuelle Techniken der Dachbegrünung.

Neue Ideen für effektives Grün

Am zweiten Messetag präsentiert der Bundesverband für Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller (BSFH) in Zusammenarbeit mit dem Fachmagazin Playground@Landscape (P@L) Vorträge zum Schwerpunkt „Freiraum der Zukunft – Spielplatzlerlebnis vom Schulhof bis zum Park“. Im Anschluss übernimmt der Callway Verlag. Dann geht es thematisch um die Pflanze als Stadtbaustein und neue Ideen für effektives Grün in der Stadt.

Der bdla präsentiert sich 2018 bereits zum zweiten Mal auf der Galabau. Auf seinem Stand in Halle 3A stellt er nicht nur die Profession des Landschaftsarchitekten bzw. -Planers, sondern auch sich selbst als Verband vor. Jeder Messetag steht dabei unter einem thematischen Schwerpunkt, welcher mit externen Fachleuten sowie Experten aus dem Verband ausgestaltet wird. Der erste Messetag steht im Zeichen der Kommunikation, der Kunden- und Kontaktpflege. „Tag der Landschaftsarchitektur“ ist dann am Donnerstag. Markus Illgas, bdla-Fachsprecher Bautechnik und Normenwesen, führt an diesem Tag zusammen mit vier Referenten durch die „fabelhaf-

te Welt der Regelwerke“. Bei der Baubesprechung werden 2018 die Themen Schwimmteichbau und Baumpflanzungen behandelt, bevor Prof. Dr. Andreas Thon eine aktuelle Übersicht zu Building Information Modeling (BIM) in der grünen Branche geben wird. Abgerundet wird die Veranstaltung mit einem Blick auf die Kostenplanung nach der DIN 276. Der Tag endet hier mit einem Get-together auf dem Messestand. Hinweis: Für bestimmte Beiträge werden Fortbildungspunkte vergeben. Mehr Informationen gibt der bdla. Hier ist auch die kostenlose Anmeldung möglich.

Ebenfalls in Halle 3A bietet auch der BGL einen Benefit für Planer, Galabauer und Landschaftsarchitekten. Auf seinem Galabau-Experten-Forum gibt es zahlreiche Vorträge zu verschiedenen Fachthemen, und das erstmals auf Deutsch und Englisch. **□**

Nürnberg, Germany
12. – 15. September 2018
galabau-messe.com

IDEELLER TRÄGER
 Bundesverband Garten-,
 Landschafts- und Sportplatzbau e. V.
 www.galabau.de

VERANSTALTER
 NürnbergMesse GmbH
 T +49 9 11 86 06 49 90
 besucherservice@nuernbergmesse.de

Galabau 2018
 gardening, landscaping,
 greendesign.

VDV-Jahrestagung in Potsdam:

Aufbruchsstimmung in der Verkehrsbranche

Angesichts der aktuellen Diskussionen um Luftreinhaltung und Fahrverbote sowie mit Blick auf die ersten Weichenstellungen der Bundesregierung sieht die Verkehrsbranche positiv in die Zukunft. „Der Stellenwert von ÖPNV und Schienengüterverkehr wird in den kommenden Jahren wachsen“, machte Jürgen Fenske auf der VDV-Jahrestagung in Potsdam deutlich.

Dass die Verkehrswende mit einem Drittel mehr Bus- und Bahnverkehr sowie knapp einem Viertel mehr Güterverkehr auf der Schiene möglich ist, belegt eine Studie, die der VDV in Auftrag gegeben hat. Bis 2030 will die Branche im Öffentlichen Verkehr sowie auf der Schiene ihre Marktanteile kräftig ausbauen und durch verbesserte Angebote drei Milliarden Fahrgäste mehr gegenüber 2017 hinzugewinnen. Für ein vergleichbares Wachstum wurden zuletzt 26 Jahre benötigt. „Das alles ist möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen“, erklärte VDV-Präsident Fenske, der nicht mit Lob für die alte und neue Bundesregierung sparte, was die Finanzierung des Infrastrukturausbau und des Öffentlichen Verkehrs angeht. „Der Bund hat viel geleistet. Aber es ist wichtig, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gängiger und schneller zu machen.“

Welche Rolle ein leistungsfähiger ÖPNV für die Entwicklung seiner Stadt spielt, verdeutlichte Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs. Er rechnet im Jahr 2035 mit 220.000 Einwohnern – 45.000 mehr als heute und 100.000 mehr als zur Jahrtausendwende. Damit ist Potsdam Deutschlands wachstumstärkste Landeshauptstadt. Bei der direkten City-Anbindung von Krampnitz – einem neuen Wohnort auf einem ehemaligen sowjetischen Kasernengelände im Norden – setzt die Stadt auf die Straßenbahn. Angesichts hoher Investitionen in Barrierefreiheit, Digitalisierung und Infrastruktur erteilte Jacobs der bundesweiten Diskussion um ÖPNV zum Nulltarif eine Absage: „Für einen guten Nahverkehr sind die Menschen bereit, einen Beitrag zu leisten.“

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer erläuterte die verkehrspolitischen Weichenstellungen der Bundesregierung. Der Koalitionsvertrag habe dafür die politischen Leitlinien gesetzt, und die Investitionen lägen auf Rekordniveau. Das Sorge für Planungssicherheit. Nach der Aufstockung der GVFG-Mittel auf jährlich eine Milliarde Euro bis zum Ende der Legislaturperiode wolle er sich für eine Verstärkung einsetzen.

„Es ist eine Zeit des Aufbruchs für Ihre Branche“, erklärte Scheuer. Gleichzeitig nahm er die Verkehrsunternehmen in die Pflicht: „Ich will nicht hören, dass Sie Schwierigkeiten haben, das Geld abfließen zu lassen.“ Der Minister hob besonders die Bedeutung des ÖPNV als „bärenstarken Teil für die Mobilität der Zukunft“ hervor. Sein Ziel sei es, das Konzept „Mobilität und saubere Luft“ zum Exportschlagwort zu machen.

Mit Interesse vernahm die Branche, dass sich der Verkehrs-

minister nach der angekündigten Aufstockung der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG-Mittel) auf jährlich 1 Milliarde Euro bei den Haushalten für eine Verstärkung der Finanzspritzen einsetzen will. Staatssekretär Enak Ferlemann hatte sich zuvor bereits dafür ausgesprochen, in den GVFG-Förderkatalog auch Ersatzneubauten aufzunehmen. Das ist eine alte Forderung der Verkehrsunternehmen: Bislang werden im Rahmen des GVFG lediglich Neu- und Ausbauprojekte im Nahverkehr gefördert, nicht jedoch der Abbau des milliardenschweren Investitionsstaus. Weitere Finanzmittel seien zudem für eine flächendeckende Digitalisierung des Schienenverkehrs erforderlich, unterstrich Ferlemann.

Zudem kündigte der Staatssekretär an, dass man seitens des Bundesverkehrsministeriums alles daran setzen werde, Planungsverfahren zu vereinfachen, um Investitionen im Verkehrsnetz zu vereinfachen und zu beschleunigen. Ein entsprechendes Gesetz sei bereits auf dem Weg. Es befindet sich in der Ressortabstimmung und Ziel sei es, noch im Sommer 2018 einen Kabinettsbeschluss zu bekommen, um das Gesetz dann im Herbst ins Parlament zu bringen.

In Punkt Elektrifizierung sprach sich Ferlemann dafür aus, als erstes den Verkehrsträger Bahn vollständig emissionsfrei zu machen. Dies bedeute nicht, dass alle Schienenstrecken elektrifiziert werden sollten. Hier sei man technologieoffen, wobei sich der Staatssekretär für den Einsatz von Wasserstoff als Energiequelle für Antriebe von Zügen aussprach. Das Bundesverkehrsministerium werde aber sowohl den Einsatz von Wasserstoff, wie auch der Batterietechnik fördern. In der Bereitstellung und Verfügbarkeit von Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen sieht Ferlemann künftig einen entscheidenden Engpass und nannte den Ausbau von Off-Shore-Windparks als eine mögliche Option.

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs steht im engen Zusammenhang mit dem Klimaschutzplan der Bundesregierung, machte Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, deutlich. Bis 2030 müssten die CO₂-Emissionen um 55 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. In diesem Vergleichszeitraum habe allein der Verkehrssektor 40 bis 42 Prozent einzusparen. Im Jahr 2030 werde das nationale Klimaschutzziel identisch mit dem europäischen sein. „Dann müssen wir liefern“, mahnte Flasbarth. Andernfalls drohen kostspielige Sanktionen aus Brüssel. **DK**

Massive Investitionen in die Mobilität der Zukunft

Der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und ein hochentwickeltes Mobilitätssystem sind die richtigen Wege für eine erfolgreiche Zukunft Bayerns. So werden Wohlstand und Lebensqualität nachhaltig gesichert“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, den Bericht aus der Kabinettsitzung.

Demnach hat die Staatsregierung u. a. beschlossen, den Staatsstraßenetat auf das neue Rekordniveau von 310 Mio. Euro anzuheben, mehr Planungskapazitäten für die Bauverwaltung, eine höhere Förderung des öffentlichen Nahverkehrs sowie mehr Mittel für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene bereitzustellen.

„Die Bayerische Staatsregierung unterstreicht mit ihren Investitionen die herausragende Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur und der Mobilität für den Wohlstand in Bayern und insbesondere auch zur Erreichung des Verfassungszieles, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern herzustellen“, so Schmid.

Der Bayerische Bauindustrieverband hat mit der POSITION Bayern Mobilität 2030 dargelegt, welche Anforderungen eine moderne Verkehrsinfrastruktur erfüllen muss und wie ein hochentwickeltes bayerisches Mobilitätssystem gestaltet werden sollte. „Die Bayerische Staatsregierung hat heute einen markanten Beitrag zur Umsetzung unserer Vision geleistet“, so Schmid abschließend. **□**

Staatsregierung unterstützt Ingolstadt:

Europäische Modellregion für Flugtaxis

Die Stadt Ingolstadt bewirbt sich als Testfeld für eine EU-Forschungsinitiative mit dem Titel „Urban Air Mobility“ (UAM). Sie soll als Plattform für die Entwicklung und Erforschung neuer Verkehrskonzepte dienen. Die Projektpartner, darunter Airbus, Audi, die umliegenden Landkreise, die Technische Hochschule Ingolstadt und die Bundeswehr, unterzeichneten im bayerischen Wirtschaftsministerium eine entsprechende Absichtserklärung.

Bayerns Wirtschafts- und Technologieminister Franz Josef Pschierer: „Ich freue mich, dass Ingolstadt hier eine Vorreiterrolle übernehmen will und dieses hochinnovative Thema voranbringt. Das bayerische Wirtschaftsministerium unterstützt dieses Vorhaben tatkräftig und aus Überzeugung. Damit spielt Bayern nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Kontext erneut ganz vorne mit, wenn es darum geht Transportmöglichkeiten auch in der dritten Dimension, nämlich in der Luft, weiter voranzutreiben.“

Mobilitätsnöte definieren

Die Initiative der Europäischen Kommission hat als eines seiner sechs Aktions-Cluster das Thema „Sustainable Urban Mobility“ definiert. Airbus wurde beauftragt, innerhalb dieses Clusters die Initiative UAM zu leiten. Es geht darum, Mobilitätsnöte zu definieren, für die dann gemeinsam mit der Wissenschaft ein Luftmobilitätskonzept (Flugtaxis, Drohnen o. ä.) entwickelt wird. Es werden mehrere europäische Städte und Regionen gesucht, die eine Interessensbekundung für eine Teilnahme an der UAM-Initiative unterzeichnen.

Ingolstadt mit seiner zentralen geografischen Lage in unmittelbarer Nähe zu den Metropolen München und Nürnberg und den Großstädten Augsburg und Regensburg sowie den Flughäfen München und Nürnberg stellt auch aufgrund seines hohen Verkehrsaufkommens und der großen Bevölkerungsdichte ein ideales Testfeld dar.

Bürgerbeteiligung

Ingolstadts Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel: „Ein Modellversuch für Flugtaxis für Personen-, Kranken- oder Organtransporte passt hervorragend zu uns und schärft unsere Ausrichtung als bundesweites Zentrum für die Erprobung digitaler und autonomer Mobilität.“ Es sei wichtig zu betonen, dass ein Flugtaxi den ÖPNV er-

gänzen, aber keinesfalls ersetzen soll. Die Bevölkerung werde in die Machbarkeitsstudien aktiv einbezogen und die Belange hinsichtlich Lärm und Sicherheit müssten selbstverständlich berücksichtigt werden, so Lösel.

Angestrebte Führungsrolle

Bayern strebt nach Pschierers Darstellung beim Thema individueller Flugverkehr der Zukunft die Technologieführerschaft an. Die Voraussetzungen hierfür sind in Bayern ideal. Wir haben eine Vielzahl hochinnovativer kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie Konzerne und hervorragend aufgestellte Hochschulen und auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.“ **□**

Landkreis München unterstützt Smart Mobility Projekt

Ist Ihre Gemeinde in besonderem Maße von Verkehrsstaus geplagt? Ist es in Ihrer Kommune für Pendler schwierig, den Arbeitsplatz zu erreichen? – Eine, aber sicher nicht die einzige Gemeinde im Landkreis München, die diese Fragen sofort mit „Ja“ beantworten kann, ist die Gemeinde Kirchheim.

Sie hat sich deshalb auch sofort bereit erklärt, an einem Pilotprojekt, initiiert vom Regionalaussschuss München (Landkreis) der IHK für München und Oberbayern, mitzuwirken, um auf möglichst „smarte“ Weise dem drohenden Verkehrskollaps entgegenzuwirken und ohne Scheuklappen innovative Lösungen für die Zukunft zu entwickeln.

Von der Suche nach einem „echten“ verkehrstechnischen Schmerzpunkt“ sprach dann auch der stellvertretende Vorsitzende des Regionalaussschusses und Leiter der Arbeitsgruppe Smart Mobility, René Fassbender, promovierter Astrophysiker und Start Up-Unternehmer im Gate Garching. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus namhaften, ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern des IHK-Regionalaussschusses (Unternehmer und Selbstständige), Mitarbeitern des Landratsamts sowie der IHK, hat es sich zum Ziel gesetzt, ein möglichst

Vom Fahrzeug zum Teilzeug

Komplettpaket ermöglicht einfachen Einstieg ins Carsharing für Gemeinden und Nachbarschaftsinitiativen

In vielen Gemeinden werden gerade neue Verkehrskonzepte geprüft und entwickelt. „Es gibt viele tolle Ideen für neue Mobilitätslösungen in Bayern. Viele scheitern leider am fehlenden Startkapital oder an der komplexen Software.“ Mobilitätsexperte Oliver Weiss hat mit regionalen Initiativen gesprochen und weiß, dass Finanzierung, organisatorische Probleme oder das Einbauen von Telematikboxen in die Fahrzeuge den Start zum Auto teilen bremsen.

Bekanntere Anbieter konzentrieren sich auf die großen Städte, so dass viele Gemeinden bisher keine Chance haben mit einem eigenen Carsharing zu starten. „Deshalb haben wir mit Teilzeug ein Starterpaket zusammengestellt, bestehend aus Buchungs- und Abrechnungsplattform, Elektroauto, Batterie und Ladestation. Das Ganze bieten wir als Leasing an, mit überschaubaren monatlichen Kosten“.

Teilzeug will damit einen einfachen Einstieg für Gemeinden, Wohnprojekte oder Nachbarschaftsinitiativen in Bayern ermöglichen. Der „Schlüssel“ dazu ist eine kleine Softwarefirma aus Voralberg. „Am Anfang wollten wir Auto teilen mit einfachen Mitteln unter Freunden und in der Nachbarschaft möglich machen“ erklärt Softwareentwickler Dominik Bartenstein von Zemtu aus der kleinen Gemeinde Hittisau. „Zemtu heißt in unserem Dialekt sich zusammen tun, das hat auch bei vielen Initiativen gut geklappt und wir haben sehr positive Rückmeldungen bekommen“.

Webbasierte Lösung

Trotzdem haben sich viele Initiativen mit den Schlüsselübergaben und Abrechnungen schwergetan. Deshalb wurde bald eine eigene Buchungs- und Abrechnungssoftware entwickelt und in regionalen Initiativen getestet. Dabei hat sich ein Einbausystem zum Öffnen und Schließen der Fahrzeuge per Handyapp bewährt, „aber irgendwann dachten wir uns, das muss noch einfacher gehen und sind auf eine Schnittstelle gestoßen, die die Fahrzeugsteuerung ohne Einbau von Telematikboxen ermöglicht.“ Im letzten Jahr wurde mit einem führenden Hersteller von Elektroautos eine webbasierte Lösung entwickelt, die seit über einem Jahr von mehreren Carsharinganbietern erfolgreich in vielen Fahrzeugen eingesetzt wird. Nutzer brauchen

dann nur noch ein Smartphone um das Auto zu buchen, zu öffnen oder zu schließen.

Oliver Weiss will mit Teilzeug das System als Komplettpaket mit Elektroauto und Finanzierung anbieten, „damit kann man sofort loslegen und zum Beispiel Gemeindefahrzeuge für die Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger bereit stellen“. Das Softwarepaket bietet neben Buchungskalender und Nutzerverwaltung auch eine finanzamttaugliche Abrechnung. Das Sharingpaket kann schon mit einem Auto gestartet werden und ist beliebig skalierbar, sogar überregionale Netzwerke sind umsetzbar. Die Nutzer können dann in jeder beteiligten Gemeinde Fahrzeuge unkompliziert ausleihen.

Auch E-Bikes oder Elektroroller können in das „Teilsystem“ eingebunden werden. Oliver Weiss hat auch die Augen offen für neue E-Fahrzeuge wie zum Beispiel eine elektrische Weiterentwicklung der „Knutschkugel“ Iso Isetta oder E-Lastenfahräder. Carsharing kann eine zentrale Rolle spielen um in Gemeinden eine kostengünstige Ergänzung zu privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln anzubieten. Das Teilen von Autos ist auch eine effiziente Alternative zum eigenen Fahrzeug und ermöglicht soziale Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger. In Kombination mit Elektromobilität können dabei spannende Konzepte für zukunftsfähige Mobilität entstehen.

In den nächsten Jahren werden weitere innovative Elektrofahrzeuge auf den Markt kommen: „Die Zukunft kommt leise und schnell, denn das Fahrgefühl von Elektroautos ist einzigartig“ freut sich Oliver Weiss. Außerdem steigt die Lebensqualität in Gemeinden wenn es ruhiger wird und die Luft besser. Übrigens, momentan steht ein Auto in Deutschland im Durchschnitt 23 Stunden am Tag. Vielleicht werden mit Carsharing aus den Stehzeugen bald mehr Teilzeuge für alle. **□**

Noch nie nutzten mehr Menschen den MVV

Im Jahr 2017 beförderten die Verkehrsmittel im MVV mit knapp 716 Mio. Fahrgästen nochmals rund fünf Mio. Fahrgäste mehr als 2016. Und auch die Fahrgeldeinnahmen stiegen von 872 Mio. Euro um 4,3 Prozent auf rund 910 Mio. Euro.

Die Einnahmen bei den Einzelfahrkarten wuchsen insgesamt um mehr als sieben Prozent an. Ähnlich sah es bei den Single-Tageskarten aus. Vor allem der Anstieg bei der Single-Tageskarte Gesamttraum (etwa zehn Prozent) und der Single-Tageskarte Innenraum (rund sieben Prozent) trugen zu den guten Zahlen bei.

Bei den Gruppen-Tageskarten konnte insgesamt ein Einnahmen-Zuwachs von rund sechs Prozent verbucht werden. Auch hier schlugen vor allem die Gruppen-Tageskarte Gesamttraum mit einem Plus von über neun Prozent und die Gruppen-Tageskarte Innenraum mit einem Plus von knapp sieben Prozent positiv zu Buche. Bei den Streifenkarten stiegen die Einnahmen weiter um fast 4 Prozent. **□**

StreetScooter:

Kommunalfahrzeug mit e-Antrieb

Bauhöfe gelten schon lange als optimaler Einsatzort für elektrisch angetriebene Nutzfahrzeuge. Mit StreetScooter, einem Tochterunternehmen der Deutschen Post, können Kommunen den eigenen Fuhrpark elektrisch aufrüsten. Die Fahrzeuge, die bei der Deutschen Post seit Jahren im Einsatz sind, gelten als genügend getestet und für andere Bereiche marktauglich. Für Kommunen sind die Diskussionen um den Dieselmotor, die damit verbundene Feinstaub- und Lärmbelastung und die Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz, Stichwort CO₂-Reduzierung, Anreiz, um sich nach Alternativen umzusehen. Modelle des StreetScooters wurden nun bei den Vertretungen Henne Nutzfahrzeuge in Kirchheim und Wilhelm Mayer in Neu-Ulm ins Sortiment aufgenommen und in einer Roadshow potentiellen Kunden präsentiert.

StreetScooter hat eine beispiellose Entwicklung hingelegt. Entstanden ist die Idee 2008/2009 an der RWTH Aachen. Hier haben die Professoren Günther Schuh und Achim Kampker mit ihren Studenten e-Fahrzeuge entwickelt. 2011 erfolgte eine Präsentation auf der IAA, an die sich die Deutsche Post wiederum erinnerte, nachdem man auf der Suche nach einem geeigneten Hersteller für elektrische Zustellfahrzeuge bei den gängigen Produzenten nicht fündig wurde. Die Post ging als erstes großes Logistikunternehmen bereits im Jahr 2008 die Selbstverpflichtung ein, die CO₂-Effizienz bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent gegenüber dem Jahr 2007 zu verbessern. Dieses Ziel wurde, auch dank des StreetScooter, schon 2016 erreicht.

Michael Fauser, Verkaufsleiter bei StreetScooter, legt dar, dass bei der Konzeption genau

bedacht wurde, was ein Postauto ist: „250 Zusteller wurden eingeladen und nach ihren Wünschen für optimale Arbeitsbedingungen befragt. So konnte berücksichtigt werden, dass Griffe senkrecht angebracht wurden, es keine Sitzwanne und auch keinen Radkasten gibt.“ Für die Post sei wichtig gewesen, dass die Fahrzeuge robust und wirtschaftlich wären. „Und tatsächlich konnten Reparaturkosten schon jetzt um 60 % gesenkt werden“, so Fauser.

Anforderungen wie im Kommunalbereich

Die Anforderungen im Zustellbereich sind denen im kommunalen Bereich sehr ähnlich. Pro Tag werden ca. 30-40 km zurückgelegt, dabei gibt es 250-300 Haltepunkte, es wird kurz angefahren und schnell gestoppt. „Der Unterschied ist eben, dass wir einladen, wäh-



Die Dämpfungsglieder haben eine besondere Wabenstruktur, um die Aufprallenergie effektiv abzuleiten.

Henne lädt zum Unimog und MB trac Treffen 2018

- Wann? am 02. September 2018 von 09:00 bis 18:00 Uhr
- Wo? beim Jägerwirt in Aufhofen, Hofmarkstraße 5, 82544 Egling/Aufhofen)

Neben den Young- und Oldtimern wird die neueste Unimog Technik gezeigt und alle Bereiche und Ansprechpartner von Henne vorgestellt.

Das erwartet die Gäste

- Treffen von Unimog & MB trac aller Baujahre
- Ausstellung aktuellster Unimog Technik für Agrar- und Kommunalanwendungen
- Probefahren aktueller Unimog Modelle
- Präsentation des JCB Baumaschinenprogramms
- Zapfwellenleistungsprüfstand
- Vorführung historischer Unimog Anwendungen
- Kinderprogramm
- Essen und Getränke vom Jägerwirt
- und vieles mehr ...

Jeder Teilnehmer, der mit seinem Fahrzeug kommt, erhält ein Mittagessen, ein Getränk sowie eine Fahrzeugplakette.

rend die Post auslädt“, sagt Matthias Schmidberger vom Bauhof Wolftratshausen, der mit seinem Team den StreetScooter unter die Lupe nimmt. Er ist schon länger auf der Suche nach einem elektrisch angetriebenen Fahrzeug für die Spielplatz- und Parkanlagenpflege sowie die städtische Müllentsorgung. „Mit BHKW und PV-Anlage direkt am Betriebshof ist die Ladeinfrastruktur optimal ausgelegt“, erläutert Schmidberger, der seit 6 Jahren ein elektrisch betriebenes Schmalspurfahrzeug im Einsatz hat.

„Die Innenstädte und die Mobilität an sich muss dringend von Lärm, Feinstaub und sonstigen Emissionen entlastet werden. Mit StreetScooter kommen wir diesem Denken und Ziel einen wichtigen Schritt näher“, stellt Tim Oßwald, Geschäftsführer von Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, fest. Für Rainer Partelly, Verkaufsleiter von Henne Nutzfahrzeuge, ist es wichtig, eine entsprechende Werkstatt-

kompetenz bereits aufzubauen, denn die Zeit für e-Nutzfahrzeuge ist reif. „Außerdem passt der StreetScooter zu uns, als Spezialist fürs Nischen-Spezial-Geschäft“.

Baustellensicherung:

Unimog mit Aufprall-Dämpfungssystem

Immer wieder kommt es in Baustellen zu Auffahrunfällen mit teils schwerwiegenden Folgen. Vielfach sind dabei die Arbeiter bei Mäheinsätzen oder an den Baustellen gefährdet: Unachtsame Autofahrer übersehen Engstellen oder Absperrungen und kollidieren nahezu ungebremst mit Sicherungsfahrzeugen. Um im Ernstfall Fahrer und Material bestmöglich zu schützen, hat die niederländische Firma Verdegro ein neues Aufprall-Dämpfungssystem entwickelt.

Das System wurde von den Technikern bei Mercedes-Benz Special Trucks in Wörth auf Herz und Nieren geprüft – und für den Anbau an Unimog offiziell freigegeben. So kann das Aufprall-Dämpfungssystem TMA-US jetzt an Unimog auf Baustellen für mehr Sicherheit sorgen.

Geringere Schäden dank absorbierter Aufprallenergie

Dazu klappt der Fahrer einfach den mit einer Signalanlage verbundenen Dämpfungsschutz am Heck des Fahrzeugs aus. Durch die in Wabenstruktur gefertigten Dämpfungsglieder aus Leichtmetall und verzinktem Stahl wird bei Auffahrunfällen ein Großteil der Aufprallenergie absorbiert – und die schon vorhandenen Dämpfungseigenschaften der Unimog Pritsche um ein Vielfaches erweitert. Somit wird im Falle einer Kollision sowohl das Fahrzeug des Unfallverursachers als auch das Arbeitsfahrzeug selbst erheblich weniger in Mitleidenschaft gezogen: mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.

Das kann Leben retten und hält den Unfallschaden möglichst gering. Das Verdegro Aufprall-Dämpfungssystem wurde gemäß des NCHRP 350 Crashtest bei einer Geschwindigkeit von 100 km/h getestet und ist nach Prüfung durch Mercedes-Benz Special Trucks zur Montage am Unimog freigegeben. Den Vertrieb für Deutschland hat Unimog Partner Merex übernommen.

Hydraulische Barriere mit integrierten Lichtzeichen

Das am Heck des Unimog montierte System verfügt über die gängigen Verkehrsleiteinrichtungen. Dazu zählen sowohl die hellen LED-Lichter wie auch ein drehbares Schild, das die vorgegebene Fahrtrichtung anzeigt. Die auffälligen Lichtsignale sorgen für mehr Aufmerksamkeit der anderen Verkehrsteilnehmer an gefährlichen Stellen. Der Aufprallschutz lässt sich vom Fahrer auf Knopfdruck ganz einfach hydraulisch in Position bringen und nach getaner Arbeit wieder einklappen.



v.l.: Matthias Schmidberger, Meister Baubetriebshof, Stadtwerke Wolftratshausen; Michael Fauser, Verkaufsleiter StreetScooter, Rainer Partelly, Verkaufsleiter Henne Nutzfahrzeuge und Michael Fischhaber, Baubetriebshof, Stadtwerke Wolftratshausen.



Ein Event wie er für ein Kultfahrzeug nicht schöner inszeniert werden kann: Zum Jubiläum des Unimog-Clubs reisten die Gäste von weither an - möglichst natürlich mit dem eigenem „Moggele“.

25 Jahre Unimog-Club Gaggenau:

Mehr Unimog geht nicht

Rund 800 Unimog aus 70 Jahren

Im Unimog-Club Gaggenau e.V. (UCG) dreht sich seit der Gründung 1993 alles um den legendären Alleskönner von Mercedes-Benz. Der Club zählt inzwischen über 6.600 Mitglieder und ist in 34 Ländern aktiv – von Kanada bis China. Im Juni feierte der größte Markenclub von Mercedes-Benz Classic anlässlich seines 25. Geburtstags ein Jubiläumsfest der Superlative rund um die Geburtsstätte des Unimog.

Wer am Festwochenende nach Gaggenau im Murgtal kam, konnte das bekannteste Nutzfahrzeug der Welt in allen Variationen und Ausstattungen erleben. Vom liebevoll gepflegten Oldtimer aus den 50er-Jahren bis zur aktuellen Modellreihe mit modernster

Technik an Bord. Dabei zeigte sich, dass selbst ältere in Gaggenau entwickelte Universal-Motor-Geräte von Ihren Besitzern bis heute für vielfältige Aufgaben eingesetzt werden – zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Forstbetrieb oder als Transportfahrzeug.

Das Programm war so vielseitig wie der Unimog. Für Groß und Klein gab es bei schönstem Sonnenschein das ganze Wochenende über vielfältige Angebote: von Expertenvorträgen und Ausstellungen im Unimog-Museum bis hin zum ökumenischen Abschlussgottesdienst. Oldtimer-Liebhaber konnten ihre alten Schätze zur Schau stellen, Live-Performances zeigten Unimog in Aktion.

Das Mercedes-Benz Special Trucks Vorführgelände Ötigheim konnte an allen drei Festtagen besichtigt werden und in der neugebauten Werkstatt des Unimog-Museums wurde ein Boehringer Unimog unter den Augen der Besucher zerlegt und wieder zusammgebaut.



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.



Der Unimog auf der Galabau 2018

vom 12. - 15. September 2018 finden Sie uns in Halle 6

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Rückdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



Gemeinsame Freude über die Fördermittel. Unser Bild zeigt (v.l.): Rudi Erlacher, Vizepräsident des Deutschen Alpenvereins, Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer, Bayerns Bau- und Verkehrsministerin Ilse Aigner, Bayerns Umweltminister Marcel Huber und den Ersten Bürgermeister der Gemeinde Kreuth, Josef Bierschneider.

Bild: Fotografi/Agentur

Neues Bergsteigerdorf

Marcel Huber: Förderscheck für nachhaltigen Naturtourismus in Kreuth übergeben

Bergsteigerdörfer sind Vorbilder für nachhaltige Entwicklung und für sanften Tourismus im bayerischen Alpenraum. Um weitere attraktive Naturerlebnisangebote zu schaffen und auch die umweltfreundliche Mobilität voranzubringen, übergab Umweltminister Dr. Marcel Huber der Gemeinde Kreuth einen Förderscheck über 84.000 Euro.

„Die Gemeinde ist ein tolles Vorbild für einen Tourismus, der achtsam mit den uns anvertrauten Naturschätzen umgeht. Mit Weitblick und Visionen wurde das Potenzial dafür früh erkannt: Naturschutz und Tourismus schließen sich nicht aus. Wer die Natur liebt, will auch naturbewusst Urlaub machen. Der Trend geht klar in diese Richtung. Der Schutz unserer schönen Natur in Bayern ist eine Gemeinschaftsaufgabe, zu der jede Region ihren Beitrag leisten kann“, so Huber.

Eindrucksvoller Ideenkatalog

Gefördert wird einerseits die Erstellung eines Verkehrs- bzw. Mobilitätskonzeptes, das zum Verzicht auf Auto motivieren soll. Andererseits die Erstellung eines Naturtourismuskonzeptes mit zusätzlichen Angeboten wie z.B. neuen Naturerlebnisstati-

onen sowie einem Klettersteig. Huber: „Kreuth hat einen eindrucksvollen Katalog von Ideen vorgelegt, wie der Ort noch nachhaltiger werden kann. Sanfter Naturtourismus birgt große Chancen für die Regionalentwicklung und ermöglicht es, die Alpen zu erleben ohne sie zu gefährden.“

Kreuth ist die vierte bayerische Gemeinde, die vom Steuerungskreis der Alpenvereine Deutschlands, Österreichs, Italiens und Sloweniens in das Netzwerk der „Bergsteigerdörfer“ aufgenommen wurde. Bergsteigerdörfer sind kleine Gemeinden im Alpenraum, die sich durch eine sanfte touristische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung von Natur- und Landschaftsschutz auszeichnen.

Weitere Informationen zum sanften Naturtourismus unter www.natururlaub.bayern.de. □

„Das Beste für Bayern und Franken“

Viel Zuspruch für Söder und Herrmann beim CSU-Bezirksparteitag

Bad Windsheim – Mittelfranken. „Wir lassen uns an unseren Taten messen“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann beim Bezirksparteitag mit Blick auf die Landtags- und Bezirkstagswahl am 14. Oktober. Die CSU habe überall Wort gehalten, von der Stärkung der Familien bis hin zur Inneren Sicherheit.

Ähnlich argumentierte der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder als Gastredner. Er dankte Joachim Herrmann, dem „besten Länder-Innenminister Deutschlands“, für dessen Verlässlichkeit. Auch mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz sei Herrmann auf dem richtigen Weg: „Der Schutz der Bevölkerung muss im Mittelpunkt stehen, nicht die Psyche der Täter“.

Wachstumsdynamik auch auf dem Land

Auch für Joachim Herrmann ist „Bayern die wirtschaftliche Lokomotive Deutschlands“. Der Arbeitsmarkt entwickle sich großartig, Wachstumsdynamik gebe es nicht nur in Ballungsräumen und Bayern sei das Land mit dem geringsten Armutsrisiko. Noch nie sei auch so viel investiert worden, sei es in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum bis hin zu allem, was mit der Infrastruktur zusammenhängt.

Die Balance muss stimmen

Für Söder ist die CSU „nicht Störer sondern Motor der Regierung in Berlin“. Wir müssten das Land sicherer machen und bei aller Hilfe für neue Mitbürger dürfe die einheimische Bevölkerung nicht vergessen werden. „Die Balance muss stimmen“. Das Stichwort gab ihm Gelegenheit, auf all das hinzuweisen, was die CSU-Regierung in Bayern auch an sozialen Leistungen für die Familien, für pflegende Angehörige und für die Bildung auf den Weg gebracht habe.

„100 Prozent für unser Land“

Milliarden-Investitionen vor allem in Schulen und Hochschulen seien auch in Nordbayern fest geplant und somit würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, „dass Mittelfranken eine der besten Technologieregionen der Welt“ bleibe. Der Ministerpräsident wies dabei darauf hin, dass die „ökonomische Kraft Deutschlands vom Süden kommt“. Insgesamt kümmere sich die CSU sowohl um die großen wie auch kleinen Themen und Herausforderungen. „Wir sind bei den Menschen“. Und Söder weiter: „Wer die Dörfer in Bayern nicht achtet, kann keine Regierungsverantwortung

erische Staatsminister des Innern darauf hin, dass die Kriminalitätsbelastung auf das niedrigste Niveau seit dreißig Jahren gesunken sei und die bundesweite Häufigkeitszahl um fünfzig Prozent über dem bayerischen Werte liege. „Diese herausragende Bilanz ist vor allem professionell arbeitenden, engagierten und motivierten Polizeibeamtinnen und -beamten zu verdanken“.

„In Bayern leben heißt sicherer leben“

Ein starker Staat müsse auch die Kontrolle darüber haben, wer in das Land einreist. Bei der seit Juli installierten eigenen Grenzpolizei gehe es nicht nur um die Bekämpfung illegaler Migration, sondern auch um die Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität. Joachim Herrmann: „Ein Mehr an Freiheit darf nicht zu Lasten der Sicherheit gehen“, und bei der illegalen Zuwanderung gehe es um nichts anderes als die Durchsetzung europäischen Rechts.

Demokratie muss wachsam und wehrhaft sein

Nach Herrmanns Überzeugung ist die Auseinandersetzung mit radikalem Islamismus nicht nur eine Aufgabe von Polizei und Verfassungsschutz, sondern auch eine geistige, also gesamtgesellschaftliche. Beim islamistischen Staat gebe es keine Meinungs-, Glaubens- und Pressefreiheit, keine freien Wahlen und keine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau: „Wir alle müssen deutlich machen, was uns unsere Freiheitsideale wert sind“. Dazu brauche es eine wachsa-

me und wehrhafte Demokratie.

Nach Ansicht von Joachim Herrmann dürfe man also durchaus stolz sein auf die bayerische Heimat und das deutsche Vaterland. „Noch nie habe es nach dem Ende der Nazi-Diktatur und dem Ende des Sowjetkommunismus so viel Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat auf deutschem Boden gegeben“. Dies gelte es zu erhalten, auch mit einer „Friedensunion Europa“. Wir müssen die EU besser machen aber nicht in Frage stellen, und wir dürfen die EU nicht auf Wirtschaft und Währung reduzieren“.

Entscheidung mit Tragweite

Auch insofern seien die Landtags- und Bezirkstagswahlen eine „Entscheidung von großer Tragweite“. Herrmann bat darum, sich nicht nur mit gerade aktuellen medialen Hypes zu beschäftigen, denn: „Wir arbeiten für die Menschen in unserer Heimat“. Die CSU sei nicht die Partei der Angstmacher, sondern diejenige mit Mut zur Zukunft und mit Lust auf Zukunft. Am 14. Oktober gehe es auch um Zukunftschancen für die junge Generation und darum, dass Bayern und Franken an der Spitze in Deutschland und Europa bleiben. Damit die Erfolge nicht aufs Spiel gesetzt werden, brauche es „eine starke CSU und dann bekommen wir das Beste für Bayern und Franken“. pmw

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Laufen und schwimmen:

Bürgermeister-Cup im Geomaris

Gerolzhofen. Bei Ehrungen und Veranstaltungen loben Bürgermeisterinnen und Bürgermeister insbesondere Kinder und Jugendliche für sportliche Erfolge. Dabei wird betont, dass im Sport Werte gelebt werden, die für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind: Fleiß, Disziplin, Regeln und Fairness. Sport ist gesund – und tut gut. Eine Bürgermeisterin sowie weitere Bürgermeister bzw. Vertreter von Gemeinden aus der Region ließen den Worten Taten folgen und nahmen beim „Swim & Run“-Wettbewerb im Gerolzhöfer Schwimmbad Geomaris teil.

Es galt, erst 150 Meter zu schwimmen und anschließend vier Kilometer zu laufen: bergaufwärts nach Dingolshausen – und wieder zurück.

Als Erster kam Thomas Klein, Kämmerer der Gemeinde Waigolshausen, ins Ziel. Zweiter wurde Gerolzhofens Bürgermeister Thorsten Wozniak, auf Platz drei folgte der „Swim

& Run“-Gewinner des vergangenen Jahres, Stefan Güntner, zweiter Bürgermeister der Stadt Kitzingen. Gesamtvierte wurde Barbara Göpfert, dritte Bürgermeisterin von Stadtlauringen – und ließ damit zahlreiche Männer hinter sich. Mit diesem tollen Ergebnis wurde Barbara Göpfert natürlich als schnellste Frau ausgezeichnet.

Der Bürgermeister-Cup bildete den Abschluss der vierten „Swim & Run“-Sportveranstaltung im Gerolzhöfer Schwimmbad Geomaris, an der am Mittwochvormittag mehr als 600 Schulkinder teilgenommen hatten.

Die Teilnehmer: Dritte Bürgermeisterin Barbara Göpfert (Markt Stadtlauringen), Erster Bürgermeister Peter Pfister (Waigolshausen), Erster Bürgermeister Ulrich Werner (Bergneufeld), Erster Bürgermeister Thorsten Wozniak (Stadt Gerolzhofen), Matthias Bäuerlein (Rauhenebrach), Erster Bürgermeister Jürgen Schulz (Abtswind), Zweiter Bürgermeister Stefan Güntner (Stadt Kitzingen), Stadtrat Michael Hauck (Gerolzhofen), Gemeinderat Martin Förster (Frankenwinheim), Ortsbeauftragter Klaus Bauerfeind (Ebrach), Kämmerer Thomas Klein (Waigolshausen). Foto: Schwimmbad Geomaris

750 Jahre Arzberg

Reiche Geschichte, starkes Gemeinwesen

Arzberg feiert heuer sein 750-jähriges Bestehen. Die Stadt im oberfränkischen Landkreis Wunsiedel wurde im Jahr 1268 erstmals als „Arzperge“ urkundlich erwähnt. Wie bereits zur Feier der Stadtrechtsverleihung im Jahr 2008 begleiten verschiedene Veranstaltungen Arzberg über das ganze Jahr hinweg. Höhepunkt war das Festwochenende vom 6. Bis 8. Juli 2018.

Im Rahmen eines prächtigen Jubiläumsfestzugs durch Arzberg beteiligten sich zahlreiche Vereine, Schulen, die Kirchengemeinden und weitere Institutionen aktiv am Festgeschehen, um einen Abriss der Stadtgeschichte vom 13. Jahrhundert bis in die Neuzeit darzustellen. Insgesamt wurden über 50 Gruppen mit rund 700 Teilnehmern verzeichnet.

Mehr als einen Blick wert waren im Anschluss die Angebote und Aktionen zur Geschichte mit Gerichtshof, ein Trommellauf mit Verurteilten, Schauschmieden, Specksteinschnitzen, eine Führung durch verschiedene Keller, die in Verbindung mit dem Arzberger Bergbau stehen, eine Waffenausstellung, Schau-Töpferei, Zeiderei sowie Lesungen.

Herrmann beim Festakt

Beim Festakt zum 750-jährigen Bestehen der Stadt Arzberg meinte Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann: „Mit großem Stolz können Sie auf Ihr Städtchen und seine reiche Geschichte zurückblicken.“ Die Einwohner hätten immer wieder gezeigt, dass es möglich ist, sich auf veränderte Strukturen einzustellen, den Blick nach vorne in die Zukunft zu richten und Veränderungen als Chance zu nutzen.

Herrmann schlug den Bogen vom Eisenerzabbau, der bereits vor der Erstnennung der Stadt betrieben worden sei, über die

Porzellanhochburg Arzberg bis zum schmerzhaften Strukturwandel in den 1990er Jahren. Der Innenminister betonte, dass ihm eine kommunalfreundliche Politik sehr am Herzen liege. „Ein starkes Bayern braucht starke Kommunen“, so Herrmann, weshalb der Freistaat die Städte, Märkte und Gemeinden bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben nach Kräften unterstütze.

Der Kommunalminister lobte das tatkräftige bürgerschaftliche Engagement, das die Arzberger immer wieder bewiesen hätten. Beispielsweise beim groß angelegten „Stadtumbau West“, bei dem unter intensiver Beteiligung der Bevölkerung eine Reihe von Projekten erarbeitet worden seien. Diese werden laut Herrmann einvernehmlich als großer Gewinn wahrgenommen. Insgesamt sei Arzberg seit Beginn des Städtebauförderungsprogramms im Jahr 1987 mit knapp 13 Millionen Euro unterstützt worden.

„Auch in der schweren Zeit des strukturellen Umbruchs haben Sie Zusammenhalt bewiesen und wesentlich zur Aufwertung Ihrer Stadt beigetragen“, führte Herrmann aus und ergänzte: „Heute blickt Ihre Stadt mit Bergwerks- und Porzellantradition zuversichtlich in die Zukunft. Die Besucher kommen längst nicht mehr nur wegen des Porzellans, sondern besonders wegen ihrer reizvollen Lage inmitten der herrlichen Umgebung im Naturpark Fichtelgebirge.“ DK

Grenzüberschreitende Landrätetagung:

Ruf nach solider Grundfinanzierung kommunaler Kliniken

Die Gesundheitsversorgung wollen die Landräte im bayerisch-württembergischen Grenzgebiet noch stärker in den Fokus nehmen. Beim turnusgemäßen Arbeitstreffen vereinbarten die Landräte Leo Schrell (Dillingen), Stefan Rößle (Donau-Ries), Hubert Hafner (Günzburg), Thorsten Freudenberger (Neu-Ulm), Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis) und Thomas Reinhardt (Heidenheim), die nachhaltige Finanzierung kommunal geführter Krankenhäuser insbesondere gegenüber der Bundesregierung, aber auch der Bayerischen Staatsregierung und der baden-württembergischen Landesregierung, noch stärker als bisher einzufordern.

Dabei unterstützen die Landräte das von beiden Landesregierungen stets propagierte Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Freistaat Bayern und im gesamten Land Baden-Württemberg zu schaffen. „Dafür ist eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung eine Grundvoraussetzung“, betont Landrat Leo Schrell. In

diesem Zusammenhang wenden sich die Landräte massiv gegen die vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) über die Definition von Qualitätskriterien angestrebte Neuordnung der Notfallversorgung an Kliniken.

Bedarfsgerechte Versorgung in den ländlichen Regionen

„Unsere Krankenhäuser der

Grund- und Regelversorgung sowie der Schwerpunktversorgung müssen mit ihrer hohen qualitativen ärztlichen und pflegerischen Expertise in kommunaler Trägerschaft erhalten bleiben und dazu auch über die Möglichkeit einer Notfallversorgung verfügen“, unterstreichen die sechs Landräte ihre Forderung unisono. Vor allem fordern sie, dass die im Bund politisch Verantwortlichen die bedarfsgerechte Versorgung in den ländlichen Regionen stärker in den Blick nehmen und dabei nicht ausschließlich dem G-BA das Feld überlassen.

Krankenhausfinanzierung

Aus diesem Grund wollen Schrell, Rößle, Hafner, Freudenberger, Scheffold und Reinhardt zu ihrem nächsten Treffen ausgewiesene Gesundheitspolitiker auf Bundesebene einladen, um in einer vertiefenden Diskussion nochmals auf die Sorgen und Nöte der Landkreise insbesondere in Bezug auf strukturelle Probleme bei der Krankenhausfinanzierung aufmerksam zu machen.

Junge Menschen und Familien vertrauen bei ihrer Lebensplanung auf ein attraktives persönliches Lebensumfeld. „Dabei spielt eine gute medizinische Grundversorgung einschließlich einer funktionierenden Geburtshilfeabteilung in den Landkreiskliniken neben zeitgemäßen Bildungsangeboten eine große Rolle“, sagt Landrat Stefan Rößle.

Afrikanische Schweinepest

Ein weiteres Thema des Treffens war die Afrikanische Schweinepest. Dafür haben die Landratsämter in beiden Bundesländern entsprechend ministerieller Vorgaben Vorsorgemaßnahmen getroffen. Landrat Heiner Scheffold, selbst passionierter Jäger und Jagdpächter gewandt, dass die Schwarzwildpopulation nur dann effektiv vermindert werden kann, wenn die Bereitschaft zu revierübergreifenden Drückjagden vorhanden sei.

Ungeachtet dessen waren sich die Landräte in der Einschätzung einig, dass man die Augen nicht vor den Tatsachen verschließen dürfe. So könne über kurz oder lang eine Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest insbesondere über nachtsam weggeworfene Lebensmittel nicht ausgeschlossen werden. **Hurler**

stein bei. Dieser wurde erstmals 1762 urkundlich erwähnt. Der Traunsteiner Georgi Ritt zählt zu den schönsten Umritten Altbayerns.

Bereits 1923 wurde zur dauerhaften Sicherung des Bestands der regionalen Schafzucht der Zuchtverein für Bergschafe im Werdenfeller Land gegründet. Die Werdenfeller Bergschafe haben im Zugspitzland eine besonders lange Tradition. Sie werden vom Zuchtverein bei der Schafprämierung im Garmischer Zentrum regelmäßig zur Schau gestellt.

Als Gruppe des Heimat- und Trachtenvereins Weilheim e. V. seit 2003 aktiv sind die Weilheimer Goafelschnalzer. Das laute und schnelle Knallen zur Musik mit der Peitsche ist heute fester Bestandteil bei Heimatfesten. Neben Brauchtumpflege finden aber auch Wettbewerbe statt. So wurde im Juni 2018 die 29. Bayerische Meisterschaft im Gruppengoafelschnalzen durch die Weilheimer Goafelschnalzer ausgerichtet. **DK**



Die Gesundheitspolitik stand im Mittelpunkt der grenzüberschreitenden Landrätetagung, die vor kurzem im Landkreis Dillingen stattfand (im Bild von links): Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis), Leo Schrell (Dillingen a.d. Donau), Thomas Reinhardt (Heidenheim), Stefan Rößle (Donau-Ries), Thorsten Freudenberger (Neu-Ulm) und Hubert Hafner (Günzburg). □

Heimatpreis Oberbayern:

Tradition erhalten

Sieben Institutionen und Vereine sind in Weilheim von Heimatminister Albert Füracker mit dem „Heimatpreis Oberbayern“ ausgezeichnet worden. Zu den Geehrten zählen das Bauernhofmuseum Jexhof, Burschenverein Putzbrunn e. V., Fingerhakler Gau Auerberg e. V., Holzhacker- und Flößerverein 1865 Lenggries e. V., St. Georgs-Verein Traunstein e. V., Verein der Werdenfeller Bergschafzüchter und die Weilheimer Goafelschnalzer.

Auf sehr anschauliche Weise demonstriert das Bauernhofmuseum Jexhof die Lebenssituation der Landbevölkerung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Neben den dauerhaft zugänglichen Gebäuden und Räumlichkeiten des Hofes werden Sonderausstellungen zu regionalen Themen durchgeführt. In regelmäßigen Abständen werden Aktionstage veranstaltet, die das Leben vor etwa 100 Jahren demonstrieren. Die Besucher können an solchen Tagen zum Beispiel Wäsche ohne Waschmaschine und elektrischen Strom mit feuerbeheiztem Waschkessel, Waschbrett und Kernseife selber waschen, mangeln, trocknen und mit alten Bügeleisen bügeln.

Burschenverein Putzbrunn

Sein 125-jähriges Jubiläum feiert heuer der im Jahr 1893 gegründete Burschenverein Putzbrunn. Seit jeher organisiert er dort zahlreiche Feierlichkeiten, wie das alle fünf Jahre stattfindende Maibaumaufstellen. Die Putzbrunner Burschen nehmen auch an der Leonhardifahrt in Siegertsbrunn mit Festwagen teil und veranstalten Nachthemdenbälle. Der Burschenverein ist ein wichtiger Anker der dörflichen Gemeinschaft.

Fester Bestandteil der traditionsverbundenen bayerischen Lebenskultur ist das Fingerhakeln. Heute ist er ein Nischensport mit festen Trainingseinheiten, um in bayerischen, deutschen und alpenländischen Meisterschaften zu bestehen. Der Fingerhakler Gau Auerberg

e. V. ist einer der erfolgreichsten Vereine Deutschlands. Er trägt dazu bei, das traditionsreiche Fingerhakeln als bayerische Tradition zu erhalten.

Flößerei und Warentransport auf Isar und Loisach wurden erst durch Waldarbeiter ermöglicht,



Albert Füracker. □

die das Holz aus den Bergen ins Tal verbrachten, und Flößer, die dafür sorgten, dass das Holz dort ankam, wo es auch benötigt wurde. Der Holzhacker- und Flößerverein 1865 Lenggries e. V. vereint diese beiden Handwerksberufe und zählt heute zu den tragenden Säulen der Brauchtumpflege in der Gemeinde Lenggries.

St. Georgs-Verein Traunstein

Zum Erhalt und zur Pflege des alljährlich am Ostermontag stattfindenden Georgi Rittes nach Etendorf trägt der im Jahr 1891 gegründete St. Georgs-Verein Traun-

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Welch Skandal! Da will die EU Plastiktrinkhalme, Wattestäbchen und noch ein paar andere unnütze Plastikprodukte verbieten. Und einige Leute machen ein Geschrei, als ob Brüssel in die Grundfesten der westlichen Zivilisation Sprenglöcher bohren wollte.“ Mein Chef, der Bürgermeister, regt sich mal wieder über Leute auf, die sich über alles aufregen.

Einerseits besagen alle Umfragen und nicht wenige Sonntagsreden, dass ein bürgernahes Europa sich um die Angelegenheiten kümmern sollte, die möglichst einheitlich gelöst werden müssen. Andererseits kritisieren gerade aufrechte Verfechter dieses Subsidiaritätsgedankens die Regulierungsvorstöße zu den kleinen Plastikteilen. Ja, welch größer anzugehendes Problem ist

achte, habe ich jedes Wochenende mindestens einen (Plastik)Müllsack voll Plaste (das Wort stirbt ja leider aus), die sich über die Woche angesammelt hat.

Dabei noch gar nicht mitgerechnet sind die Mikroplastikteilchen, denen wir buchstäblich nicht entkommen können, weil sie in Peelings, Shampoos, Zahnpasten und weiß der Kuckuck noch in was, einfach und ohne Kennzeichnungspflicht versteckt sind. Wasser marsch, den Mund ausgespült, das Shampoo abgewaschen und schon landet alles in der Kanalisation auf einem langen, aber unerbittlich zum Ziel führenden Weg ins Meer. Dort fressen Meeresfische das Zeug soweit die Süßwasserfische sich nicht bedient haben und am Ende der Nahrungskette sitze ich dann vor meinem Teller Matjes nach Hausfrauenart.

OK, Europa kann das Problem nicht allein lösen. Ich erinnere mich noch lebhaft an eine Reise nach Afrika. In einer Stadt waren die Straßenränder übersät mit den dünnen Plastiktaschen, in die auf dem Markt Obst, Gemüse, Fisch und Fleisch verpackt wird. Nach Gebrauch unachtsam weggeworfen. Mein heimischer Begleiter meinte nur im Scherz, die Probleme Afrikas wären gelöst, wenn man eine Ziege züchten könnte, die sich von Plastiktüten ernährt. Ziegen seien das Rückgrat der armen Bauern und Plastik sei unerschöpflich. Eine bittere Pointe.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist nicht so naiv zu glauben, dass Europa das Problem der Plastikverschmutzung der Meere allein lösen kann. Wir werden auch nicht mehr in die Zeiten zurückfallen, in denen wir Wattestäbchen selbst gerollt oder richtiges Stroh für Trinkhalme verwendet haben. Aber wenn ein so großer Wirtschaftsraum nach Alternativen zu Plastik verlangt, dann wird es welche geben – da kann man sich auf den Erfindungsreichtum der Menschheit verlassen. Oder, wie es der große Industrielle und Politiker Walther Rathenau ausgedrückt hat: „Die Erfindung des Problems ist wichtiger, als die Erfindung der Lösung. In der Frage liegt mehr als in der Antwort.“

Weltweiter Plastikterror

denn denkbar, als die Millionen und Abermillionen Tonnen Plastik in unseren Seen, Flüssen und schlussendlich den Weltmeeren? Wer soll denn bitte anfangen, da mal gegenzusteuern?

Zudem hat Europa auch noch ein massives Mengenproblem an Plastikabfall, seit sich China weigert, weiter für uns den Mülleimer zu spielen und den Import von Plastikabfällen drastisch eingeschränkt hat. Weil wir zu wenig Recycling-Kapazitäten haben und auch zu wenig verbrennen, können wir schon mal die Vorplanungen für die ersten begrünten Plastikberge nach dem Vorbild der Schuttberge der Nachkriegszeit anleihen.

Wobei ich sagen muss, der Plastikterror geht auch mir gewaltig auf den Senkel. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, da nannte man den Trinkhalm noch Strohalm und Wattestäbchen stellten wir her, indem wir Zündhölzer (Achtung, Schwefelkopf abbrechen) an der Spitze mit Watte umwickelten. Praktisch unbegrenzt verwendbar (das Hölzchen natürlich, nicht die Watte!). Heute kann man praktisch nichts mehr erwerben, ohne dass Plastik dran wäre, nicht mal Bioprodukte, die aus Hygienegründen auch in Plastik verpackt werden müssen. Dazu kommen dann noch Verbundstoffe aller Art. Obwohl ich wirklich sehr bewusst einkaufe und auf wenig Verpackung

ihre Sabrina

Bayerischer Nordgautag:

Ein starkes Stück Heimat

Unter dem Titel „Das Kulturfest der Oberpfälzer“ luden der Oberpfälzer Kulturbund und die Stadt Wiesau zum 42. Bayerischen Nordgautag ein. Künstler, Vereine und Musiker aus der Region präsentierten dort fünf Tage lang ihre Heimat. „Wir wollten zeigen, was sich hier alles abspielt“, betonte Volker Liedtke, Präsident des Kulturbunds und früherer Landrat von Schwandorf.

Den Nordgautag gibt es seit 1927. Anfangs fand er jährlich und später alle zwei Jahre in einer anderen Stadt statt. „Früher war der Festzug das prägende Merkmal des Nordgautags“, erklärte Liedtke. „Den gibt es auch heute noch. Allein daran sind 2.000 Menschen beteiligt.“ Doch gehen der Kulturbund und der Nordgautag auch neue Wege: Während es früher vor allem um Volksmusik und Trachtenweisen ging, können sich die Besucher nunmehr auch auf moderne Veranstaltungen freuen. So traten heuer zum Beispiel die „Altneihäuser Feuerwehrkapell'n“ und das „Strompost-Kollektiv“ auf.

Verleihung der Kulturpreise

Einer der Höhepunkte des Nordgautags ist stets die Verleihung der Kulturpreise. Die drei Preisträger haben sich um die Kultur und die Heimatpflege in der Oberpfalz besonders verdient gemacht: Heimatforscher Adalbert Busl aus Wiesau, der in Weiden lebende bildende Künstler Tone Schmid und Lothar Bauer aus Wolfsbach.

Sehr viel Lob für das kulturelle

Leben in der Oberpfalz hatte Innenminister Joachim Herrmann übrig, der in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder als Schirmherr am Nordgautag teilnahm. „Mit dem Bayerischen Nordgautag zeigen die Oberpfälzer alle



Joachim Herrmann. □

zwei Jahre sehr eindrucksvoll, wie lebendig Kultur und Traditionspflege in ihrer Heimat sind“, so der Innenminister in seiner Festrede.

Herrmann schwärmte vom kulturellen Hochbetrieb in der

Oberpfalz: „Von grandiosen Konzerten über einzigartige Museen bis hin zu mitreißenden Festspielen und gepflegter Volkskultur finden Kunst- und Kulturliebhaber alles, was das Herz begehrt.“

Besonders hob er auch die großartige Kulturpflege der „Eghalanda Gmoin“ hervor, die damit immens zum kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen der Oberpfalz und dem ehemaligen Nordgau beitrage.

Zeichen für gelebtes Miteinander

Herrmann zufolge ist das Kulturfest der Oberpfälzer in Wiesau ein wunderbares Zeichen für gelebtes Miteinander, das Traditionen hochhält und Gemeinschaftsgeist fördert. Das Engagement der Oberpfälzer stehe für Millionen Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihren Familien, am Arbeitsplatz und im Verein für den Freistaat und seine Werte und Traditionen stark machen.

Als zentrale Festveranstaltung ist der Nordgautag Schaufenster einer geschichtlich und kulturell verbundenen Region, die die bayerische Oberpfalz und das tschechische Egerland umfasst. Ziel ist die Erhaltung und Pflege eines kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls in der Oberpfalz und dem ehemaligen Nordgau. **DK**

Maihinger Schule entsteht in Afrika

Der Verein Uhola Village Foundation sowie Maihinger Bürger und weitere Spender und Sponsoren haben sich ein großes Ziel gesetzt

Die geplante Schule in Afrika ist die 14. Schule, die aus Spendengeldern im Rahmen der Initiative des Landkreises „10 Schulen für Afrika“ bis 2020 entsteht. Dieses Ziel kann durch die 14. Schule deutlich übertroffen werden. Landrat Rößle freut sich über dieses Engagement des Vereins Uhola Village Foundation e.V. (UVF) und der Gemeinde Maihingen mit seinen Bürgerinnen und Bürgern.

Prof. Dr. Alois Stimpfle, gebürtiger Maihinger, hat diese Initiative und den Verein ins Leben gerufen. „Alle sollen dort, wo sie groß werden, gerne leben wollen. Funktionierende Infrastrukturen vor Ort und Bildung sind der Schlüssel für eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft.“

Kürzlich fand in Maihingen die Generalversammlung des Vereins „Uhola Village Foundation e.V.“ statt. Dabei konnte neben Dr. Alois Stimpfle seine Tochter Tabitha Stimpfle viel Positives berichten. Ausgangspunkt war das persönliche Erleben, das Tabitha Stimpfle nach ihrem Abitur 2013

für einige Monate nach Afrika – zunächst nach Nairobi – sowie an vielen weiteren Orten in Kenia führte. Dabei entstanden Freundschaften, die den Weg dafür ebneten, in Kenia aktiv zu werden. Nach einem gemeinsamen Besuch mit Tabitha im kenianischen Dorf Uhola war Stimpfle klar: Hier müssen wir handeln!

Infrastrukturprojekte

Im Umfeld seiner Maihinger Familie gründete er den Verein, dem mittlerweile mehr als 130 Mitglieder angehören, darunter auch viele Maihinger. Es konnten bereits



Prof. Dr. Alois Stimpfle mit Schülern der Uhola Primary School. Bild: Stimpfle

zweimal Patenschaften für Uhola-SchülerInnen umgesetzt werden. Nun haben sich die Maihinger mit der Gemeinde und der Verein Uhola Village Foundation e.V. das erste Infrastrukturprojekt auf die Fahnen geschrieben. Ziel ist der Ausbau der Primary School („Grundschule“). Die Kosten für das Schulprojekt betragen ca. 23.000 Euro. Das bisherige Spendenvolumen beträgt 8.000 Euro.

Chance auf glücklicheres Leben

Jetzt gilt es zusammen mit den engagierten Maihinger Privatpersonen, Unternehmen und Vereinen die fehlende Summe aufzubringen und den Kindern im Dorf Uhola eine neue Chance auf ein

glücklicheres Leben zu geben. Es geht um 90 Kinder, deren Lernchancen dadurch verbessert werden sollen. Neben dem Schulgebäude geht es aber auch um Unterrichtsmaterial und um die Bereitstellung von Schulessen.

Landrat Stefan Rößle begrüßt diese Projektidee besonders, da sie aus einer persönlichen Begegnung entstanden ist und auf einer gelebten Verbindung beruht. Die Finanzierung der Projekte braucht aber auch die Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger. Versprochen ist: Jeder Cent kommt an!

Spendenmöglichkeiten sind zu finden unter <http://www.uholavillagefoundation.com/aktiv-werden/spende-2/>

Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Ausgabe liegt die Zeitschrift MIKADO bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Familienpakt Bayern im Landkreis Erding

Der Familienpakt Bayern, mit über 550 Mitglieds-Unternehmen das bayernweite Netzwerk zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wächst weiter. Michael Höhenberger, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und Martin Bayerstorfer, Landrat des Landkreises Erding, begrüßten im Rahmen einer feierlichen Urkundenübergabe 18 neue Mitglieder im Familienpakt Bayern. Sie erhielten neben der Mitgliedsurkunde auch die Plakette ‚Familienpakt‘.

„Eine familienfreundliche Arbeitskultur ist heute Kriterium Nummer Eins bei der Wahl des Arbeitsplatzes. Unternehmen, die es ihren Beschäftigten in einem guten Miteinander ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinbaren, denken auch an ihre eigene Zukunft. Damit Familienfreundlichkeit gelingt, unterstützen wir Unternehmen mit dem Familienpakt Bayern“, betonte Familienministerin Kerstin Schreyer.

Individuelle Lösungen

„Unabhängig von der Größe und der Branche erhalten sie im Familienpakt Bayern Informationen, Impulse und neue Ideen“, führte Schreyer weiter aus. „Denn individuelle Lösungen sind in jedem Betrieb möglich. Mit der neuen Pla-

chette ‚Familienpakt‘ können Mitgliedsunternehmen dies nun auch nach außen sichtbar machen.“

Landrat Martin Bayerstorfer bestätigte ebenfalls: „Die Bürger legen immer mehr Wert auf einen familienfreundlichen Arbeitsplatz. Unternehmen, die ihre Arbeitnehmer dabei unterstützen, ihre Familie und ihren Beruf zu vereinbaren, sind daher immer gefragter. Gerade dem Landkreis Erding, der beständig einen regen Zuzug von jungen Familien erfährt, ist es daher besonders wichtig, dass die hier ansässigen Betriebe sich familienfreundlich aufstellen. Ich begrüße sehr, dass das Bayerische Familienministerium mit dem Familienpakt Bayern die Unternehmen darin unterstützt, und freue mich über die 18 neuen Mitglieder aus dem Landkreis Erding.“ □

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 2. August 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung · Wasserentsorgung · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Kommunale Museen

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Abzeichen



Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

AVA-Software



ORCA
orca-software.com

Energiedienstleistung



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen



Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Anbaukomponenten



POWERED BY
HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Untereggr. Str. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Kostendämpfung für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage

Clever investieren - doppelt sparen mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW!

- Substitution von Heiz-, Kälte-, Rückkühlleistung
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung



Digital LED-Upgrade bestehender Straßenleuchten mit Verstand und Verantwortung.

Laternix
Transform Light to LED

Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragspartner für

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!